

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



Dezember 2024

SoVD-Landesverband auf Fachtagung des Bezirks Tempelhof-Schöneberg

Strategien gegen Einsamkeit

Immer mehr Berliner Bezirke stellen die Auseinandersetzung mit dem Thema Einsamkeit in den Mittelpunkt ihrer kommunalpolitischen Bestrebungen. Zuletzt hat der Bezirk Tempelhof-Schöneberg am 10. Oktober zu einem Fachtag eingeladen.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (Bündnis 90/Die Grünen) und die Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement und Leiterin des bezirklichen Ehrenamtsbüros, Christine Fidancan, bekräftigten in ihren Begrüßungsreden, sich schwerpunktmäßig dafür einsetzen zu wollen, dass von Einsamkeit betroffene Menschen stärker in den Blick genommen und praktische Maßnahmen und Angebote ins Leben gerufen werden.

Den Fachtag zum Thema Einsamkeit begleiteten drei Referent*innen. Axel Weber, Mitarbeiter des Kompetenznetzes Einsamkeit (KNE), gab einen guten Überblick, indem er Einsamkeit als „sozialen Schmerz“ und damit als Warnsignal für einen Mangel, vergleichbar mit Hunger oder Durst, beschrieb.

Oft sei Einsamkeit auch mit Scham- oder sogar Schuldgefühlen verbunden. Das erschwere den Betroffenen, sich bemerkbar zu machen und Hilfe zu holen. Daher könne Einsamkeit auch heftige seelische und körperliche Auswirkungen haben und sehr krank machen. Dazu kämen die negativen Auswirkungen in Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe und Zugehörigkeit, wie zum Beispiel politisches Engagement, was durch die Forschung mittlerweile belegt sei.

Das KNE begleitet die bundesweite Strategie gegen Einsamkeit und hat das in diesem Jahr veröffentlichte „Einsamkeitsbarometer“ mit entwickelt.



Christine Fidancan und Lukas Matzkows vom Ehrenamtsbüro des Bezirks Tempelhof-Schöneberg begrüßten die Gäste zu einer Fachtagung zum brandaktuellen Thema „Einsamkeit“.

Psychologie-Professorin Dr. Ricarda Steinmayr von der TU Dortmund stellte die Bertelsmann-Studie „Wie einsam sind junge Erwachsene im Jahr 2024?“ vor. Anders als landläufig gedacht sind es die 10- bis 17-Jährigen und die 18- bis 29-Jährigen, die gegenwärtig am stärksten von Einsamkeit betroffen sind.

Die Erkenntnis sei besorgniserregend, denn dieses Phänomen habe es in dieser Ausprägung vor der Corona-Pandemie nicht gegeben. Auch Alleinerziehende, Erwerbslose oder arme Menschen seien stärker von Einsamkeit betroffen. Zu unterscheiden sei auch zwischen emotionaler und sozialer Einsamkeit, die zu den bereits beschriebenen gesellschaftlichen Folgen führen könne.

Der letzte Beitrag kam von

Katrin Weber, Projektleiterin der Plattform gegen Einsamkeit in Österreich und gleichzeitig wissenschaftliche Mitarbeiterin der Initiative „Social City Wien“. Ihr Beitrag beeindruckte durch die Vielfalt an wegweisenden Ideen und Maßnahmen, die in Österreich, genauer in Wien, bereits entwickelt und umgesetzt wurden. Social City fungiert dabei als Träger beziehungsweise als Koordinierungsstelle der Plattform. Diese vernetzt landesweit alle vorhandenen Angebote und arbeitet auf drei Ebenen: gesellschaftlich, kommunal und individuell.

Ein besonderer Ansatz ist dabei die Schaffung sogenannter „Dritter Orte“. Diese beschreiben Orte der Gemeinschaft jenseits von Familie und Arbeit. Ebenfalls bedeutsam sei die Einbeziehung der Betroffenen in die gesamte Arbeit der Plattform.

An der Fachtagung nahm Heike Roß-Ritterbusch, Ehrenamtsmanagerin des SoVD-Landesverbandes, teil. Sie diskutierte mit den Teilnehmenden über die Zusammenhänge zwischen Einsamkeit und Alter, Migrant*innen sowie Menschen mit Behinderungen. Alle waren sich einig, die schon vorhandenen bezirklichen Ressourcen zu nutzen und dass besonders niedrigschwellige Angebote von großer Bedeutung seien. Berlin gilt schon lange als Hauptstadt der Singlehaushalte, der hohe Anteil der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte im Bezirk macht nachdenklich.



Grafik: Olga Prozorova / Adobe Stock

Im Namen des gesamten Mitarbeiterteams wünschen wir unseren Mitgliedern und SoVD-Freund*innen eine ruhige und besinnliche Adventszeit, frohe Festtage und für das neue Jahr Glück, Gesundheit und Erfolg!

Liebe Mitglieder,
Freundinnen und Freunde,

statt des üblichen Jahresrückblickes widmen wir uns in dieser Dezember-Zeitungs Ausgabe dem Thema „Einsamkeit“ und erzählen Ihnen die unten stehende kleine Geschichte.

Die Gründe für Einsamkeit können vielfältig sein, ein Grund ist die zunehmende Singularisierung, also mehr Einzelhaushalte.

Gerade Berlin gilt schon lange als Hauptstadt der Singles. Ein anderer Trend ist die Medialisierung, die Menschen verbringen mehr Zeit vor dem Computer, Laptop oder Handy, also mit den digitalen Medien, als mit den Menschen in ihrem Umfeld.

„Zeit verbringen mit Menschen“, das können Sie bei uns im Verband, besuchen Sie gerne eine unserer vielfältigen Veranstaltungen in den Kreis- und Ortsverbänden, melden Sie sich für einen unserer spannenden, barrierefreien Spaziergänge an oder probieren Sie aus, wie viel Spaß es macht, in der Line-Dance-Gruppe mitzutanzten.

Als Landesvorsitzende möchte ich die bevorstehende Advents- und Weihnachtszeit sowie die letzten Tage des Jahres nutzen, um Ihnen herzlich für Ihr Vertrauen in unseren Verband zu danken. In diesem Sinne: Ihnen allen besinnliche Feiertage und einen Jahreswechsel 2024/2025 für Frieden, Sozialstaat und Demokratie!



Ursula Engelen-Kefer

Ihre Ursula Engelen-Kefer,
1. Landesvorsitzende

Zum Nachdenken

Ein Mann verbrachte mit seinem Vater eine Stunde auf dem Amt. Während sie warteten, meinte der Sohn: „Vater, ich werde dir zu Hause zeigen, wie du solche Wege, aber auch Einkäufe, online abwickeln kannst.“ „Warum sollte ich das tun?“, fragte der Vater. „Nun, dann musst du hier keine Stunde für solche Angelegenheiten verbringen, und indem du online einkaufst, ersparst du dir viel Zeit.“ Der junge Mann war überzeugt, seinen Vater für die Annehmlichkeiten und Zeitersparnis begeistern zu können, und erzählte ihm, was man alles heute online machen kann.

Die Antwort seines Vaters überraschte ihn und stimmte ihn zugleich nachdenklich: „Auf dem Weg hierher habe ich vier meiner Freunde getroffen und mit ihnen geplaudert. Auch auf dem Amt habe ich eine Weile mit der Sachbearbeiterin, die ich schon lange kenne, ein paar nette Worte gewechselt. Ich mag es auch, mich schick anzuziehen, wenn ich aus dem Haus gehe. Ich gehe gerne einkaufen, und Zeit habe ich doch mehr als genug. Es sind die Begegnungen mit Menschen, die mir guttun. Als ich vor zwei Jahren schwer krank war, besuchte mich die Nachbarin im Krankenhaus, und als deine Mutter auf der Straße stürzte, brachte sie der Inhaber der Bäckerei mit seinem Auto nach Hause. Erfahre ich diese Form der Menschlichkeit, wenn ich nur noch über den Computer kommuniziere? Technologie ist nicht alles im Leben. Ich verbringe lieber Zeit mit Menschen als mit Geräten. Das schafft Bindungen, Beziehungen, Freundschaften und Begegnungen.“ unbekannt

Info

Bereits als Abgeordnete des Landes Berlin machte sich die Reinickendorfer Bezirksbürgermeisterin Emine Demirbüken-Wegner (CDU) dafür stark, dass das Thema Einsamkeit in der Landespolitik verankert und im Rahmen der Altenhilfe oder Senior*innenpolitik berücksichtigt wird.

Seit Februar 2024 hat das Bezirksamt Reinickendorf als bundesweit erste Kommune eine hauptamtliche Einsamkeitsbeauftragte, Katharina Schulz. Sie soll eine Strategie und Maßnahmen gegen Einsamkeit entwickeln. Gemeinsam mit Demirbüken-Wegner präsentierte sie jetzt eine Karte mit Orten der Begegnung.

Mithilfe eines nach außen gut sichtbaren Stickers werden diese Orte im Bezirk sichtbar gemacht: öffentliche Orte und Geschäfte wie zum Beispiel Bäckereien, die etwas gegen Einsamkeit tun möchten und wo von Einsamkeit betroffene Menschen ein offenes Ohr und ein offenes Herz vorfinden.

Initiative des Berliner Flughafens soll auf Menschen mit nicht sichtbaren Behinderungen aufmerksam machen

Sunflower-Band als diskretes Hilfezeichen

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember möchte der SoVD Berlin-Brandenburg eine besondere Initiative am Flughafen BER „Willy Brandt“ vorstellen. Das Umhängeband mit der Sonnenblume soll das Servicepersonal auf Menschen aufmerksam machen, deren Behinderung nicht offensichtlich erkennbar ist.

Mit Thomas Hoff Andersson, Geschäftsführer Operation, führte der SoVD-Landesverband ein Interview über die Nutzung des Sunflower-Bandes, die Schulung der Mitarbeiter*innen und die Bedeutung dieser Initiative für den Flughafen.

Wie ist die aktuelle Nachfragesituation nach dem Band am BER?

Wir haben das Sunflower-Umhängeband im Februar 2023 eingeführt. Der BER war damit der erste Flughafen in Deutschland. Wir wollen Menschen mit nicht sichtbaren Beeinträchtigungen das Reisen erleichtern. Solche Beeinträchtigungen können Parkinson sein, Legasthenie, eine psychische Erkrankung, Angststörungen, Sprach- oder Sehschwierigkeiten, Schwerhörigkeit – und vieles mehr. Dann können etwa übermäßige Geräusche oder zu viele visuelle Reize schnell Stress verursachen und damit zu einer

Überforderung führen, erst recht an einem Flughafen, wo viele Menschen unterwegs sind, wo man sich zurechtfinden und sich orientieren muss.

Passagier*innen erhalten die Sunflower-Bänder an unseren Fluggastinformationen und am Mobility-Service. Die Nachfrage steigt. In den ersten Monaten haben wir circa fünf Bänder am Tag ausgegeben, heute sind es zehn bis 15 Bänder am Tag. Insgesamt haben bisher rund 10.000 Menschen das Band am BER genutzt. Es hat sich wohl inzwischen herumgesprochen, dass unsere Fluggäste dieses Band gern tragen, weil sie sich damit sicherer fühlen. Das freut uns, das wollten wir auch erreichen.

Wie werden die Mitarbeitenden am BER für das Thema sensibilisiert und geschult?

Von der Idee bis zur Einführung des Bandes haben wir uns damals circa acht Monate Zeit

genommen. Vor allem ging es darum, alle Mitarbeitenden am gesamten BER-Campus zu sensibilisieren und zu schulen. Das geschah und geschieht weiterhin. Es gibt dafür extra ein Schulungsvideo, in dem auch Menschen zu Wort kommen, die von einer nicht sichtbaren Beeinträchtigung betroffen sind und die über ihre Herausforderungen beim Reisen berichten, von ihrer Angst vor zu vielen Menschen zum Beispiel, oder von ihrer Verwirrung von zu vielen Reizen. Manche wünschen sich nur ein paar beruhigende Worte. Wer das Schlüsselband trägt, wird nicht gegenüber anderen Reisenden bevorzugt behandelt. Das Band signalisiert unseren Mitarbeitenden diskret, hier braucht jemand mehr Unterstützung, mehr Zeit, mehr Zuwendung.

Gibt es andere Flughäfen, die diesen Service anbieten?

Seit der Einführung am BER ha-



Das Sunflower-Band

ben weitere deutsche Flughäfen das Sunflower-Band übernommen. Weltweit bieten mittlerweile über 200 Flughäfen diesen Service an. Darüber hinaus haben sich Tausende von Unternehmen aus verschiedenen Branchen dem globalen Netzwerk angeschlossen.

Was können Sie uns über die Geschichte des Sunflower-Bandes erzählen?

Die Idee stammt aus Groß-



Foto: Oliver Lang/Flughafen BB
Thomas Hoff Andersson

britannien. Dort wurde das Unternehmen „Hidden Disabilities Sunflower“ gegründet, um dem wachsenden Bedarf an Unterstützung für Menschen mit nicht sichtbaren Beeinträchtigungen gerecht zu werden. Die Einführung des Bandes erfolgte erstmals 2016 am Flughafen London-Gatwick. Inzwischen hat es in vielen Bereichen, insbesondere im Reiseverkehr, breite Anerkennung gefunden.

Interview: Mark Jeroen Brozek

Aufruf an die Mitglieder

Ehrenamtliche Richter*innen gesucht

Brandenburg braucht engagierte Bürger*innen für eine wichtige Aufgabe in der Rechtsprechung: Die Sozialgerichte in Neuruppin, Cottbus und Frankfurt (Oder) suchen ehrenamtliche Richter*innen.

Die ehrenamtlichen Richter*innen wirken gleichberechtigt neben den Berufsrichter*innen an Gerichtsverhandlungen und Urteilsfindungen mit. Sie bringen ihre Lebenserfahrung und ihren gesunden Menschenverstand ein und tragen so zu einer bürgernahen Rechtsprechung bei. Voraussetzungen sind die deutsche Staatsbürgerschaft und ein Mindestalter von 25 Jahren.

Wer Interesse daran hat, Teil unseres Rechtssystems zu werden und einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, melde sich bitte! Für Fragen und Bewerbungen steht die Landesgeschäftsführerin Birgit Domröse unter Tel.: 030/26 39 38 27 oder per E-Mail an: post@sovd-bbg.de. zur Verfügung.

Werden Sie ehrenamtliche* Richter*in und gestalten Sie die Zukunft unserer Justiz mit!

Neue Ausgabe 2024/2025

Berliner Ratgeber Inklusion

Der Ratgeber Inklusion informiert über Rechte, Unterstützungsangebote und praktische Maßnahmen zur Förderung von Teilhabe im Alltag. So wird beispielsweise erklärt, wie man einen Schwerbehindertenausweis beantragt und was er für Vorteile bietet. Es gibt eine Sammlung nützlicher Adressen, Beiträge sowie Anzeigen, die Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern können.

Den Ratgeber gibt es auch auf CD als Hörversion und in Leichter Sprache sowie im Internet auf: www.berlin.de.



Berliner Sozialgipfel „Wohnen in Berlin: Bezahlbar und gut für alle?!“

Verteilungsproblem Wohnraum

Wohnen wird auch in Berlin immer mehr zu einem Verteilungsproblem, das die soziale Spaltung verschärft. Das Berliner Sozialgipfelbündnis, bestehend aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und dem Berliner Mieterverein, veranstaltet am 9. Dezember eine Fachtagung zu diesem brisanten Thema.

Das Sozialgipfelbündnis hat ein wohnungspolitisches Konzept mit einem Forderungskatalog an die Landesregierung erstellt: Schaffung von sozialer Wohnraumversorgung, bessere Kontrolle der privaten Wohnungswirtschaft, Stärkung des gemeinwohlorientierten Sektors, Einschränkung der Kündigungen wegen Eigenbedarf, menschenwürdige Unterbringung geflüchteter Menschen, Sicherstellung von Barrierefreiheit sowie Ausweitung des Härtefallfonds für Energieschulden.

Das Konzept wurde bereits dem Regierenden Bürgermeister, Kai Wegner (CDU), dem zuständigen Senator für Stadtentwicklung, Christian Gaebler, sowie der Senatorin für Arbeit und Soziales, Cansel Kiziltepe (beide SPD), zur Verfügung gestellt mit der Aufforderung zu Gesprächen.

Die vorgesehene wohnungspolitische Fachtagung ist dazu ein wichtiger Schritt. Mit Beteiligung der zuständigen Senatsverwaltungen behandelt sie die Themenbereiche Gewährleis-



Foto: marcus aurelius / pexels

Bezahlbare Wohnungen, die dazu behindertengerecht eingerichtet sind, gibt es kaum.

tung von bezahlbarem Wohnraum in den landeseigenen und privaten Wohnungsbau-gesellschaften sowie Maßnahmen der Landesregierung zum Schutz der sozial schwächeren Haushalte bei den dramatisch steigenden Wohnkosten.

Für zwei Drittel der Berliner Haushalte reicht das verfügbare Einkommen nicht für eine

bezahlbare Wohnung auf dem freien Markt. Um sich für eine öffentlich geförderte Wohnung zu bewerben, muss ein Wohnberechtigungsschein (WBS) beantragt werden, und ob man dann eine Sozialwohnung erhält, ist bei dem erheblichen Mangel an bezahlbarem sozialem Wohnraum ungewiss.

Erst kürzlich hat die Landesregierung eine erhebliche Erweiterung des WBSberechtigten Personenkreises bis weit in die Mitte der Bevölkerung vorgenommen.

Der Berliner Sozialgipfelbündnis erwartet von dieser Fachtagung Aufschluss über die Verbesserung der wohnungspolitischen Maßnahmen des Senats und bietet seine Mitarbeit an. Schließlich geht es um die Erfüllung von Artikel 28 der Verfassung von Berlin: „Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum.“

Der Berliner Sozialgipfel findet statt am **9. Dezember, 17 Uhr**, beim ver.di-Bundesvorstand, Aida-Saal, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.



Aus dem Landesverband und den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Berlin-Mitte, v. li.: Florian Schönberg, Michael Meder, Matthias Mieves (MdB, SPD), Dr. Simone Real und Armin Dötsch.

Ortsverband Berlin-Mitte

Reges Interesse herrschte bei der Infoveranstaltung des Ortsverbandes zur elektronischen Patientenakte (ePA), bei der Matthias Mieves (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestages, als Gast referierte. Vorsitzender Michael Meder begrüßte die Gäste und führte in das Thema ein. Er dankte Landesschatzmeister Armin Dötsch für die Einladung in die Bundesgeschäftsstelle und überbrachte die Grüße des

Landesvorstandes.

Mieves nahm sich in der von der 2. Ortsverbandsvorsitzenden Dr. Simone Real moderierten Veranstaltung viel Zeit, die komplexen Inhalte rund um die ePA verständlich zu erklären.

Aus dem Publikum gab es zahlreiche Fragen zu technischen Aspekten, Datenschutz und den praktischen Auswirkungen auf den Alltag der Patient*innen. Besonders die Frage, wie die ePA den Zugang

zu medizinischen Daten vereinfachen und gleichzeitig die Sicherheit der sensiblen Informationen gewährleisten kann, wurde intensiv diskutiert.

Mieves gab fundierte Antworten und betonte, wie wichtig es sei, die Digitalisierung im Gesundheitswesen voranzutreiben, um die medizinische Versorgung zu verbessern und Bürokratie abzubauen. Die ePA sei nicht nur für die behandelnden Ärzt*innen, sondern auch für die Patient*innen eine Erleichterung.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg und zeigte einmal mehr, wie wichtig es ist, bei solchen komplexen Themen den Dialog zwischen Politik und Bürger*innen zu fördern.

Landesverband

Gemeinsames Laufen für Inklusion: Ein voller Erfolg war der diesjährige SoVD-Inklusionslauf auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. Besonders erfreulich war die Vielfalt der Teilnehmenden. Menschen mit und ohne Behinderungen liefen, gingen, walkten, skateten oder nahmen im Rollstuhl teil.

Zusätzlich gab es ein unterhaltsames Rahmenprogramm. Der SoVD Berlin-Brandenburg war mit einem eigenen Stand vertreten und informierte über die Arbeit des Landesverbandes.

Ein besonderer Fokus lag auf der Aktion zu „35 Jahre Mauerfall – Haltet die Freiheit hoch!“, bei der Besucher*innen gemeinsam mit dem SoVD Plakate für Freiheit und Demokratie gestalten konnten. Diese wurden am 8. und 9. November entlang



Landesverband: Beim Inklusionslauf wurden Plakate für die Aktion „35 Jahre Mauerfall“ gemalt.

eines Teilstückes des innerstädtischen Mauerverlaufes als sichtbare Zeichen für Freiheit und Demokratie aufgestellt.

An den diesjährigen Berliner Freiwilligentagen beteiligte sich der Landesverband mit einer „Herzkissen-Session“. Dank den Mitgliedern Ingelore Franckenstein und Renate Nietzsche-Gehrke stand allen Interessierten genügend Material zur Verfügung. Der Paritätische Landesverband Berlin sorgte zusätzlich mit einer finanziellen Förderung dafür, dass auch ausreichend Füllwatte bereitstand und alle Teilnehmenden mit Kaffee und Kuchen versorgt waren.

Über 70 neue Herzkissen stellen die Engagierten an diesem Nachmittag fertig. Ursel Grossmann von der Frauenselbsthilfe Krebs, Gruppe Berlin-Spandau, und Brigitte Röder berichteten als Gäste und Betroffene über ihre Diagnose Brustkrebs und betonten dabei, wie wichtig die Frauenselbsthilfe in Form von Gesprächs- und Bewegungsan-



Landesverband: Ehrenamtsmanagerin Heike Roß-Ritterbusch und Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer (re.) freuen sich gemeinsam mit Lex über sein fertiges Plakat.

geboten für Betroffene sei und wie diese Angebote ganz konkret und praktisch unterstützt werden könnten.

Seit zwei Jahren stärkt der SoVD-Landesverband diese Aktion und bietet regelmäßig neue Termine an. Die nächste Herzkissen-Aktion findet am 23. Januar um 14 Uhr statt.



Foto: Holger Groß / Parität Berlin

Landesverband: Ehrenamtliche beim Nähen der Herzkissen.

SoVD Berlin-Brandenburg fordert, Maßnahmen zur Alterssicherung umzusetzen

Rentenpaket II nicht blockieren

Die Bekämpfung von Altersarmut erfordert armutsfeste Löhne und Renten. Mit dem Rentenpaket II will die Bundesregierung die Alterssicherung nun maßgeblich stärken. Der SoVD fordert die FDP zur Aufgabe ihrer Blockadehaltung auf, sodass das Gesetz zügig umgesetzt werden kann.

Der SoVD-Landesverband verlangt seit Langem die Zahlung einer steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie für Rentner*innen. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, denn zahlreiche gesellschaftliche Gruppen haben einen Inflationsausgleich erhalten. Altersarmut droht Rentner*innen nicht nur, sondern sie ist real, wie den amtlichen Rentenberichten zu entnehmen ist. Von Altersarmut sind besonders Frauen betroffen. Als Folge von Familienarbeit haben sie selbst oft nur niedrige Rentenansprüche.

Seit 2015 besteht in Deutschland Anspruch auf Mindestlohn. Aber auch der ab 2025 geltende Mindestlohn von 12,82 Euro ist noch nicht armutsfest. „Ich fordere auch von hier aus Bundeskanzler Scholz auf, sein Versprechen einzulösen und den Mindestlohn auf 15 Euro zu erhöhen“, so die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer.

Dringend erforderlich ist es für den SoVD, die Minijobs durch vollwertige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ersetzen. Steuerrechtliche Diskriminierung, vor allem beim Ehegattensplitting, muss

beseitigt werden.

Entscheidend für eine wirksame Verbesserung von Rentenniveau und Rentenleistungen ist die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung. Alle müssen in die Rentenversicherung einzahlen: auch Selbstständige, Politiker*innen und Beamte*innen. Die Erwerbstätigenversicherung in Österreich zeigt beispielhaft, dass dies mit dem Erfolg erheblich höherer Renten möglich ist.

Der SoVD fordert: Das Rentenpaket II muss jetzt umgesetzt werden! Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.



Herzlichen Glückwunsch

Im Namen des gesamten Vorstandes und des Mitarbeiter*innen-Teams wünscht der Landesverband Berlin-Brandenburg seinen Mitgliedern alles Gute, Gesundheit und Glück für das neue Lebensjahr! Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 13.12.: Charlotte Sorge, Falkenberg; 20.12.: Sylvia Brandt, Berlin; 22.12.: Brigitta Eiert, Berlin; 29.12.: Ruth Becker, Potsdam.

92 Jahre: 5.12.: Edith Pöhland, Berlin; 13.12.: Vera Weidlich, Berlin.

93 Jahre: 7.12.: Eva Maria Barnack, Berlin; 22.12.: Helga Kellner, Berlin.

94 Jahre: 20.12.: Winfried Weidlich, Berlin.

95 Jahre: 24.12.: Gerda Pohland, Berlin.

96 Jahre: 21.12.: Irmgard Körner, Berlin.

99 Jahre: 22.12.: Christel Tönnies, Berlin.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband:

für 35 Jahre: 30.12.: Brunhilde Gaida, Berlin.

für 40 Jahre: 1.12.: Emil Wiedenhöft, Jelmstorf; 3.12.: Lothar Krusche, Falkensee.

für 50 Jahre: 1.12.: Heinz Pflingst, Berlin.

für 55 Jahre: 1.12.: Dieter Balzer, Eberswalde.

Stand: 28.10.2024



Sozialberatung

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Landesverband Berlin-Brandenburg

Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12).

Die Landesgeschäftsstelle bleibt vom 18. Dezember 2024 bis einschließlich zum 3. Januar 2025 geschlossen.

Geschäftsführung: Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung: Bernhard Kippert, E-Mail: kontakt@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin, E-Mail: ute.lossin@sovd-bbg.de; Mark Jeroen Brozek, Tel.: 030/26 39 38 17, E-Mail: mj.brozek@sovd-bbg.de.

Sozial- und Rechtsberatung

Der SoVD berät seine Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen – wir verhelfen Ihnen zu Ihrem Recht. Bitte wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen immer zuerst an die zuständige

Alltags- und Sozialberatung in Ihrer Gliederung. Zwecks Kontaktaufnahme bitte deutlich Name, Mitgliedsnummer und Telefonnummer auf dem Anrufbeantworter hinterlassen. **Ihre Ansprechpartner*innen sind:**

Kreisverband Berlin-Ost / Ortsverband Treptow-Köpenick

Jeden 1. Montag im Monat, 13–15 Uhr, nach Vereinbarung im Bürgerbüro von Alexander Freier-Winterwerb, Galileistraße 31, 12435 Berlin. Jeden 2. und 4. Montag im Monat, 13–15 Uhr telefonische Sprechstunde. **Ansprechpartner:** Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat nach Vereinbarung, im Nachbarschaftsheim, Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin, **Ansprechpartnerin:** Jutta Zoll, Tel.: 0151/10 02 62 69 (mobil), E-Mail: jutta.zoll@sovd-bbg.de; **Ansprechpartner:** Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02; Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

SoVD-Beratungsstelle Bürgerzentrum Neukölln,

Mittwochs 13–15 Uhr, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin.

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999 (mobil), E-Mail: ks.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

Ehrenamtliche Beratungen nur per E-Mail an: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de. **Ansprechpartnerin:** Angelika Golombek, Tel.: 0171/99 78 667 (mobil).

Kreisverband Spandau

Dienstags 10–12 Uhr vor Ort, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Dienstags 10–12 Uhr vor Ort, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin.

Ansprechpartner: Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Sozialberatungstermine nach Vereinbarung, **Ansprechpartner:** Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Jeden 3. Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. **Ansprech-**

partnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Jeden Dienstag und nach Vereinbarung, Waldstraße 48, 10551 Berlin. **Ansprechpartner*in:** Joachim Krüger; Marion Halten-Bartels, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil im südlichen Land Brandenburg

Mobile Sozialberatung nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. **Ansprechpartnerin:** Ines Bärsch, Tel.: 0151/17 85 18 41 (mobil), E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Dienstags 14–17 Uhr, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg a. d. Havel. **Ansprechpartner*in:** Dagmar Herz; Frank Gerstmann, Tel.: 0175/19 68 636 (mobil), E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Cottbus

Ansprechpartner: Michael Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83 (mobil), E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Sozialberatungstermine

nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. **Ansprechpartnerin:** Cornelia Schreiber, Tel.: 01511/56 54 036 (mobil), E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.

Eisenhüttenstadt-Fürstenberg / Oder-Spree

Sozialberatung nach Anmeldung und telefonisch. Montags 16.30–17.30 Uhr und donnerstags 15.30–17.30 Uhr. **Ansprechpartner:** Christoph Kröber, Tel.: 0177/46 31 307 (mobil), E-Mail: ks.oder-spree@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost /

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Sozialberatungstermine nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: kv.brnbordost@sovd-bbg.de oder Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Hoppegarten

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr, Haus der Generationen (Musiksaal), Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999 (mobil), E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.



Termine

Landesgeschäftsstelle

Anmeldung und Ansprechpartnerin: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de. Kontakt für alle Termine mit Anmeldung, bei der Fragen geklärt werden können.

Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat ab 14 Uhr: SoVD-Hörbibliothek.

Jeden Mittwoch, 17–19 Uhr: Line-Dance.

Anmeldung und Ansprechpartnerin: Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 13.30 Uhr: Senior*innen-Computer-Club.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr: Sprechstunde/Beratung für Schwerbehindertenvertretungen.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, E-Mail: sbvberatung@sovd-bbg.de.

Ort: s. Rubrik Sozialberatung

Kreisverband Reinickendorf

9. Dezember, 14 Uhr: Mitglie-

dertreffen mit Bingo-Meisterschaft.

20. Dezember, 14 Uhr: weihnachtlicher, gemütlicher Nachmittag mit Kaffee, Kuchen und Abendessen. **Um Anmeldung wird gebeten bis 14. Dezember.**

Ort: Geschäftsstelle Eichborndamm 96, 13403 Berlin.

Anmeldung und Ansprechpartnerin: Angelika Golombek, Tel.: 0171/99 78 667 (mobil), E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

10. Dezember, 14 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung, Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12489 Berlin.

Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030/263 93 801, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Ansprechpartner: Bernd Röber, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Charlottenburg

14. Dezember, 14 Uhr: Mit-

gliedertreffen, Stadtteilzentrum, Nehringstraße 8, 14059 Berlin.

Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02 oder 030/38 27 645, E-Mail: o.v.charlottenburg@sovd-bbg.de oder vonroenne.juergen@hotmail.com.

Ortsverband Wilmersdorf

Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

Ansprechpartner: Alfred Lotz, Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau-Mitte

15. Dezember, 13 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung, Havelterrassen, Spandauer Burgwall 27–29, 13581 Berlin.

Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

14. Dezember, 14 Uhr: Mitgliedertreffen, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 a, 13597 Berlin.

Ansprechpartnerin: Susanne Witte, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

6. Dezember, 13 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung. Restaurant Dalmacija, Hildburghäuser Straße 62, 12279 Berlin.

Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.

Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

7. Dezember, 15 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlberg“, Am Mühlberg 12, 10825 Berlin.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08,

E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

3., 10. und 17. Dezember, 14.30 Uhr: vorweihnachtliche Treffen mit jeweils unterschiedlichem Adventsprogramm, Geschichten und Gedichten, Kaffee, Weihnachtsgebäck und abendlichem Imbiss. **Rechtzeitige Anmeldung ist erforderlich.**

Zwischen Weihnachten und Jahresbeginn 2025 bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Ort: Waldstraße 48, 10551 Berlin.

Anmeldung und Ansprechpartnerin: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06 oder 030/41 44 662, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Helmut Simon, Berliner Straße 11 b, 15566 Schöneiche, Tel.: 0162/69 50 107, E-Mail: sovd.simon@web.de.



Grafik: Bobo / Adobe Stock

**Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch wünscht der SoVD Bayern!
Die Landesgeschäftsstelle und die Beratungsstelle Nürnberg sind
vom 20. Dezember 2024 bis zum 6. Januar 2025 geschlossen.**

SoVD-Landesverband am Messestand der Lebenshilfe auf der „ConSozial“

Soziale Arbeit im Mittelpunkt

Am 16. und 17. Oktober fand wieder die „ConSozial“ in Nürnberg statt. Das Motto lautete „Vielfalt stärken – Solidarität leben – Wandel gestalten“. In diesem Jahr feierte die größte Kongressmesse der Sozialwirtschaft ihr 25-jähriges Jubiläum.

Die Messe bringt Menschen und Organisationen zusammen, welche die Inklusion von Menschen mit Behinderungen fördern: für Teilhabe, Chancengleichheit und ein selbstbestimmtes Leben. Der SoVD Bayern gratulierte den Veranstaltern zur Beständigkeit ihrer Arbeit, für den Zusammenhalt in Krisenzeiten, als wichtiger Impulsgeber für eine zukunftsorientierte Sozialpolitik und als Fundament für den Zusammenhalt und die Demokratie in unserer Gesellschaft.

Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) würdigte mit dem neuen „Sozial Impact Award“ die etablierten Akteur*innen mit ihren Projekten. Der Preis rückt junge Unternehmen mit innovativen Ideen ins Rampenlicht

Anlässlich der ConSozial hatte die Lebenshilfe Bayern den SoVD-Landesverband, vertreten durch



Am Stand der Lebenshilfe (v. li.): Andrea Siemen, Carolina Trautner, Meta Günther (SoVD) und Gerhard John.

die Landesvorsitzende Meta Günther, zu ihrem Messestand eingeladen. Vorsitzende Carolina Trautner (MdL, CSU) stellte sich und ihre Unterstützer*innen bei einem Empfang vor. Sie lobte in

ihrer kleinen Ansprache die starken Säulen der Wohlfahrtsverbände und sehe sich mit ihrem Team verpflichtet, Solidarität zu leben und sich sozialpolitisch zu engagieren.

40-jähriges Bestehen der Beratungsstelle Barrierefreiheit gewürdigt

Austausch zur Inklusionspolitik

Am 21. Oktober feierte die Beratungsstelle Barrierefreiheit, eine Einrichtung der Bayerischen Architektenkammer, ihr 40-jähriges Bestehen. Auf der Veranstaltung bot sich der SoVD-Landesvorsitzenden die Gelegenheit, den Kontakt mit dem Verband der Gehörlosen e. V. zu vertiefen.

Was 1984 als kleine Institution für architektonische Fachberatung zum Thema Barrierefreiheit im Bauen und Wohnen begann, hat sich im Laufe der Jahre zu einem starken, interdisziplinären Netzwerk mit inzwischen 18 Beratungsstellen entwickelt. Dank der Kooperation mit der Stiftung Pfennigparade sowie der CAB Caritas Augsburg Betriebsträger GmbH wurde das Beratungsspektrum nochmals deutlich erweitert und es können nun alle Aspekte der Barrierefreiheit abgedeckt werden.

Auf der Jubiläumsveranstaltung traf sich Meta Günther mit Daniel Büter vom Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. Er hatte sich bereits beim



V. li.: Thomas Hetterich, Meta Günther und Daniel Büter.

SoVD-Landesverband vorgestellt und wird weiter mit ihm in Kontakt bleiben.

Büter ist seit Juli hauptamtlicher Referent für politische Arbeit und wird aktiv an politischen Prozessen teilnehmen, Gesetzgebungsverfahren überwachen, Stellungnahmen zu relevanten Gesetzen sowie Verordnungen verfassen. Sein besonderes Augenmerk liegt auf der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Behindertengleichstellungsgesetzes, um die Interessen der Gehörlosen- und Gebärdensprachgemeinschaft in Bayern zu vertreten.

Der Landesverband Bayern wünscht Daniel Büter und seinem Mitstreiter Thomas Hetterich viel Kraft, Gesundheit und Erfolg für diese verantwortungsvolle politische Arbeit.

Festakt zu 100 Jahren Freie Wohlfahrtspflege Bayern

Treffen der Verbände

Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) würdigte das bürgerschaftliche Engagement der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit einem Staatsempfang im Kaisersaal der Münchner Residenz.

„Das Jubiläumsmotto der Freien Wohlfahrtspflege ‚Miteinander besser‘ unterstreicht, wie wichtig es ist, dass wir bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen alle an einem Strang ziehen und unsere Gesellschaft stark und zukunftsfähig gestalten. Das ist auch mein Motto für die Bayerische Sozialpolitik“, sagte Sozialministerin Ulrike Scharf in ihrer Rede.

In der Freien Wohlfahrtspflege sind das Bayerische Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Landes-Caritasverband Bayern, die Diakonie Bayern, der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern und der Paritätische Wohlfahrtsverband Bayern organisiert. Die Lebenshilfe Bayern ist ständiger Gast.

Neben dem Angebot sozialer Dienstleistungen ist es die zentrale Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege, „Anwalt“ und Beistand für Hilfsbedürftige, Benachteiligte, Kranke, Senior*innen, Kinder und Jugendliche sowie sozial Schwache zu sein. Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein enger Partner der Staatsregierung bei der Gestaltung der Sozialpolitik in Bayern.



Meta Günther traf auf dem Empfang auf Nicole Schley (AWO).

50 Jahre bayerische Kinder-Frühförderung gefeiert

Gleiche Chancen schaffen

Im Schloss Nymphenburg würdigte Staatsministerin Ulrike Scharf das 50-jährige Bestehen der bayerischen Frühförderung und bedankte sich für das Engagement der Mitarbeiter*innen.

Die Familienministerin unterstrich in ihrer Rede: „Die Kleinsten sind der größte Schatz unserer Gesellschaft. Darum sage ich Danke für 50 Jahre, ein halbes Jahrhundert Frühförderung in Bayern. Jeder von Ihnen kann stolz auf sich sein. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Heimat Bayern. Unsere bayerischen Frühförderstellen tragen dazu bei, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat und sich bestmöglich und individuell entwickelt. Tagtäglich leisten Sie zum Wohle unserer Kinder großartige Arbeit und legen den Grundstein für die gute Entwicklung der Kinder.“

Interdisziplinäre Frühförderstellen beraten, unterstützen und fördern Familien mit Kindern, die in den ersten Lebensjahren Auffälligkeiten zeigen. Um den Kindern und Familien zu helfen, arbeiten verschiedenste Fachdisziplinen eng zusammen. In Bayern gibt es mit rund 250 Interdisziplinären Frühförderstellen ein flächendeckendes, niederschwelliges und wohnortnahes Angebot.



Staatsministerin Ulrike Scharf mit Meta Günther (re.).

Quelle: StMAS

Anspruch auf Mammografie-Screening erweitert

Vorsorge bis 75 Jahre

Die obere Altersgrenze für die Teilnahme am Mammographie-Screening, einer Früherkennungsuntersuchung für Brustkrebs, wurde angehoben. Bisher war eine Teilnahme nur bis zum 70. Lebensjahr möglich.

Durch Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses der Ärzt*innen und Krankenkassen können sich seit dem 1. Juli nun Frauen zwischen 50 und 75 Jahren alle zwei Jahre untersuchen lassen. Die Frauen der nun neu anspruchsberechtigten Altersgruppe erhalten jedoch zunächst noch nicht wie gewohnt eine Einladung zu der Untersuchung.

„Wer im Alter zwischen 70 und 75 Jahren und damit neu anspruchsberechtigt ist, kann sich über die Kooperationsgemeinschaft Mammografie zu der Untersuchung selbst anmelden“, erklärt Alfred Kindschhofer, Landeschef der Barmer in Bayern.

Die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen sei eine der wichtigsten Maßnahmen, um einem schweren Krankheitsverlauf vorzubeugen.

Quelle: Barmer Bayern



Foto: Dan Kosmayer / Adobe Stock

Als Brustkrebs-Vorsorge wird bundesweit die Mammografie angeboten.

Vorstandspositionen in Ortsverbänden zu besetzen

Engagierte Mitglieder für das Ehrenamt gesucht

Für seine Ortsverbände in Röthenbach und Nürnberg-Fürth sucht der SoVD Bayern engagierte Mitglieder als stellvertretende*n Vorsitzenden, als Schatzmeister*in und als Schriftführer*in.

Die Aufgaben des Ehrenamtes sind folgende:

- Der oder die stellvertretende Ortsvorsitzende unterstützt die den Ortsvorsitzende*n.
- Der*die Schatzmeister*in übernimmt die Kassenführung (bar und Bank) und die Prüfung der ordentlichen Buchführung.
- Der*die Schriftführer*in erstellt Protokolle und verfasst Einladungen, Glückwünsche etc.

Selbstverständlich erhalten Interessierte Unterstützung und eine Einarbeitung. Wenn Sie Interesse haben, gibt Ihnen die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 089 / 53 05 27 detaillierte Auskunft.

5 Termine

Ortsverband Lautertal

14. Dezember, 14 Uhr: Weihnachtsveranstaltung im Sportheim des TSV Oberlauter.

Ortsverband Michelau

7. Dezember, 14 Uhr: Nikolauskaffee im Mehrgenerationenhaus.



Foto: Marjon Besteman / pixabay

www.sovd-bayern.de

AOK-Forum 2024 „Gesundheitskompetenz der Generation Zukunft“

Infotainment für junge Leute

Das Forum 2024 der AOK Bayern präsentierte im September die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Philipp-Lahm-Stiftung und weitere Gesundheitsförderer bei einer Veranstaltung im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München.

Die Förderung der Gesundheitskompetenz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die AOK wolle hierzu einen wichtigen Beitrag durch vielfältige Angebote und Projekte in den verschiedenen Lebenswelten leisten.

So hat es sich die Philipp-Lahm-Stiftung für Sport und Bildung zur Aufgabe gemacht, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu fördern, in Deutschland sowie in Südafrika. Seit längerem unterstützt der frühere Fußballer Philipp Lahm soziale Einrichtungen und Initiativen.

Eine gemeinsame Initiative der Philipp-Lahm-Stiftung und der AOK Bayern lief im Mai 2017 an Real- und Mittelschulen in Bayern an. Zum Gesundheitskonzept gehören die drei Säulen

len Bewegung, Ernährung und Persönlichkeitsentwicklung.

Die Schulklasse nimmt mit dem Pädagog*innen verschiedene Entdeckeraufträge auf, um sie in Kleingruppen zu lösen. In dem Zusammenspiel Sport und Ernährung gewinnen sie dabei neue Gesundheitskompetenzen.

Ein weiteres Beispiel ist „Doc Felix“, der Arzt und Ernährungsexperte Felix M. Berndt. Er ist auf Instagram und Tiktok als Gesundheitsexperte sehr erfolgreich, in Leichter Sprache, kurz und knackig, mit einem Schuss Humor und Leichtigkeit. Seinem Infotainment hört jede*r gerne zu und es bleibt etwas haften. „Ein sehr erfolgreiches Konzept, um Gesundheitskompetenz zu vermitteln“, findet auch SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther.



V. li.: Stiftungsgründer Philipp Lahm, SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther sowie der Arzt und Influencer „Doc Felix“.



Glückwünsche

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Dezember Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 4.12.: Virginia Birzer, Kümmersbruck; 11.12.: Volker

Sommer, Lautertal; 14.12.: Horst Geusser, Hof; 16.12.: Eleonore Franzreb-Öztürk, Schweinfurt; 26.12.: Werner Fleischmann, Röthenbach; 31.12.: Luise Mäier, Baldham.

70 Jahre: 3.12.: Renate Kleiber, Mitterteich; 16.12.: Hannelore Nolte, Bamberg.

75 Jahre: 14.12.: Ursula Wiczorek, Regensburg; 31.12.: Wil-

helm Eckstein, Mitterteich.

80 Jahre: 10.12.: Eveline Scholz, Weiden.

85 Jahre: 10.12.: Anni Todt, Nürnberg; 23.12.: Albert Ernstberger, Waldsassen.

95 Jahre: 3.12.: Reinhold Henschel, Poxdorf.

99 Jahre: 6.12.: Maria Simbol, München; 13.12.: Marga Haas, Bamberg.



Sozialberatung

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Impplerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 oder E-Mail: barbara.hoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach Absprache mit Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbara.hoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schrei-

ner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovdmfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, von 13.30 bis 14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovdmfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Telefon: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache bei Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovdmfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovdmfr.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27-29, 90403 Nürnberg, montags bis donnerstags von 9 bis 11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovdmfr.de.

Hans-Jürgen Schmidt wirkt mit großem Einsatz im Ortsverband Bad Wildungen

„Superheld“ im SoVD Hessen

Begabt, berufen, bewährt, belastbar und bildungshungrig – diese fünf Führungseigenschaften verkörpert der 1944 geborene Hans-Jürgen Schmidt, Sozialberater und Vorsitzender des Ortsverbandes Bad Wildungen. Damit hat er den dortigen Verband auf Erfolgskurs gebracht.

„Das Lesen der Gesetze ist mein Hobby“, verrät Hans-Jürgen Schmidt, der 13 Jahre bei der Polizei und viele Jahre in der Rechtsabteilung des Bezirksamtes Spandau tätig war. Das außergewöhnliche Engagement von Schmidt spiegelt sich auch in Zahlen wider: In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres leistete er 641 Stunden ehrenamtliche Arbeit für den SoVD. Er fuhr 295 Kilometer zugunsten Ratsuchender, schrieb 389 Briefe, unterstützte beim Ausfüllen von 50 Vorsorgevollmachten und 23 Patientenverfügungen sowie bei 77 Anträgen, die um Rat Bittende bei der Deutschen Rentenversicherung einreichten. 40 Jahre Erfahrung im amtlichen und ehrenamtlichen Dienst mit ständiger Weiterbildung ermöglichten ihm, bisher rund 840 Menschen zu unterstützen, die Anträge beim Versorgungsamt stellten.

Sein außergewöhnliches Engagement, aber auch seine Empathie führten in kurzer Zeit zu einem Anstieg der Mitgliederzahl des Ortsverbandes Bad Wildungen auf 141 Personen.

„Der Zuwachs an Mitgliedern erfolgte deshalb in kurzer Zeit,



Hans-Jürgen Schmidt an seinem Schreibtisch, an dem er schon zahlreichen Menschen geholfen hat.

weil Ratsuchende zuvor bereits konkrete Hilfe erfahren haben. Sie sind mit ihrer Mitgliedschaft dann nachhaltig dankbar für Hilfe beim Finden guter Lösungen in ihrer gegenwärtigen Lebenssituation. Theoretisieren über Mögliches bringt kaum jemanden dazu, Mitglied im SoVD zu werden. Abstraktes ist bekanntlich wenig einladend und hat kaum etwas mit persönlicher Erfahrung zu tun“, erklärt SoVD-Mitglied Matthias Höhle und sieht in Schmidt viele po-

sitive Eigenschaften vereint, die ihn so beliebt machen.

Zudem führt die ansteckend humorvolle Motivation von Hans-Jürgen Schmidt die Mitarbeiter*innen nicht nur dazu, mit ganzem Herzen dabei zu sein, zu assistieren und Ratsuchende wertzuschätzen, sondern auch dazu, sich gemäß ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten fortzubilden. Bei all seinem Tun erhält Schmidt die Unterstützung seiner Partnerin Helga Heidenreich.

Er versteht es, die Bedürfnisse und Sorgen von Menschen mit Behinderungen, Senior*innen und sozial benachteiligten Menschen aufzugreifen und sich leidenschaftlich für deren Wohl einzusetzen. Er stellt sicher, dass alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder gesundheitlichen Situation fair behandelt werden und die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben. Auch weiß Schmidt, dass sein Einsatz für soziale Gerechtigkeit oft Zeit und Hartnäckigkeit erfordert.

Mit all diesen aufgezählten Eigenschaften ist Hans-Jürgen Schmidt in den Augen des SoVD Hessen eine Idealbesetzung als „SoVD-Superheld“.



Hans-Jürgen Schmidt, Vorsitzender des Ortsverbandes Bad Wildungen (re.), Marita Schliephorst, Kreisvorsitzende Osthessen und Landesschatzmeisterin (Dritte v. re.), sowie Mitglieder und Gäste im Gespräch.

Tag der offenen Tür im Ortsverband Bad Wildungen

Gute Gelegenheit zum Kennenlernen

Der Ortsverband Bad Wildungen öffnete für alle Interessierten seine Türen in der Geschäftsstelle in der Bahnhofstraße 5 a. Die Besucher*innen erfuhren, welche Vorteile ihnen eine Mitgliedschaft bringt, und lernten den Vorstand in entspannter Atmosphäre kennen.

Vorsitzender und Sozialberater Hans-Jürgen Schmidt sowie sein Team von Ehrenamtlichen gaben Auskunft über das breite Spektrum an Beratungshilfen, das die Mitglieder nutzen können. Die Besucher*innen erfuhren unter anderem auch, dass der SoVD bei rund 20 Arten von Anträgen Hilfe leisten kann.

Gewürdigt wurde an diesem Tag auch die erfolgreiche Entwicklung des Ortsverbandes – inzwischen hat er 141 Mitglieder. Ein deutlicher Eintrittsgrund dafür war die Hilfe, welche Ratsuchende beim SoVD erfahren haben. Je mehr Mitglieder der Verband habe, desto stärker könne er sich mit seinen Ehrenamtler*innen für andere Menschen einsetzen, hob Schmidt hervor. Er ist ein großer Motivator und kann mit Stolz auf eine gute Erfolgsbilanz blicken (siehe auch nebenstehenden Artikel).

„Der Tag der offenen Tür bot eine gute Gelegenheit, auf unser Angebot aufmerksam zu machen und unseren Bekanntheitsgrad zu erhöhen“, freute sich Landesschatzmeisterin Marita Schliephorst, die in ihrer Funktion als Vorsitzende des Kreisverbandes Osthessen bei der Veranstaltung vor Ort dabei war.

Der ACE gibt Tipps zum richtigen Verhalten bei schwierigen Wetterverhältnissen

Sicher durch den Wintersturm

Schnee, Glätte und Orkanböen sorgen für brenzlige Situationen im Straßenverkehr. Der Auto Club Europa (ACE) gibt Tipps, wie Autofahrende bei diesen winterlichen Straßenverhältnissen sicher unterwegs sind.

In Deutschland gilt die situative Winterreifenpflicht: Bei winterlichen Straßenverhältnissen darf man ausschließlich Winterreifen nutzen. Seit Oktober 2024 gelten nur noch Winter- oder Ganzjahresreifen mit Alpine-Symbol (Berg mit Schneeflocke) als wintertauglich. Eine Profiltiefe von 1,6 Millimetern ist vorgeschrieben, der ACE rät aus Sicherheitsgründen zu Winterreifen mit mindestens vier Millimetern.

Bei Glätte ist Folgendes besonders wichtig: Tempo drosseln, Sicherheitsabstand vergrößern und abrupte Lenkmanöver vermeiden. Wer über

Assistenzsysteme wie das elektronische Stabilitätsprogramm (ESP) oder Antiblockiersystem (ABS) verfügt, sollte bei einer Gefahrenbremsung oder wenn das Auto unkontrolliert rutscht, voll und kräftig bremsen und dabei gefühlvoll und so wenig wie möglich lenken. Um die Fahrbahnverhältnisse zu prüfen, kann man bei klarer Straße und freier Sicht gelegentlich leicht bremsen.

Vor Fahrtbeginn muss das Auto vollständig von Schnee und Eis frei sein – inklusive Dach und Motorhaube. Das verhindert, dass sich während der Fahrt Schnee löst und die

Sicht behindert. Die Scheibenwaschanlage sollte mit Frostschutzmittel befüllt sein, und Hilfsmittel wie Eiskratzer oder Enteisungsspray gehören griffbereit ins Fahrzeug.

Bei starkem Wind und Sturm böen können Äste oder Gegenstände auf die Fahrbahn geraten. Vorausschauendes Fahren und ein erhöhter Sicherheitsabstand sind entscheidend, um Unfälle zu vermeiden. Auf Brücken und beim Ausfahren aus Tunneln besteht erhöhte Seitenwindgefahr, besonders für Fahrzeuge mit Dachaufbauten, Transporter und Gespanne.

Quelle: ACE



Foto: rangizz/Adobe Stock

DDG-Aufklärungskampagne für die richtige Erkennung von Diabetes-Symptomen bei Kindern

Früherkennung schützt vor schwerem Verlauf

Ziel einer neuen Kampagne der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG) ist es, die Zahl der jungen Patient*innen zu senken, bei denen Diabetes erst in einem lebensbedrohlichen Stadium erkannt wird. Ständiger Durst, häufiges Wasserlassen, Gewichtsverlust und Müdigkeit – auf diese Warnzeichen eines beginnenden Typ-1-Diabetes sollten Eltern bei ihren Kindern achten.

Ein Typ-1-Diabetes entwickelt sich meist im Kindes- oder Jugendalter. Aus noch unbekannter Ursache greift das körpereigene Immunsystem diejenigen Zellen der Bauchspeicheldrüse an, die das lebenswichtige Hormon Insulin produzieren. Fehlt das an der Blutzuckerregulation beteiligte Hormon, gerät der Zuckerstoffwechsel aus der Balance und es verbleibt dauerhaft zu viel Zucker im Blut der Betroffenen. „Diabetes ist heute zwar gut behandelbar“, sagt Prof. Dr. med. Andreas Neu, Senior Consultant an der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin am Universitätsklinikum Tübingen

und Past-Präsident der DDG. „Dennoch bleibt er eine chronische, nicht heilbare Erkrankung, die eine sofortige und lebenslange Therapie erfordert.“

Diabetes oft zu spät erkannt

Rund jede vierte Neuerkrankung wird jedoch so spät erkannt, dass die Stoffwechselstörung bereits dramatische Ausmaße angenommen hat: Infolge eines entgleisenden Zuckerstoffwechsels übersäuert das Blut und es kommt zu Elektrolytverschiebungen, die zu Bewusstseinsstörungen bis hin zum Koma führen können. Dieser als diabetische

Ketoazidose (DKA) bezeichnete Zustand kann binnen Stunden lebensbedrohlich werden. Umso wichtiger ist es, die ersten Anzeichen für einen Insulinmangel frühzeitig zu erkennen und das Kind sofort in ärztliche Behandlung zu bringen. „Ein Typ-1-Diabetes entwickelt sich zwar rasch“, sagt Neu. „Dennoch kündigt er sich so rechtzeitig an, dass eine Ketoazidose gut verhindert werden könnte.“

Symptome falsch gedeutet

Doch oft fallen die Symptome und Verhaltensänderungen im Alltag nicht früh genug auf. Denn jedes Symptom für sich genommen ist so unspezifisch, dass Erwachsene es leicht missverstehen können. Das Kind ist müde? Es muss ja auch früh aufstehen, um rechtzeitig zum Kindergarten oder zur Schule zu kommen. Es verliert an Gewicht? Vermutlich geht nur der Babyspeck verloren. Es trinkt viel? Wer hätte bei der Hitze nicht mehr Durst als sonst?

Hier genauer hinzuschauen, dazu soll die DDG-Kampagne animieren. Auf Flyern und Plakaten klären kurze Informationstexte über den Typ-1-Diabetes auf, die einprägsamen, gelben Piktogramme machen auf die Frühsymptome aufmerksam.



Foto: Kzenon/Adobe Stock

Großer Durst fällt gerade im Sommer nicht als Alarmzeichen auf, kann aber auch das Vorzeichen eines Diabetes sein.

Dass solche Aufklärungskampagnen die Ketoazidose-Rate deutlich senken können, zeigen Erfahrungen aus dem In- und Ausland.

Kampagne ausgeweitet

Auf Grundlage dieser Vorerfahrungen hat die pädiatrische Arbeitsgemeinschaft der DDG gemeinsam mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) die DKA-Präventionskampagne weiterentwickelt. Seit 2021 werden die Flyer und Plakate bundesweit an niedergelassene Kinder- und Jugendärzte ausgegeben, die sie im Rahmen der regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen an die Eltern weitergeben. Auch im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen sollen die Materialien zur Aufklärung verwen-

det werden. Die Einbeziehung von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Vereinen soll zudem auch Betreuungspersonen für die Diabetes-Symptome sensibilisieren. „Ganz aktuell haben wir die Kampagne auch im Wortsinne auf die Straße gebracht“, berichtet DDG-Experte Neu. Denn die Piktogramme prangen neuerdings auch auf dem Silotransporter einer Speditionsfirma, die hauptsächlich in Süddeutschland unterwegs ist.

Bei diesen vier Warnzeichen sollten Kinder umgehend ärztlich untersucht werden:

- starker Durst,
- häufiges Wasserlassen – auch nachts,
- Gewichtsverlust,
- Müdigkeit.

Quelle: DDG



Foto: RFBSIP/Adobe Stock

Oft bekommen Kinder die Diagnose Diabetes erst spät. Dann kann es schon schwerwiegende Schäden geben.

Sprechstunden und Sozialberatung

Wenn nicht anders vermerkt, finden Sozialberatungen und Sprechstunden nur nach Terminvereinbarung statt. Die Sozialrechtstermine der Sozialjurist*innen Sigrid Jahr, Thomas Meinel, Annette Mülot-Carvajal-Gomez und Angelika Purschke vermitteln die Sozialberater*innen selbst oder die Landesgeschäftsstelle.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Christine Weidenauer, Bürozeiten: montags bis freitags, 10–15 Uhr. Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Terminver-

einbarung bei Sekretärin Yvonne Hartwig, Tel.: 0152/52 69 12 80 (mobil), E-Mail: yvonne.hartwig@sovd-hessen.de.

Beratung Obertshausen

Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Vermittlung durch Sekretärin Yvonne Hartwig, Tel.: 0152/52 69 12 80, E-Mail: yvonne.hartwig@sovd-hessen.de.

Beratung Wiesbaden

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Terminvereinbarung bei Helga Kläs, Sozialberaterin und Vorsitzende, unter Tel.: 06422/89 87 202 oder per E-Mail: hklaes@sovd-hessen.de, und bei Hans-Werner Dersch,

Tel.: 06423/51 524, oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Wetter

Rathaus, Zimmer 2, UG, Marktplatz 1, jeden ersten und dritten Montag im Monat, 15.30–18 Uhr.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung Bad Wildungen

SoVD-Büro, Bahnhofstraße 5a, montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr. Terminvereinbarung bei Hans-Jürgen Schmidt, Sozialberater und Vorsitzender, unter Tel.: 05621/96 78 787, 0151/96 46 189 (mobil) oder per E-Mail: hans-juergen.schmidt@sovd-hessen.de, oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Calden

Irmgard Fohr, Kreisver-

bandsvorsitzende, unter Tel.: 05674/65 67 oder per E-Mail: irmgardfohr@gmx.de.

Beratung Hofgeismar

Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

Beratung Kassel

AWO-Haus, Wilhelmshöhe Allee 32a, Annette Mülot-Carvajal-Gomez, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr, Tel.: 0561/14657.

Beratung Korbach

Ralf Wiegelmann, Tel.: 0171/76 30 410 (mobil).

Beratung Vernawahlshausen

Sonja Hettler, Tel.: 05571/49 52.

Kreisverband Osthessen

Terminvereinbarung bei Marita Schliephorst, Sozialberaterin und Vorsitzende, unter Tel.: 06655/74 02 26,

0176/95 53 81 36 (mobil) oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de, oder kommen Sie während der Öffnungszeiten einfach vorbei!

Beratung Eschwege

AWO, An den Anlagen 8, jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr.

Beratung Fulda

Sozial- und Arbeitsgericht, Sitzungssaal im Erdgeschoss, Am Hopfengarten 3, jeden ersten Montag im Monat, 14–16 Uhr.

Beratung Rotenburg

Neues Rathaus, Altenstube im 1. OG, Marktplatz 14–15, jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Beratung Sontra

Bürgerhilfe, Niederstadt 41, jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr.



V. li.: Rochus Hauck (1. Vorsitzender Homburg-Saarbrücken), Dirk Moritz, Christian Dirb, Anja Dorscheid, Tanja Brixius, Koba Krause, Volker Lieblang (1. Vorsitzender Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler), Andreas Sauder und Monika Six (2. Vorsitzende Homburg-Saarbrücken, Landesfrauensprecherin).

Podiumsdiskussion „Häusliche Pflege im ländlichen Raum – heute und morgen“

Enge Zusammenarbeit ist wichtig

Am 28. Oktober versammelten sich in Friedrichsthal-Bildstock zahlreiche Interessierte, um an einer Veranstaltung zum Thema „Häusliche Pflege im ländlichen Raum – heute und morgen“ teilzunehmen. Eingeladen hatten die Ortsverbände Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler.

Der Vorsitzende des Ortsverbandes Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler, Volker Lieblang, eröffnete den Abend, Friedrichsthal's Bürgermeister Christian Jung (SPD) begrüßte die Gäste und Podiumsteilnehmer*innen und SoVD-Landesgeschäftsführer Christian Dirb moderierte die Veranstaltung.

Die Podiumsdiskussion rückte die brennenden Herausforderungen der Pflege im ländlichen Raum in den Fokus. Einigkeit herrschte darüber, dass der zunehmende Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal, die komplexen Verfahren und die Finanzierungsproblematik eine erhebliche mentale, körperliche und finanzielle Belastung für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegeeinrichtungen darstellen.

Koba Krause (Sozialministerium, SPD, und Verantwortliche für die „Konzertierte Aktion Pflege Saar“, kurz „KAP Saar“) hob hervor, dass die „KAP Saar“ auf eine langfristige Sicherstel-

lung des Pflegepersonals und eine Reduzierung der bürokratischen Anforderungen hinarbeite. Sie betonte, dass digitale Angebote zur Vereinfachung beitragen könnten, was eine positive Perspektive für die Erleichterung des Pflegealltags und die Zugänglichkeit von Hilfsleistungen sei.

Tanja Brixius (Medizinischer Dienst Saarland) wies darauf hin, dass sich ihr Dienst einem ständigen Wandel der Begutachtungskriterien gegenübersehe, der sowohl für die Qualitätssicherung als auch für die Beratung neue Anforderungen stelle. Die zunehmende Flexibilität und das Bewusstsein für individuelle Bedarfe der Pflegebedürftigen verlangten regelmäßige Anpassungen und Schulungen der Mitarbeiter*innen des Dienstes.

Andreas Sauder (Leiter der Landesfachstelle Demenz im Saarland) brachte die Perspektive der Betroffenen ein und machte auf die Überforderung

vieler Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen aufmerksam. Trotz intensiver Bemühungen blieben die Antrags- und Unterstützungsverfahren für viele oft undurchsichtig, was nicht selten zu Unsicherheit und Verzögerungen führe. Für Betroffene sei es daher oftmals schwierig, die richtige Unterstützung zur richtigen Zeit zu erhalten.

Dirk Moritz (AOK Rheinland-Pfalz/Saarland) betonte die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen Krankenkassen, Pflegeeinrichtungen und weiteren Akteur*innen. Die Krankenkassen setzten sich verstärkt dafür ein, dass alle Beteiligten im Sinne der Pflegebedürftigen an einem Strang ziehen und gemeinschaftlich Lösungen erarbeiten.

Anja Dorscheid (Inhaberin der „Seniorenbetreuung Menschsein“) wies eindrücklich auf den gravierenden Personalmangel hin. Trotz intensiver Suche sei es schwer, qualifiziertes Pflegepersonal zu finden, das bereit sei, die vielfältigen Herausforderungen in der häuslichen Pflege anzunehmen. Zudem erschwere die hohe Bürokratie im Pflegealltag die eigentliche Betreuungsarbeit und bremse notwendige Maßnahmen oftmals aus.

Die Veranstaltung vermittelte einen eindrucksvollen Einblick in die Vielschichtigkeit der Thematik und hinterließ bei den Zuhörer*innen das Gefühl, dass alle Beteiligten entschlossen sind, den Weg zu einer zukunftsfähigen Pflegeversorgung weiter zu verfolgen.



V. li.: Bürgermeister Christian Jung; Dirk Moritz, Christian Dirb und Tanja Brixius mit Publikum.

Editorial

Liebe Mitglieder,

wir haben die größte Bevölkerungsdichte in Europa. Die „Boomer“, zu denen ich auch gehöre, sind schon im oder gehen demnächst in den Ruhestand. Zum Glück dürfen wir parallel auch noch weiterarbeiten, natürlich mit allen gewohnten Abzügen. Einige müssen nicht, arbeiten aber trotzdem weiter, anderen bleibt keine Wahl. Viele Rentner*innen können aber aus gesundheitlichen Gründen nicht weiterarbeiten, somit reicht die Rente oft nur für das Allernötigste. Das Risiko von Altersarmut hat leicht zugenommen. Das sind Ergebnisse aus dem Sozialbericht 2024, für den Fachleute aus amtlicher Statistik und Sozialforschung Befunde zu wichtigen Lebensbereichen zusammengestellt haben. Altersarmut ist das Ergebnis aus niedrigeren Alterseinkommen, die sich unter anderem aus längeren Phasen von Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie ergeben.

In seiner letzten Regierungserklärung hat sich der noch regierende Bundeskanzler Olaf Scholz gegen ein Entweder-oder ausgesprochen, um den Zusammenhalt nicht zu gefährden. Das ist grundsätzlich richtig so! Allerdings sollten wir noch mal kritisch hinschauen, ob wir ein Festschreiben des Rentenniveaus von 48 Prozent ohne Umbau des Rentensystems überhaupt generationengerecht leisten können, wie es schon lange von Rentenfachleuten gefordert wird. Wir werden damit nämlich die nächsten Generationen erheblich belasten. Schon lange muss das Rentensystem mit zusätzlichem Steuergeld unterstützt werden, da die einfließenden Beiträge nicht reichen, und die Lücke wird von Jahr zu Jahr größer.

Die jüngeren Menschen müssen verstärkt selbst vorsorgen, um nicht irgendwann in die eigene Altersarmutsfalle zu tappen. Und wir dürfen uns hier auch nicht abschätzig vertun, so nach dem Motto „die Jugend interessiert es doch gar nicht“ – wie es vielleicht bei uns der Fall war –, denn Umfragen unter Jugendlichen ergeben genau das Gegenteil. Die jungen Menschen blicken skeptisch und auch mit Furcht auf ihr eigenes Rentenalter und das, was die Gesellschaft in den nächsten Jahren hinterlässt. Selbstvorsorge ist nur möglich, wenn man sich das auch leisten kann. Und hier fällt laut Sozialbericht 2024 auf, dass eine hohe Armutsbetroffenheit von 22 Prozent bei jungen Erwachsenen (20 bis 29 Jahre) existiert.

Wenn wir als die „Boomer“ von Rentenhöhenfestschreibungen also profitieren, sollten wir bedenken, wer das alles stemmen muss. Daher sollten wir offen sein für eine Systemänderung in der Rente, nicht nur, dass alle ausnahmslos einzahlen müssen, sondern dass das System sich auch selbst finanziert, wie es in anderen Ländern erfolgreich praktiziert wird.

Der Landesvorstand, die Landesgeschäftsstelle mit unserem Team der Sozialrechtsberater*innen und ich persönlich wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes, besinnliches Weihnachtsfest sowie ein gutes neues Jahr.

Norbert Weber, 1. Landesvorsitzender



Grafik: neirfy / Adobe Stock

Frohe Weihnachten!

Die Landesgeschäftsstelle ist vom 20. Dezember 2024 bis zum 3. Januar 2025 geschlossen.

Wir wünschen allen Mitgliedern und deren Familien schöne Weihnachten sowie ein gutes neues Jahr 2025.

Ab dem 6. Januar 2025 sind wir wieder erreichbar.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Ortsverband Homburg-Saarbrücken

4. Januar, 15 Uhr: Neujahrsempfang mit Ehrungen, Sportheim TuS Lappentascherhof, Robert-Schumann-Straße, 66424 Homburg. Die Wegstrecke wird ausgeschildert.

Glückwünsche



Foto: ortis / Adobe Stock

60 Jahre: 3.12.: Stefan Sailer, Ludwigshafen; 6.12.: Anke Heyd, Rheinzabern; 12.12.: Marion Eckel, Meisenheim; 20.12.: Rosemarie Seibert, Bellheim.

65 Jahre: 1.12.: Walter Stärke, Waldalgesheim; 5.12.: Ralph Haupt, Steinweiler; 7.12.: Klaus Stefaniszyn, Rülzheim; 14.12.: Berthold Mannheim, Mülheim-Kärlich; Martin Liebel, Hördt; 23.12.: Thomas Bolz, Bellheim; 29.12.: Petra Becker, Rülzheim; 30.12.: Horst Flemming, Mehren.

70 Jahre: 4.12.: Gisela Baumgarten, Kaiserslautern; 11.12.: Otmar Orfgen, Werkhausen; 20.12.: Irmgard Brennerberger, Bingen; 21.12.: Heinz Heuser, Bendorf; 25.12.: Wolfgang Hey, Otterbach; 26.12.: Albrecht Schneider, Kappeln.

75 Jahre: 1.12.: Dieter Roßmayer, Bellheim; 24.12.: Brigitte Dessloch, Zweibrücken.

80 Jahre: 10.12.: Wolfgang Braun, Rülzheim; 26.12.: Volker Hebenstreit, Bingen; 29.12.: Hans Ulrich Pauli, Rülzheim.

85 Jahre: 9.12.: Eugen Stibig, Landau; Günter Johann, Rülzheim; 10.12.: Gertrud Lachnit, Erlenbach; 13.12.: Kunz Eckehard Jocksch, Bobenheim-Roxheim; 14.12.: Marianne Jagiella, Rülzheim; 19.12.: Klothilde Wambsganß, Landau; 23.12.: Ingrid Biehl, Spiesen-Elversberg; 26.12.: Ellen Götz, Kuhardt; 28.12.: Karl-Heinz Klein, Oberheimbach.

90 Jahre: 14.12.: Friedrich Engel, Horrweiler; 21.12.: Manfred Harster, Speyer.

91 Jahre: 15.12.: Karl Klaus, Speyer.

92 Jahre: 29.12.: Marie-Berta Wommer, Saarbrücken.

94 Jahre: 31.12.: Ernst Günther, Hochstadt.

95 Jahre: 2.12.: Marga Haase, Traben-Trarbach; 29.12.: Margarete Kreckel, Berzhahn.

„Kaat von Dahämm“ für den Saarpfalz-Kreis erschienen

Landkarten in Mundart

Umweltstaatssekretär Sebastian Thul (SPD), Frank John vom Saarpfalz-Kreis, der Beruser Künstler Bernd Kissel sowie Friedrich Denne und Bernd Färber vom Verein für Landeskunde im Saarland stellten die „Kaat von Dahämm“ für den Saarpfalz-Kreis vor.

Die „Kaat von Dahämm“ zeigt dabei alle Orts- und Stadtteile in ihrer jeweiligen regionaltypischen Aussprache. Zusätzlich wird die Karte abgerundet durch Zeichnungen zu hiesigen Legenden-geschichten sowie durch örtliche Sehenswürdigkeiten, welche in einer Begleitbroschüre erläutert werden.

Neben dem Saarpfalz-Kreis gibt es sie auch für die Landkreise Saarlouis, Neunkirchen und Merzig-Wadern sowie den Regionalverband. Erwerben kann man sie über die Website des Ministeriums für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz und einen dort integrierten Link zum Shop des Landesamtes für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung (LVGL) sowie in einigen Buchhandlungen in zwei unterschiedlichen Formaten.

Der Webshop des LVGL ist online auf: www.saarland.de erreichbar, unter Tel.: 0681/97 12 356, -359 oder -499 sowie per E-Mail an: verkauf@lvgl.saarland.de.

Quelle: Saarländisches Umweltministerium

Wir stellen vor

Sozialrechtsberater Sven Keller

Die Sozialrechtsberatung des SoVD gehört zu den wichtigsten Stützen des Verbandes. In dieser Rubrik stellen wir die Personen vor, die sich engagiert und kompetent für die Rechte der Mitglieder im Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland einsetzen.

Bevor Sven Keller (ehemals Heidenmann) als Sozialjurist beim SoVD Rheinland-Pfalz einstieg, war er fast 20 Jahre mit einer eigenen Kanzlei selbstständig gewesen – spezialisiert auf Familien-, Arbeits- und Sozialrecht. Als er 2020, inmitten der Corona-Krise, beim SoVD anfang, kam ihm sein Interesse an Digitalem sehr zugute. Die neu eingeführten Online-Beratungen waren für ihn, der bereits als ehrenamtlicher Digitalbotschafter für Senior*innen arbeitete, kein Problem. Natürlich berät er auch klassisch per Telefon oder persönlich vor Ort.

Keller ist für das gesamte Saarland zuständig und daher viel auf Reisen durch das eher ländliche Bundesland. Er hat gerne Kontakt zu den Menschen, und seine saarländischen Klient*innen bescheinigen ihm, dem Pfälzer, dass er schon fast „einer von ihnen“ sei.

Seine Arbeit als Sozialrechtsberater beim SoVD kommt seinem ausgeprägten Gerechtig-

keitssinn und seinem Bedürfnis, zu erklären und zu helfen, sehr entgegen. Keller schätzt auch die große Bandbreite an Fällen, mit denen er zu tun hat und die ihn manchmal mit ihrer „Exotik“ beruflich herausfordern. Zu den häufigsten Problemfeldern gehören Schwerbehinderung, Pflege und Rente. Bei letzterem geht es oft darum, früher in Rente gehen zu müssen, zunehmend auch wegen psychosomatischer Erkrankungen.

Der Jurist rät allen, sich frühzeitig Rat zu holen, damit sie Anträge richtig ausfüllen und stellen können. Wenn die Rat-suchenden erst kommen, nachdem sie es allein versucht haben und damit gescheitert sind, verkompliziert es seine Arbeit.

Ein persönliches Motto von Sven Keller lautet: „Geht nicht gibt's nicht.“ Das heißt nicht, dass jede*r für das eigene Schicksal selbst verantwortlich gemacht werden kann. Keller weiß aus der Praxis, dass manchen Menschen schwere



Sven Keller

Schicksalschläge zustoßen, die sie nicht selbst verursacht haben. Er ist aber überzeugt, dass man aktiv damit umgehen sollte.

Mit dieser pragmatischen Einstellung gestaltet er auch bewusst seine Freizeit, um Abstand von den manchmal belastenden Fällen zu schaffen. Neben ehrenamtlicher Tätigkeit in der Kirche und als Digitalbotschafter verbringt er gerne Zeit mit seiner Frau, den Kindern und Enkelkindern sowie bei Spaziergängen in der Natur mit seinem Hund.

Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen? Dann wenden Sie sich bitte zunächst telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz unter Tel.: 0631/73 657 oder Tel.: 06131/69 30 165. Dort verweist man Sie an den*die für Ihre Frage zuständige*n Berater*in.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinland-Pfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr unter Tel.: 0151/43 10 67 54 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Keller unter Tel.:

06351/13 14 141 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova unter Tel.: 0151/43 13 59 02 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite, zum Beispiel Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58 (mobil), sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01. Nähere Informationen erteilt die Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26–30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatung vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Keller steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechtag nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 (mobil), Änderung vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 4. Dezember und 8. Januar, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 4. Dezember und 8. Januar, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonnweiler: 18. Dezember, und 22. Januar, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (Sozialbüro links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 18. Dezember und 22. Januar, 13.30–16 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

*Der Landesvorstand, die Ortsvorstände und das Team der Landes- und Sozialrechtsberatungsstellen wünschen allen Mitgliedern und ihren Familien sowie den Freund*innen des SoVD ein schönes, besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in ein gesundes und glückliches neues Jahr 2025!*



Grafik: picostudio / AdobeStock

Veranstaltung von SoVD und Diakonischem Betreuungsverein Bodensee

Rechtzeitig Vorsorge treffen

Am 11. Oktober veranstaltete der SoVD-Ortsverband Bodman-Ludwigshafen in Kooperation mit der Evangelischen Kirchengemeinde einen gut besuchten Infoabend zum Thema „Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung“.

Referent des Abends war Friedrich Theis, Experte des Diakonischen Betreuungsvereins Bodensee. Er betonte, dass die Vorsorgevollmacht für jede*n – ob jung oder alt – von großer Bedeutung sei. Mit der Vorsorgevollmacht bestimme man eine Person des Vertrauens, die im Bedarfsfall wichtige Entscheidungen treffe. „Unfälle oder plötzliche schwere Erkrankungen können uns alle treffen, daher ist es wichtig, frühzeitig vorzusorgen“, so der Experte.

Theis erklärte, dass solche Vollmachten formlos erstellbar seien, aber bei Immobiliengeschäften eine notarielle Beglaubigung notwendig sei. Zudem lasse sich die Vollmacht im Zentralen Vorsorgeregister registrieren, um im Ernstfall schnell auffindbar zu sein.

Weiterhin ging Theis auf die Betreuungsverfügung ein, die sich besonders für Personen eignet, die keine Vertrauensperson für eine Vorsorgevollmacht haben. „In einer Betreuungsverfügung können Sie festlegen, wer im Fall einer rechtlichen Betreuung Ihre Angelegenheiten regeln soll und welche Wünsche dabei respektiert werden müssen“, erläuterte er. Theis hob hervor, wie wichtig



Die Mitglieder des SoVD Bodman-Ludwigshafen erfuhren viel Wissenswertes zur Vorsorge vom Referenten Friedrich Theis.

es sei, die betroffenen Personen frühzeitig einzubeziehen.

Ein weiteres Schwerpunktthema war die Patientenverfügung, die regelt, welche medizinischen Maßnahmen im Falle der Nichteinwilligungsfähigkeit zu treffen sind. Dabei wies Theis auf die Bedeutung präziser Formulierungen hin. Er empfahl, die Patientenverfügung mit einer Vorsorgevollmacht zu kombinieren, um rechtliche Sicherheit zu gewährleisten.

Zum Abschluss erläuterte er das seit Januar 2023 in Kraft getretene Ehegattenvertretungs-

recht, das es Ehepartner*innen ermögliche, in Gesundheitsfragen füreinander zu entscheiden, wenn der*die jeweils andere Partner*in dazu nicht mehr in der Lage sei. Dieses Recht gelte jedoch nur, wenn keine Vorsorgevollmacht oder Betreuung vorliege.

Den Vortrag von Friedrich Theis nahmen die Anwesenden mit großem Interesse auf. Die klare und praxisnahe Darstellung machte deutlich, wie wichtig es ist, sich frühzeitig mit diesen Vorsorgemöglichkeiten auseinanderzusetzen.

Rudolf Ruppert feiert seinen 100. Geburtstag

Seit 78 Jahren im SoVD

Rudolf „Rudi“ Ruppert feiert nicht nur am 1. Dezember seinen 100. Geburtstag, er hält dem SoVD auch seit 78 Jahren die Treue – ein wahrhaft seltenes Jubiläum!

Der 1924 geborene Mannheimer wurde mit 17 Jahren in die Wehrmacht einberufen und 1943 nach Russland an die Front versetzt, wo er schwerste Kriegsverletzungen erlitt und in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet. Zurück in der Heimat trat er am 1. September 1946 dem damaligen Reichsbund bei – und hält dem Verband seitdem die Treue.

Aufgrund seiner Kriegsverletzung konnte Ruppert seinen Beruf als Maschinenbauingenieur nicht mehr ausüben. So arbeitete er als Angestellter beim Ernährungs- und Wirtschaftsamt der Stadt Mannheim, wechselte später zur Stadtkasse Mannheim und wurde als Stadtsekretär ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen. Danach machte er eine beachtliche Karriere bei der Stadt Mannheim und wurde vom Obersekretär zum Verwaltungs- und später zum Stadtoberinspektor ernannt. Er beendete seine Berufstätigkeit im Jahr 1984 schließlich als Stadtamtmann und ging in Pension.

Rudi Ruppert war 52 Jahre mit seiner geliebten Frau Lotti verheiratet, die 2000 starb und mit der er zwei Töchter bekam. Inzwischen ist er Großvater und Urgroßvater.

Der Jubilar hat sich durch seine Hobbys immer fit gehalten: regelmäßiges Schwimmen, auch im Rhein, Saunieren, Schlittschuhlaufen und Skifahren. Allgemein ist er sehr sportbegeistert und verfolgt sämtliche Sportereignisse im TV. Er ist sehr gesellig und traf sich lange Jahre zum Kegeln mit Freunden. Auch Reisen gehört zu seinen Hobbys. Mit 88 Jahren traute er sich sogar noch, im Europapark Rust und im Holiday Park Haßloch Achterbahn zu fahren.

Seit den 50er-Jahren verfolgt er die Geschehnisse regional und weltweit mit dem „Mannheimer Morgen“.

Rudi Ruppert wird von seiner Familie als großzügiger Mensch beschrieben, der mit Dankbarkeit auf sein Leben zurückblickt, das er trotz schlimmer Ereignisse immer mit seiner positiven Lebenseinstellung gemeistert hat. Sein Lebensmotto lautet: Immer positiv denken!

Die Vorstände des SoVD-Bundes-, Landes- und Ortsverbandes Mannheim-Mitte gratulieren Rudi Ruppert zu seinem runden Geburtstag ganz herzlich und wünschen ihm weiterhin Gesundheit und eine schöne Zeit mit seiner Familie.



Rudi Ruppert wird 100 Jahre alt.

Aus den Orts- und Kreisverbänden

Ortsverbände im Kreisverband Bodensee-Alb und Ortsverbände in Baden

Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf hatte die Ortsvorstände von Bodman-Ludwigshafen, Friedrichshafen, Kressbron-Lindau und Neukirch zu einem Austausch in das Dornier-Museum in Friedrichshafen eingeladen.

In einer weiteren Veranstaltung trafen sich die Ortsvorstände Mannheim-Mitte, Mannheim-Gartenstadt,

Schwetzingen-Neulußheim, Hockenheim sowie Höpfingen.

Sommerauer-Dörzapf berichtete auf beiden Treffen über Neuigkeiten aus dem Bundes- und Landesvorstand und die Veränderungen an der Verbandsspitze. Der Landesverband sei noch immer auf der Suche nach einem oder einer neuen Landesvorsitzenden, führe aber derzeit aussichtsreiche Gespräche, sodass es vielleicht bald gelinge, diese seit mehr als einem Jahr vakante

Position wieder zu besetzen.

Danach hatte jeder Ortsvorstand die Gelegenheit, über Veranstaltungen, geplante Aktivitäten und Mitgliederentwicklung zu berichten.

Nach wie vor sucht der Ortsverband Friedrichshafen noch Mitstreiter*innen. Interessierte können sich bei der Ortsvorsitzenden Ella Breins, die mittlerweile eine tatkräftige Stellvertreterin in Sarah Bünger gefunden hat, melden.

Fortsetzung auf Seite 14



Ortsverbände Bodensee-Albkreis



Aus den Orts- und Kreisverbänden

Fortsetzung von Seite 13

In Höpfigen wurde die Gruppe der Ortsverbände aus Baden vom Ortsvorsitzenden Leopold Lokotsch und Ehefrau Karin im Landgasthof „Zum Ochsen“ er-

wartet. Nach wie vor sucht auch der Ortsverband Hockenheim einen neuen Vorstand. Aber auch hier ist man bereits im Gespräch mit Interessent*innen, die vielleicht dafür infrage kommen.

ke Sommerauer-Dörzapf zum Erlebnis-Aquarium „Sea Life“ nach Speyer.

Zufrieden und voller neuer Eindrücke traten abends alle wieder die Heimreise an. „Es war der schönste Tag in meinem Leben“, sinnierte ein begeisterter Bewohner.



Ortsverband Neukirch

Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim

Am 19. Oktober beging der Ortsverband den „tag des wir“ mit einer Wohngruppe der Lebenshilfe aus Ketsch. Die Organisatorinnen Ursula Bäuerlein und Margarethe Geiger sowie der Landesverband übernahmen auch in diesem Jahr wieder die Finanzierung.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen ging es mit der Wohngruppe und Mitgliedern des Ortsverbandes sowie der Landesgeschäftsführerin Hei-

Ortsverband Neukirch

Vorsitzender Edelbert Merk konnte 55 Mitglieder und Gäste zum Mitgliedertreffen begrüßen. Monika Bartl von der Bruderhaus-Diakonie in Friedrichshafen referierte zum Thema „Leben mit einer Demenz“. Als Einstieg wurde der prämierte Kurzfilm „Zwei Zucker“ vorgeführt. Bartl klärte über Symptome und Auswirkungen der Erkrankung auf. Sie betonte dabei, wie wichtig es sei, sich frühzeitig Hilfe zu suchen und diese auch anzunehmen.

Merk stellte als Nächstes den Geschäftsbericht vor, bevor die Ehrung der Jubilar*innen erfolgte. In diesem Jahr gab es ein ganz besonderes Jubiläum: Gerda Rief, die seit der Gründung des SoVD-Ortsverbandes in Neukirch Mitglied ist, hält dem Verband bereits seit 55 Jahren die Treue. Als weitere anwesende Mitglieder wurden



Ortsverbände im Kreisverband Baden

geehrt: für 25 Jahre Alfred Maurer, für 20 Jahre Hildegard Form, Karl-Heinz Heyse und Paula Schlachter.

Mit dem Hinweis auf die be-

vorstehende Adventsveranstaltung (siehe Rubrik „Termine“) und Dank an die Gastgeber, Familie Schlachter vom Gasthaus „Krone“, endete die Versammlung.



OV Schwetzingen-Neulußheim



Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden ersten Dienstag im Monat, 14 Uhr: Kaffeetreff, Hotel-Gasthof „Rebstock“, Werastraße 35, 88045 Friedrichshafen.

Ortsverband Höpfigen

8. Dezember, 14.30 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung im Landgasthof „Zum Ochsen“, Heidelberger Straße 18, 74746 Höpfigen.

Ortsverband Neukirch

15. Dezember, 14 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung, Dorfgemeinschaftshaus in Wildpoltzweiler, Am Dorfbach 6, 88099 Neukirch.

Ortsverband Mannheim-Mitte

Vorschau: 14. Januar, 14 Uhr: Neujahrsempfang, Restaurant „Stollenwörthweier“, Rheingoldstraße 205, 68199 Mannheim.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Dezember Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Gleichzeitig wünschen wir kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

60 Jahre: 20.12.: Cornelia Dautermann, Mühlingen; 24.12.: Djevada Christ, Mannheim.

65 Jahre: 6.12.: Jürgen Sielaff, Kressbronn; 16.12.: Manfred Winkler, Albstadt.

70 Jahre: 3.12.: Elke Ryzek Freiburg; 5.12.: Barbara Chilczuk, Mannheim; 9.12.: Irmtrud Löffler Hardheim.

75 Jahre: 5.12.: Christel Bär, Tettngang; 26.12.: Hannelore Achberger, Tettngang.

80 Jahre: 20.12.: Winfried Moog, Tettngang.

85 Jahre: 28.12.: Ingrid Vollmer, Meßstetten; 31.12.: Eva Seeber, Höpfigen.

92 Jahre: 10.12.: Gertrud Fröhlich, Rümmlingen; 13.12.: Hermine Meinzer, Albstadt.

93 Jahre: 19.12.: Reinhard Meier, Bühl.

96 Jahre: 4.12.: Irene Krüger, Sindelfingen.

99 Jahre: 6.12.: Ursula Trefzger, Freiburg.

100 Jahre: 13.12.: Rudolf Ruppert, Mannheim.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



Sprechstunden

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt.

Bei dringenden Anliegen können nach Terminvereinbarung auch außerhalb der Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden.

Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online- / Video-Beratungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt

Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle in Albstadt unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 9.30 bis 11.30

Uhr statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283/54 39.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sprechstunden finden am

letzten Mittwoch eines Monats (außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden sind jeden dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im „Gebrüder Schmid Zentrum“ Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart. Bitte unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621/84 14 172 anmelden.

Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb der Sprechzeit Telefonberatungen vereinbart werden.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621/84 14 172 zur Verfügung.



Der Marktplatz war ein gut gewählter Ort, um Publikum für die Veranstaltung anzuziehen.

Landesvorsitzender hielt Rede beim Internationalen Tag der älteren Generation

Ältere nicht benachteiligen

Die Veranstaltung in Bremens „guter Stube“ auf dem Marktplatz stellte die Diskriminierung älterer Menschen in den Mittelpunkt und zog zahlreiche Besucher*innen an. Das Vortragsprogramm, an dem erstmals der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien beteiligt war, fand starken Zuspruch. Wie immer war der SoVD auch mit einem Infostand vertreten.

„Schluss mit Altersdiskriminierung! Barrierefreiheit in allen Bereichen“ – so lautete das Motto der diesjährigen Veranstaltung zum Internationalen Tag der älteren Generation. Sie fand Anfang Oktober auf dem alten Bremer Marktplatz vis-à-vis zum Parlament und zum Rathaus statt. Rund 30 Organisationen waren beteiligt: unter ihnen der SoVD, die IG Metall, der DGB, die GEW, beide Kirchen sowie die Bremer Seniorenvertretung, Krankenkassen, Parteien und viele mehr.

SoVD-Infostand gut besucht

„In Bremens guter Stube war viel los“, berichtete der 1. Landesvorsitzende Joachim Wittrien, „es hat sich gelohnt, die Veranstaltung vom Bahnhofsvorplatz hierher zu verlegen. Eine schöne Kulisse und ein ruhiger Standort machen viel aus.“ Folglich war der Stand des Landesverbandes gut besucht. Die vierköpfige Besetzung hatte alle Hände voll zu tun. Neben dem 1. Landesvorsitzenden waren diesmal Landesschriftführerin Edith Wittrien, Landesschatzmeister Klaus Möhle und Elke Scharff, Beisitzerin im Landesvorstand, dabei.

Wittrien als Redner dabei

Das Programm beinhaltete wie in jedem Jahr verschiedene Redebeiträge sowie kulturelle Darbietungen. Die drei Redner*innen waren Dr. Ernesto Harder, Geschäftsführer der



Joachim Wittrien und Edith Wittrien (vorne) warben für den SoVD in Bremen.

DGB-Region Bremen-Elbe-Weser, Frauke Schüdde-Schröter von der GEW und erstmals Joachim Wittrien als Vertreter des SoVD.

Thema Altersdiskriminierung

In seiner Rede griff der 1. Landesvorsitzende das Thema „Altersdiskriminierung“ auf. Sie sei im Alltag weit verbreitet, so Wittrien. Häufig stehe hinter der Benachteiligung die Annahme, dass Menschen aufgrund ihres Alters bestimmte Fähigkeiten nicht mehr besäßen. Oft führe dies zu Einschränkungen von Teilhabe und selbstbestimmtem Leben und könne zur Folge haben, dass sich ältere Personen zurückzögen und vereinsamten.

Mangelnde Empathie, fehlender Respekt, Ignoranz und reduziertes Interesse seien oft der Kern von Diskriminierung. „Wir müssen und dürfen uns aber nicht zurückziehen und verstecken!“, so Wittrien. Er wies auf die Kampagne des SoVD „Gemeinsam gegen Einsam“ hin. Solidarischer Zusammenhalt und gegenseitiges Verständnis über die Generationen hinaus seien nötig, sagte Wittrien und appellierte an die junge Generation. „Man wird schneller alt, als man denkt. Damit das Leben später gut weitergeht, brauchen wir gegenseitigen Respekt. Meinen habt ihr!“, lauteten zum Abschluss seine genauso provozierenden wie einladenden Worte.



neirfy / Adobe Stock

Liebe Mitglieder,

hinter uns liegt ein anstrengendes Jahr!

Die Umorganisation auf Bundesverbandsebene hat uns allerhand abverlangt. Wir waren viel unterwegs, haben in verschiedenen Gremien diskutiert, Meinungsverschiedenheiten ausgehalten und letztendlich doch eine gemeinsame Lösung erarbeitet.

Aber nicht nur auf Bundesebene gab es viel zu tun, auch hier auf Landesebene „war der Bär los“, wie man so schön zu sagen pflegt. Die Ehrenamtlichen haben sich auf vielen Veranstaltungen und Treffen tatkräftig engagiert und die Hauptamtlichen waren das ganze Jahr über in einem Beratungsmarathon. Der Hilfsbedarf unserer Mitglieder war nämlich enorm hoch. Aber trotz Krankheitsfällen wurde das Pensum bewältigt. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir im Landesverband und den Gliederungen über gut eingespielte Teams verfügen. Hier hat sich bewahrheitet: Wenn alle zusammenhalten und die Ärmel hochkrepeln, kommt man gut durch unruhiges Fahrwasser. Ein herzliches Dankeschön dafür an alle ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen!

Ich denke, dass wir auch im nächsten Jahr wieder mit Herausforderungen zu tun haben werden, die wir nicht vorhersehen können. Dies wird aktuell an dem Bruch der Regierungskoalition deutlich. Wir leben in einer Zeit, die große Unsicherheit auslöst: Die Kriege in der Ukraine und in Nahost, Migration, Klimawandel und die gestiegenen Lebensmittelpreise – und nun noch die schwierige politische Lage in Deutschland. Aber auch wenn die Stimmung zurzeit angespannt ist, müssen wir zuversichtlich bleiben. Ruhe und Gelassenheit sind dabei gute Begleiter.

Und jetzt schlage ich eine Weihnachtspause vor! Denn die haben wir uns alle verdient. Erst recht, weil wir alle dieses Jahr ganz schön „geackert“ haben.

Auch Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine schöne Auszeit. Haben Sie erholsame Tage und ein schönes Fest! Ich bedanke mich für die Treue zum Landesverband und verbleibe mit den besten Wünschen fürs neue Jahr!



Joachim Wittrien

Herzlichst, Ihr Joachim Wittrien, 1. Landesvorsitzender

VHS Bremen mit Online-Veranstaltungen

Die Verbraucherzentrale Bremen bietet regelmäßig Online-Vorträge und -Seminare an zu Verbrauchertemen. Im Dezember und Januar stehen unter anderem folgende Themen auf dem Programm:

9. Dezember, 18–19.30 Uhr: Heizungsoptimierung oder neue Heizung? In Kooperation mit Bremer Modernisieren und der VHS Süd informiert die Verbraucherzentrale Bremen e.V. zum Thema Heizung. Benötige ich eine neue Heizung oder reicht es, sie zu optimieren?

9. Januar, 18–19.30 Uhr: In Kooperation mit der Gemeinde Weyhe informiert die Verbraucherzentrale Bremen im Rahmen der Europawoche zum Thema Photovoltaik. Ist mein Dach für eine Photovoltaikanlage geeignet? Worauf muss ich bei der Anschaffung und Installation achten?

Für die Teilnahme empfiehlt die Verbraucherzentrale den aktuellen Firefox- oder Chrome-Browser. Die Online-Vorträge werden nicht aufgezeichnet. Die Teilnahme ist kostenlos. Eine Anmeldung ist nötig, auf: www.verbraucherzentrale-bremen.de/veranstaltungen unter der jeweiligen Veranstaltung.

Glückwünsche



Foto: Ortis / AdobeStock

Den Mitgliedern, die im Dezember Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Newsletter

Liebe Mitglieder, sollten Sie gerne einmal monatlich (außer Sommerausgabe) unseren E-Mail-Newsletter mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, so bitten wir um einen Hinweis an: newsletter@sovd-hb.de.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Unterstützung in den Ortsverbänden gesucht



Foto: Mapodile M. / peopleimages.com / Adobe Stock

Veranstaltungen organisieren, Kontakte knüpfen, Mitgliedern helfen – das Ehrenamt im SoVD ist vielseitig.

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421/16 38 490;
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006.

Zehn Jahre Stadtführer barrierefreies Bremen mit Feier gewürdigt

Online-Datenbank feiert Jubiläum

Der Stadtführer barrierefreies Bremen ist das Herzstück des Portals „Bremen barrierefrei“. In diesem Jahr feiert er sein zehnjähriges Jubiläum. Zu diesem Anlass gab es am 28. Oktober eine große Feier in den Räumlichkeiten des neuen WFBeta der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH.

Seit 2014 bietet der Stadtführer barrierefreies Bremen umfassende Infos für Menschen mit körperlichen und kognitiven Beeinträchtigungen. Über 800 Einrichtungen in Bremen sind mittlerweile gelistet und mit detaillierten Angaben zu Barrierefreiheit und speziellen Angeboten versehen.

Wie erreichbar sind Freizeiteinrichtungen, Sehenswürdigkeiten und Ämter in Bremen? Wo sind barrierefreie Toiletten zu finden? Gibt es spezielle Angebote für seh- und hörbeeinträchtigte Personen? Für Menschen mit Behinderungen sind dies Fragen, die es im Vorfeld eines Besuches zu klären gilt. Der Stadtführer barrierefreies Bremen fasst die Infos übersichtlich und kompakt zusammen.

Die Beteiligten arbeiten seit Beginn eng zusammen und treffen sich regelmäßig in einem Begleitausschuss. Er steht unter der Leitung des Landesbehindertenbeauftragten der Freien Hansestadt Bremen. Im Ausschuss sind beispielsweise auch alle Senatsressorts der Stadtverwaltung, der Verein Selbstbestimmt Leben, die Landesarbeitsgemeinschaft Selbst-



Foto: Frank Thomas Koch / WFB

V. li.: Henning Sklorz (WFB), Kristina Vogt (Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation), Landesbehindertenbeauftragter Arne Frankenstein, Wilhelm Winkelmeier (Selbstbestimmt Leben), und Christoph Theiling (p+t planung).

hilfe behinderter Menschen Bremen e.V., die Seniorenvertretung Bremen, der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband e.V. und die Hochschule Bremen vertreten. Umgesetzt wird das Projekt federführend von der Abteilung Bremen Online der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH sowie vom Planungsbüro p+t planung.

Die Jubiläumsveranstaltung bot einen Rückblick auf die letzten zehn Jahre und einen Ausblick auf kommende Ent-

wicklungen. Neben der Präsentation und Weiterentwicklung des Portals stand der Austausch mit den Nutzer*innen im Fokus. Es gab unter anderem die Möglichkeit, das Portal zu testen, Verbesserungsvorschläge einzubringen und über zukünftige Erweiterungen wie etwa KI-gestützte Übersetzungen in einfache Sprache zu diskutieren.

Weitere Infos gibt es im Internet unter: www.barrierefrei.bremen.de.

Quelle: WFB

Termine



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Kreisverband Bremen Ortsverband Blumenthal-Farge

Jeden 3. Mittwoch im Monat, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum Grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack in der Bäckerei Müller & Egerer, Friedrich-Ebert-Straße 147 a, 28199 Bremen.

Vorschau: 4. Januar, 10 Uhr: Mitgliedertreffen mit Frühstück bei Starke Bäcker, Pappelstraße 89, 28199 Bremen, Kosten tragen alle selbst entsprechend der Bestellung; **Anmeldung erbeten** bei Marion Muhs, Tel.: 0175/46 65 433 (mobil).

Ortsverband Lesum

9. Dezember, 16.30 Uhr: Ge-

samtvorstandssitzung im „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

13. Dezember, 15.30 Uhr: Weihnachtsveranstaltung im „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen. Anmeldung bis zum 6. Dezember bei Reinhard Röpke unter Tel.: 0157/55 57 78 12 (mobil).

Ortsverband Vegesack

7. Dezember, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Jahresabschlussveranstaltung im Lokal „Zum Alois“, Breite Straße 12, Bremen-Vegesack; **Anmeldung bis zum 1. Dezember** bei Hans-Jürgen Berger unter Tel.: 0421/60 07 315.

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

10. Dezember, 12.30 Uhr:

Mitgliedertreffen mit Jahresabschlussveranstaltung in der „Villa Seebeck“, Deichstraße 15, 27568 Bremerhaven, Eigenanteil zehn Euro, Anmeldung erbeten bei Horst Cordes, Tel.: 0471/29 00 801, oder Birgit Schild, Tel.: 0471/80 43 67.

Vorschau: 14. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Altbürgerhaus Lehe, Neulandstraße 18, 27576 Bremerhaven, Vorstellung und Diskussion der Aktivitäten für 2025.

Ortsverband Leherheide

Neuer Veranstaltungsort ist das Ev-ref. Gemeindezentrum Leherheide, Heideschulweg 9, 27578 Bremerhaven.

13. Dezember, 15 Uhr: Mitgliedertreffen mit Adventsveranstaltung, Kosten: fünf Euro. Anmeldungen bei Alfred Bultmann, Tel.: 0471/80 27 98.



Dritter Teil der Wahlprüfsteine des SoVD Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2025

Gute Arbeit und Gleichstellung

Am 2. März 2025 wird in Hamburg eine neue Bürgerschaft gewählt. In den kommenden Ausgaben der SoVD-Zeitung stellt der SoVD Hamburg einzelne Themenbereiche seiner Wahlprüfsteine vor. So können die Mitglieder den Parteien auf den Zahn fühlen und ihre Wahlentscheidung 2025 treffen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Hamburg weiterhin hoch, wie auch die Zahl atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Viele Menschen können trotz Erwerbstätigkeit nicht von ihrer Arbeit leben. Für Arbeitgeber*innen gibt es zu wenige Anreize, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Beschäftigungsträgern mit Projekten für langzeitarbeitslose Menschen fehlt eine verlässliche Basisfinanzierung.

Hier muss die Stadt dringend mehr Mittel zur Verfügung stellen und finanzielle Stabilität schaffen. Denn gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen für alle sind Ziele des SoVD in Hamburg. Um diese zu erreichen, muss die prekäre und atypische Beschäftigung in Form von Leiharbeit, Befristungen, missbräuchlichen Werkverträgen, Mini- und Midijobs abgebaut werden. „Wir fordern einen Mindestlohn von 15 Euro,

der jedes Jahr der allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerung anzupassen ist“, erklärt Klaus Wicher, Landeschef des SoVD Hamburg. „Bürgerschaft und Senat müssen sich aktiv im Bund für die Umsetzung dieses Mindestlohns stark machen.“

Frauen sind bei der Entlohnung immer noch schlechtergestellt als Männer. Der sogenannte Gender Pay Gap (Verdienstabstand pro Stunde zwischen Frauen und Männern) beträgt in Hamburg 18 Prozent. „Senat und Bürgerschaft müssen endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um diese Lücke im Einkommen von Frauen im Vergleich zu Männern zu schließen“, fordert Wicher. „Die steigende Frauenarmut im Alter zeigt deutlich, dass wir von einer Gleichstellung der Geschlechter weit entfernt sind.“ Der SoVD Hamburg fordert deshalb, die Mütterrente nicht auf die Grundsicherung sowie das

Kindergeld nicht auf Bürgergeld-Leistungen anzurechnen und endlich eine auskömmliche Kindergrundsicherung einzuführen.

Auch in Sachen Opferschutz gibt es nach wie vor großen Handlungsbedarf: Allein im vergangenen Jahr wurden über 3.000 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Hamburg verzeichnet. Neben häuslicher Gewalt kommt es auch im Arbeitsleben zu Übergriffen gegenüber Frauen. Der SoVD Hamburg fordert deshalb mehr präventive Angebote und Aufklärung sowie eine konsequente Strafverfolgung. „Hamburg muss die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent umsetzen“, fordert Wicher.

Online unter: www.sovd-hh.de/news-service/publikationen-ratgeber-broschueren/wahlhilfen.



Editorial

Liebe Mitglieder,

in dieser Ausgabe stellen wir unser 26.000. Mitglied vor. Das ist eine starke Entwicklung! Ein Erfolg, der unserem umsichtigen Handeln und unseren Aktionen geschuldet ist und der auf unserer guten, aktiven ehren- und hauptamtlichen Arbeit basiert. Dafür möchte ich mich ganz ausdrücklich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben. Während meiner Zeit als Vorsitzender des Landesverbandes haben wir viele neue Mitglieder dazugewonnen und unsere Leistungen verbessert. Ich denke, darauf darf ich ein wenig stolz sein, denn das ist auch in einer Zeit gelungen, in der andere Organisationen zum Teil massiv Mitglieder verloren haben.



Foto: Jonas Walzberg
Klaus Wicher

Der SoVD Hamburg sorgt für seine Mitarbeitenden, ist gut aufgestellt und ein anerkannter Gesprächspartner bei Partnern und Politik. Und unser Einfluss nimmt zu. Wir sind ein politischer Ratgeber, der bei Wahlen beachtet wird. Das, was wir von der Politik fordern, setzen wir auch selbst in die Tat um. Die Digitalisierung schreitet schnell voran – dem müssen wir Rechnung tragen und unser Angebot in diesem Bereich erweitern. Gleichzeitig werden wir unseren Mitgliedern wie bisher mit Rat und Tat und Beratungsleistungen vor Ort ganz persönlich zur Verfügung stehen.

Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt sind große Sorgenkinder. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns deshalb intensiv mit dem Wahlprüfstein „Sozialer Arbeitsmarkt und gute Arbeit“. Die Zahl arbeitsloser – besonders langzeitarbeitsloser – Menschen nimmt zu. Unsere Erwartung an den neuen Senat ist: Setzen Sie mehr Mittel ein, um langzeitarbeitslosen Menschen den Weg in Beschäftigung zu ebnet! Sichern Sie die Beschäftigungsgesellschaften mit einer Basisfinanzierung ab, damit sie weiterhin ein Garant für den sozialen Arbeitsmarkt sein können!

Das Jahr geht zu Ende. Mein Wunsch ist, dass wir in Frieden in eine gesicherte Zukunft blicken können. Dafür müssen wir uns gemeinsam anstrengen und einen Beitrag leisten. Der SoVD ist dazu bereit.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender



Foto: oxi99 / Adobe Stock

Liebe Mitglieder,

der Blick zurück am Jahresende zeigt: Die Herausforderungen und Unsicherheiten werden nicht weniger. Die soziale Lage in Deutschland und Hamburg ist weiterhin angespannt.

Auch das Weltgeschehen bewegt uns tief. Kriege, der Rechtsruck in vielen Ländern sowie die fortschreitende Klimakrise machen uns einmal mehr bewusst, wie eng unsere Schicksale global miteinander verknüpft sind.

Für das kommende Jahr blicken wir gespannt auf die Wahlen. Uns allen obliegt die Aufgabe, unsere Demokratie mit Leben zu füllen und gegen rechtspopulistische, rechtsextreme, demokratiefeindliche Positionen zu verteidigen. Unabhängig vom Wahlausgang werden wir gemeinsam mit Ihnen weiter für soziale Rechte kämpfen, den Zusammenhalt stärken und Menschen unterstützen, die Hilfe brauchen. Der SoVD Hamburg wird auch 2025 Ihre Stimme in der sozialen Debatte sein.

Ein besonderes Dankeschön gilt Ihnen, unseren Mitgliedern. Ohne Ihr Engagement und Ihre Solidarität wäre unsere Arbeit nicht möglich. Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung geben uns die Kraft, unsere Arbeit mit Überzeugung fortzusetzen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gesundes, glückliches neues Jahr 2025.

Ihr Klaus Wicher und der Vorstand des SoVD Hamburg

SoVD beim Runden Tisch zu Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit

Coaching und Unterstützung

Anfang November stellte das Bündnis für öffentlich geförderte Beschäftigung bei einer Veranstaltung Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und Beschäftigungsträgern die Frage: „Wie kann und muss der soziale Arbeitsmarkt in Zukunft aufgestellt werden?“

Obwohl es in Teilen des Arbeitsmarktes einen großen Fachkräftemangel gibt, steigt in Hamburg die Zahl derjenigen, die schon lange ohne Job sind, an. Die meisten würden gern wieder arbeiten: „Wenn man jahrelang arbeitslos ist, verlernt man Alltagsstrukturen. Viele brauchen darum Jobs, die

das berücksichtigen. Hamburg muss deshalb einen sozialen Arbeitsmarkt mit starken Beschäftigungsträgern aufbauen“, stellte SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher in seiner Begrüßungsrede klar.

Dirk Heyden, Leiter des Jobcenter team.arbeit.hamburg, Dr. Claudia Globisch vom Ins-

titut für Arbeitsmarktforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit und die fachpolitischen Sprecher*innen der Parteien diskutierten über das Thema. Gute Unterstützung gibt es bereits in Hamburg. Beschäftigungsträger*innen wie „Mook wat“ in Dulsberg, „passage“ als kirchlicher Anbieter oder „KoALA“ in Altona stellten sich vor. Eingeladen waren auch zwei Beschäftigungsträger aus Herford und Stuttgart.

Klaus Wicher war am Ende des Tages sehr zufrieden: „Uns ging es um den direkten Austausch. Ich glaube, das ist uns heute geglückt. Jetzt muss sich daraus konkret etwas Neues entwickeln. Darauf hoffe ich auch ganz persönlich.“

Denn ohne einen Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes werde sich in Hamburg die Zahl der Langzeitarbeitslosen weiter verfestigen.



Foto: SoVD HH

V.li.: Dirk Heyden, Jobcenter team.arbeit.hamburg, Dr. Claudia Globisch, Institut für Arbeitsmarktforschung, und Klaus Wicher, SoVD.

SoVD Hamburg wächst weiterhin rasant

26.000 Mitglieder stark!

Mit Waltraud Karoß kann der SoVD Hamburg das 26.000. Mitglied im Verband begrüßen. Sie ist über die Sozialrechtsberatung zum SoVD gekommen, gemeinsam mit ihrer Schwester.

Der stetig steigende Mitgliederzuwachs freut den Landesvorsitzenden Klaus Wicher: „Das ist zum einen eine gute Nachricht, weil unsere Stimme für sozial benachteiligte Menschen mit jedem neuen Mitglied lauter und von der Politik deutlich gehört wird. Doch auf der anderen Seite bedeutet es auch, dass mehr und mehr Menschen teils erheblichen sozialrechtlichen Beratungsbedarf haben, weil sie in schwierigen Lebenssituationen Unterstützung benötigen.“

Diese nahm auch Waltraud Karoß aus Dulsberg in Anspruch, nachdem sie gemeinsam mit ihrer Schwester am 26. August in den SoVD Hamburg eingetreten war – ohne zu ahnen, dass sie das 26.000. Mitglied sein würde. „Meine Schwester und ich sind gleich mit mehreren Anliegen in die Beratung gekommen“, berichtet sie. „Wir sind sehr gut beraten worden. Jetzt weiß ich zum Beispiel, wie ich einen Antrag auf Wohngeld ausfüllen und worauf ich achten muss. Das hilft mir sehr.“ Eine Sache, die Karoß ärgert, sind die langen Wartezeiten im Bezirksamt: „Mir wurde gleich gesagt, dass ich mindestens 16 Wochen einkalkulieren soll, aber meine Mieterhöhung muss ich trotzdem bezahlen.“ Dieser Zustand muss dringend abgestellt werden, bemängelt auch der SoVD Hamburg seit Langem.

Möchten Sie mehr zu Ihren Vorteilen im SoVD Hamburg wissen und Teil unserer starken Gemeinschaft werden? Alle Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie unter: www.sovd-hh.de/sovdmitglied werden.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/611 60 70, per E-Mail: info@sov-d-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr und Fr 9–14 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Harburg im Mieterverein**
Hölerthwiete 2, 21073 Hamburg. Öffnungszeiten: Di 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Altona im Mieterverein**
Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di und Do 9–12 Uhr.
- **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt**
Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeit: Alle 14 Tage (in den ungeraden Wochen), Mi 9–12 Uhr. Nächste Termine: 4. und 18. Dezember.
- **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum**
Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeit: Fr 10–12 Uhr.
Weitere Informationen gibt es online unter: www.sovd-hh.de oder unter Tel.: 040/611 60 70.

Zur Wahl in Hamburg

23. Januar, 17.30 Uhr (Einlass ab 17 Uhr): Podiumsdiskussion zur Bürgerschaftswahl, Haus der Patriotischen Gesellschaft, Reimarus-Saal, Trostbrücke 4, 20457 Hamburg-Altstadt.

Der SoVD Hamburg diskutiert mit Vertreter*innen der demokratischen Parteien, welche sozialpolitischen Schwerpunkte sie nach der Wahl setzen wollen.



Foto: privat

Waltraud Karoß



Der SoVD Hamburg hakt nach

Gleichgestellt im Arbeitsleben?

Drei Fragen und Antworten an Birte Weiß, Leiterin des Arbeitsbereiches Antidiskriminierung von „basis & woge e. V.“, und Juli Avemark, Projektkoordinatorin des Projektes „read“.

Seit 1991 gibt es das Gleichstellungsgesetz in Hamburg. Wie weit sind wir von einer gleichgestellte Gesellschaft im Arbeitsleben entfernt?

Wir sind immer noch weit von Gleichstellung entfernt. Das Gleichstellungsgesetz hatte zum Ziel, Benachteiligung von Frauen zu stoppen. Dazu ein paar Zahlen: 2023 lag der Gender Pay Gap unverändert bei 18 Prozent. Einbußen wegen Care-Arbeit sind in Hinblick auf Gehalt, Aufstiegsmöglichkeiten und Rente enorm. Der Anteil an Vätern, die Elternzeit nehmen, steigt zwar an, nach wie vor sind es jedoch meistens Frauen, die im Anschluss an die Elternzeit in Teilzeit arbeiten oder die Pflege von Angehörigen übernehmen.

Auch der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist immer

noch nicht gleichwertig. Nur 25,6 Prozent der Führungspositionen in Hamburger Unternehmen sind aktuell durch Frauen besetzt.

Noch deutlicher werden die Zahlen, wenn zur Kategorie Geschlecht noch weitere wie Herkunft, sozialer Status oder sexuelle Orientierung in den Blick rücken.

Zu welchen Themen gibt es bei „read“ den größten Beratungsbedarf?

Wir beraten Menschen, die aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität benachteiligt werden. Im Projekt „amira“ geht es zudem um Diskriminierungserfahrung aufgrund von Herkunft und Religion. Im kommenden Jahr planen wir, die beiden Angebote unter einem Dach zu vereinen und dann als Antidiskriminierungsbüro Hamburg zu beraten. Die Problematiken sind vielfältig und reichen von fehlender Anerkennung des korrekten Namen- und Personenstandes bei der Arbeit über Beleidigungen oder herabwürdigendes Verhalten bis hin zur Benachteiligung in der Karriere aufgrund des Geschlechts.

Sollte es auch für Gleichstellung und Antidiskriminierung

aufgrund von Alter, Geschlecht, Sprache oder Religion eine Schlichtungsstelle geben?

Die Schlichtungsstelle ist aus unserer Sicht ein Gewinn und nötig für Hamburg, zumal das AGG bei öffentlichen Stellen nicht direkt anwendbar ist. Wir brauchen aber mehr Strukturen, die Diskriminierung entgegenwirken. Der vom Bund geförderte Aufbau des Antidiskriminierungsbüros für Hamburg ist ein wichtiger Schritt. Das Büro wird zukünftig auch die Themenbereiche Alter und Behinderung im Fokus haben. Wir beraten bei Diskriminierung, unterstützen bei Stellungnahmen, Beschwerden oder moderierten Gesprächen. Wenn nötig, übernehmen wir auch die Rechtsberatung und Begleitung von Klagen.

Info

Der Verein „basis & woge“ in der Lübecker Straße 128, 22087 Hamburg, engagiert sich für Jugendliche, Frauen, Familien, Geflüchtete, queere und obdachlose Menschen sowie gegen sexualisierte Gewalt und Diskriminierung. Mehr Infos unter: www.basisundwoge.de und www.adb-hamburg.de.



Foto: basis & woge

Juli Avemark (li.) und Birte Weiß.

Die DiabetesHilfe Nord e. V. bietet Betroffenen kompetente Unterstützung

Fachgerechter Rat bei Diabetes

Die DiabetesHilfe Nord e. V. ist eine gute Anlaufstelle für alle, die Diabetes mellitus haben. In diesem Verein erhält man Rat zu nützlichen Hilfsmitteln und kann zusammen mit Fachleuten die individuell optimale Therapie erarbeiten.

Die DiabetesHilfe Nord steht Menschen mit Diabetes aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit Rat und Tat zur Seite und tauscht sich eng mit Therapeut*innen und Mediziner*innen aus. Mehr als 50 Jahre lang firmierte die DiabetesHilfe Nord unter dem Namen Diabetesbund Hamburg. Seit diesem Jahr geht es mit neuem Namen und neuem Schwung in den Gruppen und Treffs weiter.

In einem Treffen haben sich der SoVD Hamburg und die DiabetesHilfe Nord für eine engere Zusammenarbeit ausgesprochen. SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher sagt: „Vor allem geht es uns gemeinsam darum, die Menschen dabei zu unterstützen, selbstbewusst mit der



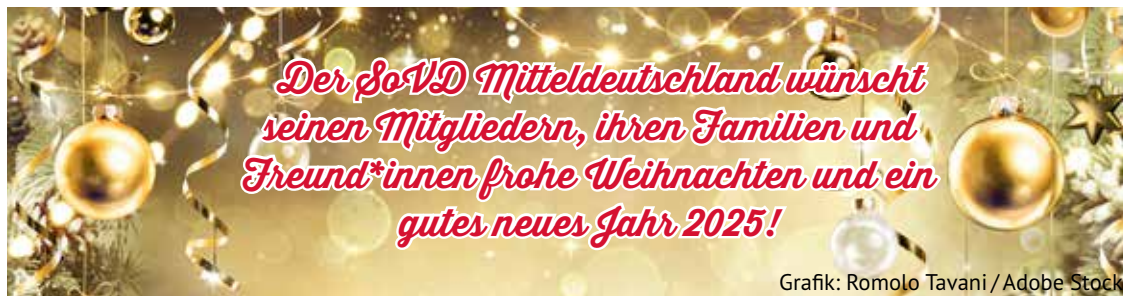
Foto: SoVD HH

Klaus Wicher (li.) mit Jessica Lenth, Geschäftsstellen-Leitung, und Michael Wirtz, 1. Vorsitzender (beide DiabetesHilfe Nord).

Erkrankung umzugehen und aktiv am Leben teilzunehmen. Denn Stigmatisierung ist immer noch an der Tagesordnung.“

Wer sich informieren, als Mit-

glied engagieren oder spenden möchte, findet alle Informationen auf der Website des Vereines unter: www.diabetikerbund-hamburg.de.



Grafik: Romolo Tavani / Adobe Stock

Der Kreisverband Wernigerode auf Herbst-Tagesfahrt in den Harz

Bad Lauterberg erkundet

Sachsen-Anhalt Getreu dem Verbandsmotto „Gemeinsam statt einsam“ hatte der Kreisvorstand des SoVD seine Mitglieder zu einer Fahrt in den beginnenden Herbst eingeladen. Ziel des Ausfluges war Bad Lauterberg in Niedersachsen.

Bei noch schönem Wetter ging es am 8. Oktober in Wernigerode mit Busfahrer Randolf Schmidt auf eine angenehme und erlebnisreiche Fahrt. Er wusste während der Fahrt viel Interessantes und Wissenswertes über die Landschaft und die Orte entlang der Reiseroute zu erzählen. Allerdings stimmte alle der Zustand des Harzer Waldes traurig.

Über den Westharz gelangte die Reisegruppe zum Ziel nach Bad Lauterberg. Dort angekommen wurde gemeinsam Kaffee getrunken und Kuchen gegessen in den Jägerstuben.

Anschließend konnten die Teilnehmer*innen noch einen kleinen Stadtbummel über die Einkaufsmeile von Bad Lauterberg unternehmen, wenn auch bei Regen. Erholt und gestärkt trat die Gruppe dann die Rück-



V. li.: Eveline Prade und Hannelore Päseler ließen es sich schmecken.

reise nach Wernigerode an. Alle waren sich einig: Es war ein schöner Ausflug, und es sollte bald wieder eine gemeinsame Fahrt geben.



V. li.: Günter und Monika Weikert stärkten sich vor dem Stadtbummel.

Ein besonderer Dank gilt der 2. Vorsitzenden des Kreisverbandes, Ingrid Arndt, die den Ausflug organisiert hatte, sowie Busfahrer Randolf Schmidt.

Der Kreisverband Halberstadt organisierte eine Autorinnen-Lesung

Mystisches aus dem Harz

Sachsen-Anhalt Für den 23. Oktober hatte der SoVD-Kreisverband Halberstadt gemeinsam mit dem Rolli-Club Halberstadt in den Bibliothekskeller eingeladen. Die Bestsellerautorin Kathrin Hotowetz führte die Anwesenden in die mystische Welt ihrer Bücher ein.

Alle erschienenen „Leseratten“ erfuhren von der Schriftstellerin interessante Dinge aus der wortwörtlich sagenhaften Vergangenheit des Harzes, welche der Autorin auch als Inspiration für ihre Geschichten diente.

Als regionale Krimi-, Mystery- und Fantasy-Autorin lässt sie ihre Romane hauptsächlich im Harz spielen. Daneben gehen begleitende Projekte im Rahmen des Kultur- und Literaturtourismus in der Harzregion auf sie zurück, darunter die Kultur- und Wandertour „Im Schatten der Hexen“ mit über 100 Stempelstellen an verschiedenen



Kathrin Hotowetz am Stand.

Sehenswürdigkeiten.

Das Publikum konnte nach der Lesung ihre Bücher kaufen und



Das Publikum lauschte gebannt.

mit einer Widmung versehen lassen. Alle Teilnehmer*innen waren hellauf begeistert.

Editorial

Liebe Mitglieder,



Joachim Heinrich

unsere Mitglieder stellen seit langer Zeit immer wieder Fragen nach einer verlässlichen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung. Bereits seit der Corona-Pandemie fordert der SoVD-Landesverband Mitteldeutschland eindringlich die Refinanzierung der aus dem Ausgleichsfonds der sozialen Pflegeversicherung finanzierten Maßnahmen. Mitglieder anderer Verbände, Parteien und Organisationen haben sich dieser Forderung angeschlossen, zumal sich die (inzwischen zerbrochene) Bundesregierung aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen hierzu in ihrem Koalitionsvertrag bekannt haben. In uns vorliegenden und noch immer aktuellen Gutachten der DAK-Gesundheit wird belegt, dass die damals verwendeten Mittel der Pflegekassen eine verfassungswidrige Zweckentfremdung darstellen. Diese Auffassung vertreten auch die beiden Sozialpolitiker Joachim Heinrich, Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes des SoVD, und Dr. Karsten Lippmann, Mitglied des Landesvorstandes Die Linke. Gemeinsam sind wir der Ansicht, dass anstelle einer Erhöhung der Beiträge für die Pflegeversicherung zweckentfremdete Beitragsmittel aus dem Steueraufkommen an die Pflegekassen zurückgezahlt werden müssen.

Der Ausgleichsfonds der Pflegekassen ist keine Selbstbedienungskasse. Daher müssen logischerweise gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Pandemiebewältigung aus Steuermitteln finanziert werden. Sozialversicherungsbeiträge sind dafür keine zulässige Finanzierungsquelle. Rund sechs Milliarden Euro an zweckentfremdeten Beitragsmitteln der Pflegeversicherung wurden bisher nicht refinanziert. Für das Gesamtjahr 2024 rechnet der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen mit einem Minus von über 1,5 Milliarden Euro, für 2025 dann von 3,4 Milliarden Euro. Eine Beitragssatzerhöhung, wie von Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach angekündigt, wäre ein Hohn, wenn sich der Bund zeitgleich seiner Finanzierungsverantwortung weiter entzieht, um seinen Haushalt zu schonen. Daher halten wir es für geboten, auch an die Adresse der Landesregierungen Sachsen-Anhalt, des Freistaates Sachsen und des Freistaates Thüringen gerichtet, dass erst eine vollständige Rückzahlung der pandemiebedingten Auslagen kommt, bevor über eine Beitragserhöhung nachgedacht wird. Alles andere ist nicht akzeptabel. Auch der Bund muss seinen Teil zur Stabilisierung der Pflegeversicherung beitragen. Gerade mit Blick auf die jüngsten Wahlergebnisse ist das wichtiger denn je.

Joachim Heinrich, Vorsitzender des SPA im SoVD
Dr. Karsten Lippmann, Vorstandsmitglied SoVD und Linke

Schließzeiten 2024/25

In dieser Zeit bleiben die Geschäftsstellen des SoVD Mitteldeutschland geschlossen:

- **Landesgeschäftsstelle:** vom 23. Dezember 2024 bis zum 6. Januar 2025,
- **Kreisverband Salzwedel:** vom 22. Dezember 2024 bis zum 7. Januar 2025.
- **Kreisverband Klötze:** vom 15. Dezember 2024 bis zum 7. Januar 2025.
- **Kreisverband Stendal:** vom 20. Dezember 2024 bis zum 7. Januar 2025,
- **Kreisverband Halberstadt:** vom 16. Dezember 2024 bis zum 7. Januar 2025,
- **Kreisverband Wernigerode:** vom 16. Dezember 2024 bis zum 6. Januar 2025.

Nachruf



Wir nehmen in stillem Gedenken Abschied von

Margot Hoppe,

die im Alter von 88 Jahren am 11. Oktober verstorben ist.

Margot Hoppe war seit dem 1. Juli 1993 Mitglied im Verband. Auf der 2. Landesverbandstagung 1995 in Magdeburg wurde sie zur Schriftführerin gewählt. Im Kreisverband Wernigerode war sie seit 1995 Frauensprecherin. 1999 wurde sie wieder in den Landesvorstand gewählt. Von 2000 bis 2023 war Margot Hoppe Mitglied des Landesfrauenausschusses in Magdeburg. 2023 schied sie aus Altersgründen aus diesem Amt aus. Im Vorstand des Kreisverbandes Wernigerode war sie bis zuletzt aktiv tätig.

Unser Mitgefühl ist bei den Angehörigen.

Birgit Jungtorius,
1. Vorsitzende, Kreisverband Wernigerode

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Kreisverband Wernigerode

3. Dezember, 12 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung, Harzer Kultur- und Kongresshotel, Pfarrstraße 41, 38855 Wernigerode.

Vorschau: 7. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff, Heltauer Platz 1.

Kreisverband Halle und Saalkreis

11. Dezember, 14 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung.



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminverein-

barung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreis-

Versicherte aus Sachsen und Thüringen nutzen die Zahnvorsorge zu wenig

Regelmäßig Zähne überprüfen

Eine aktuelle Analyse der AOK Plus zeigt: Zu viele Menschen in Thüringen und Sachsen verzichten auf regelmäßige Zahnärzt*innenbesuche. Ein Viertel aller AOK-Versicherten in Sachsen und 28 Prozent der Versicherten in Thüringen nutzen die gesetzliche Zahnvorsorge nicht.

Regelmäßige Besuche in der zahnärztlichen Praxis sind der Schlüssel, um Karies und Zahnfleischentzündungen vorzubeugen und auch den Zuschuss für Zahnersatz zu erhalten. Die gesetzliche Krankenversicherung übernimmt für Erwachsene halbjährlich die Kosten für eine zahnärztliche Kontrolluntersuchung und jährlich die Kosten für die Zahnsteinentfernung und die Bestimmung des Parodontalen Screening Index (PSI). Für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr zahlt die Kasse ebenfalls die halbjährlichen Kontrolluntersuchungen und die Fluoridlack-Anwendung zur Zahnschmelzhärtung. Ab dem sechsten Lebensjahr bis zur Volljährigkeit wird zu diesen Leistungen zudem die Zahnversiegelung der Backenzähne bezahlt.

Im Jahr 2023 nahmen 27 Prozent der sächsischen Familien die zahnärztliche Vorsorge ihrer Kinder nicht wahr. 17 Prozent der Kinder, die im gleichen Zeitraum vorstellig waren, wurden wegen einer Karieserkrankung behandelt. In Thüringen blieben gar 28 Prozent der Familien der Zahnarztpraxis fern, und 18 Prozent der behandelten Kinder hatten Karies. Dies ist be-



Foto: SteelStock/Adobe Stock

Unbehandelte Zahnschäden im Kindesalter wirken sich unter Umständen lebenslang aus.

sorgniserregend, da mangelnde Zahngesundheit im Kindesalter zu langfristigen Folgen führen kann.

Unregelmäßig gehen auch sächsische Männer zwischen 20 und 29 Jahren zur zahnärztlichen Kontrolle. Hier zeigt die Auswertung der AOK Plus, dass nur 59 Prozent der Versicherten in Sachsen und 56 Prozent in Thüringen die Leistung 2023 in Anspruch genommen haben. Auch der Krebsfrüherkennung dienen die halbjährlichen Kontrollen: Schleimhäute im Mund

werden auf vorhandene Karzinome oder Gewebeveränderungen untersucht.

Eine regelmäßige Vorsorge schützt nicht nur vor akuten Zahnschmerzen, sondern sichert gesetzlich krankenversicherten Menschen auch einen bedeutenden Zuschuss der Krankenkasse bei Zahnersatz. Mit den Vorsorgeuntersuchungen ist der Eintrag im zahnärztlichen Bonusheft verbunden. Dieses weist die regelmäßige Vorsorge nach und sichert den Festzuschuss der Krankenkasse. Ist das Heft in den vergangenen fünf Jahren lückenlos gefüllt, werden 70 Prozent der Zahnersatzkosten übernommen, bei zehn Jahren sogar 75 Prozent. Ohne die regelmäßigen Besuche bei Zahnarzt oder Zahnärztin und den Vermerk im Bonusheft trägt die Kasse 60 Prozent der Kosten.

Rechenbeispiel: So wirkt sich das Bonusheft am Beispiel Festzuschuss für eine Krone* aus:

- ohne Bonus: 219,58 Euro,
- mit Bonus nach fünf Jahren: 256,17 Euro,
- mit Bonus nach zehn Jahren: 274,47 Euro.

*Dies gilt seit dem 1. Januar 2024.

Quelle: AOK Plus

vorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Gen-

thin. Sprechstunde: jeden ersten Dienstag im Monat.

Bei dringenden Angelegenheiten kontaktieren Sie den Vorsitzenden Peter Siegmund unter Tel.: 0160/42 13 163 (mobil) oder Schatzmeisterin Monika Lück unter Tel.: 0162/47 17 156 (mobil).

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/25 38 897. Sprechzeiten nach Absprache, letzter Mittwoch im Quartal, 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12

und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733.

Achtung: Der Ortsverband geht ab 1. Januar 2025 in den Kreisverband Wernigerode über!

Der Auto Club Europa klärt über zehn populäre Irrtümer beim Parken auf

Kurz auf dem Radweg halten?

Wer mit dem Auto unterwegs ist, muss auch regelmäßig einen Parkplatz finden. Dabei gibt es auch allerhand zu beachten. Der Auto Club Europa (ACE) räumt mit den zehn größten Missverständnissen rund ums Parken auf.

Werktags bedeutet montags bis freitags?

Oft ist der Beschilderung zu entnehmen, dass Parkplätze werktags kostenpflichtig sind. Auch der Samstag zählt als Werktag! Kostenloses Parken ist an solchen Parkflächen also nur sonntags und an gesetzlichen Feiertagen möglich.

Parkschilder werden von unten nach oben gelesen

Auch wenn der Gesetzgeber keine Reihenfolge vorschreibt, ist es hilfreich, Schilder von oben nach unten zu lesen. So bedeutet etwa die Kombination aus einem blauen P-Schild mit dem ersten Zusatzschild „Mo - Sa 9-18 Uhr“ und dem zweiten Zusatzschild „Parken mit Parkscheibe, max. 2 Stunden“, dass hier nur werktags in der Zeit von 9 bis 18 Uhr die Parkdauer auf zwei Stunden beschränkt und mit Parkscheibe anzuzeigen ist.

Sonntags beim Supermarkt parken?

Der Supermarktbetreiber als Besitzer hat Hausrecht und kann entsprechend vorschreiben, wer seine Parkfläche wie nutzen darf. In der Regel finden sich Hinweisschilder, die erläutern, dass das Parken nur Kund*innen während ihres Einkaufs gestattet ist und dass widerrechtlich abgestellte Fahrzeuge abgeschleppt werden. Wer also außerhalb der Öffnungszeiten sein Auto abstellt, muss mit Konsequenzen rechnen.

Nach einem Parkrempler reicht ein Zettel

Kommt es beim Einparken oder auf Supermarkt-Parkplätzen zu kleinen Unfällen, bei denen der/die Besitzer*in des beschädigten Fahrzeuges nicht anwesend ist, ist es erforderlich, auf diese*n zu warten, um die Formalitäten zu regeln. Erst nach einer angemessenen Wartezeit zwischen mindestens 15 und bis zu 60 Minuten ist es erlaubt, die Unfallstelle zu verlassen und die Polizei zu informieren. Es reicht keinesfalls aus, lediglich einen Zettel mit den Personalien unter den Scheibenwischer zu klemmen. Damit



Foto: TOPIC/Adobe Stock

Wer nach einem Unfall einen Zettel unter den Scheibenwischer klemmt und verschwindet, statt zu warten, begeht Fahrerflucht.

begeht man Unfallflucht und macht sich wegen unerlaubten Entfernens vom Unfallort strafbar.

Es ist egal, wie herum man parkt

Die Straßenverkehrsordnung schreibt vor, dass man ausschließlich in Fahrtrichtung parken darf. Lediglich in Einbahnstraßen ist das Parken auch auf der linken Seite erlaubt. Querparken ist an sich nicht verboten. Da ein Smart mit einer Länge von 2,70 Metern aber länger ist, als ein Fahrzeug breit sein darf, wird es entweder auf den Gehweg oder die Straße herausragen.

Parkplatz freihalten ist erlaubt

Stellen sich Personen zum Freihalten in die Parklücke, machen sie sich wegen Nötigung strafbar und müssen je nach Schwere des Vorfalls mit einer Freiheitsstrafe rechnen. Wer umzieht, muss ein temporäres Parkverbot bei der Verwaltung beantragen.

Ist der Parkautomat defekt, darf ich dort nicht parken?

Ist der Parkautomat defekt und in direkter Umgebung kein weiterer, funktionierender Automat zu finden, kommt die Parkscheibe zum Einsatz. Achtung: Der Gesetzgeber schreibt keine konkrete Suchentfernung vor, Gerichte haben hier in der Vergangenheit Entfernungen über 150 Meter als unzumutbar angesehen.

Über Gullideckeln darf man parken

Auf Kanaldeckeln darf höchstens gehalten werden. Parken ist aber verboten.

Kurz auf dem Radweg halten ist ok

Kommt es aufgrund des Falschparkens auf einem Radweg uu einem Unfall, werden 100 Euro fällig. Das gilt nicht nur auf ausgewiesenen Radwegen, sondern insbesondere auch auf den sogenannten Schutzstreifen – wenn sich Radfahrende und Autofahrende die Fahrbahn teilen. Autos dürfen diesen Schutzstreifen nur in Notfällen befahren, etwa um dem Gegenverkehr auszuweichen, und auch nur, wenn eine Gefährdung des Radverkehrs ausgeschlossen ist.

Spezial-Parkplätze sind nur eine Empfehlung

Auf einem Behindertenparkplatz dürfen ausschließlich Menschen parken, die über einen speziellen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen verfügen – der Behindertenausweis allein reicht nicht aus. Auch wenn eine nicht eingeschränkte Person das Fahrzeug fährt, ist das Parken erlaubt, sofern die Fahrt der Beförderung einer berechtigten Person dient. Wer einen solchen Parkplatz blockiert, wird wegen Falschparkens mit mindestens 55 Euro Bußgeld bestraft.

Eltern-Kind- oder Frauenparkplätze hingegen gelten als Empfehlung. *Quelle: ACE*

In Ausnahmefällen länger im Krankenhaus bleiben

Was ist Übergangspflege?

Manche Patient*innen, die aus dem Krankenhaus entlassen werden sollen, sind noch nicht fit genug für das selbstständige Leben zu Hause. Sie können auf Kosten der Krankenkasse unter strengen Voraussetzungen etwas länger im Krankenhaus gepflegt werden, wenn es sonst keine Möglichkeiten der Versorgung gibt.

Übergangspflege im Krankenhaus bedeutet, dass eine Person nach einem Krankenhausaufenthalt dort weiter gepflegt wird. Der Anspruch bezieht sich darauf, dass die Krankenkasse die Kosten dafür übernimmt. Aufgrund des hohen organisatorischen Aufwandes bieten allerdings nicht alle Krankenhäuser diese Möglichkeit an. Die Übergangspflege im Krankenhaus ist einzig im unmittelbaren Anschluss an eine abgeschlossene stationäre Krankenhausbehandlung möglich. Sie darf nur in dem Krankenhaus stattfinden, in dem die Behandlung erfolgt ist. Sie kann als Anschlussversorgung im Krankenhaus nur für diejenigen Patient*innen geleistet werden, die häusliche Krankenpflege, Kurzzeitpflege oder eine medizinische Rehabilitation benötigen und für die die entsprechenden Leistungen nicht oder nur unter erheblichem Aufwand erbracht werden können.



Foto: upixa/Adobe Stock

In Ausnahmefällen kann ein*e Patient*in zur Nachbehandlung länger im Krankenhaus bleiben.

Der Anspruch ist auf höchstens zehn Tage begrenzt. Das Krankenhaus muss dafür nachweisen und umfangreich dokumentieren, dass trotz erheblichen Aufwandes eine entsprechende notwendige Weiterversorgung nicht möglich ist.

Die Übergangspflege im Krankenhaus umfasst die Kostenübernahme für die notwendige Versorgung mit Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln, die Aktivierung der Patient*innen, die Grund- und Behandlungspflege, ein Entlassmanagement, Unterkunft und Verpflegung sowie die im Einzelfall erforderliche ärztliche Behandlung.

Übergangspflege beantragt der Sozialdienst des Krankenhauses bei der Krankenkasse. Grundlage dafür ist eine umfangreiche Dokumentation, dass eine Anschlussversorgung notwendig ist und keine andere Versorgungsmöglichkeit infrage kommt.

Die Patient*innen sollten schon bei der Aufnahme ins Krankenhaus dem Entlassmanagement zustimmen. Dann muss sich der Sozialdienst des Krankenhauses um eine Anschlussversorgung nach der Krankenhausbehandlung kümmern. Und sie sollten so früh wie möglich Kontakt zu diesem Sozialdienst aufnehmen, damit dieser die weitere, post-stationäre Versorgung organisieren kann. Die Übergangspflege gilt nur für gesetzlich Versicherte. Privat Versicherte müssen in ihren Vertrag schauen oder mit ihrer Versicherung besprechen, welche Leistung diese für sie übernimmt.

Quelle: Verbraucherzentrale Bund



*Der SoVD Mecklenburg-Vorpommern
wünscht allen schöne Weihnachtstage und
ein gutes neues Jahr 2025!*

Susanne Jutzeler/pixabay

Rechtsberatung

Greifswald: 10. Dezember. Es berät Donald Nimsch.

Grevesmühlen / Wismar: 4. Dezember. Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr und freitags von 8 bis 12 Uhr.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Kreisverband Schwerin

3. Dezember, 17 Uhr: Vorstandssitzung mit Landesgeschäftsführer Donald Nimsch, Büro der Geschäftsstelle.

9. Dezember, 17 Uhr: Mitgliederversammlung mit Jahresrückblick, Quartier Friedrich's.

Kreisverband Rostock / Bad Doberan / Grimmen-Nordvorpommern

11. Dezember, 15 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung im Hotel Stolteraa in Warnemünde, Strandweg 17, (Bus 36, 37, 119). **Anm. erforderlich bis 3. Dezember** unter Tel.: 0381/76 96 130 oder 0177/87 43 828 (mobil) oder per E-Mail: info@sovd-rostock.de.

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalde, 17109 Demmin, Tel. über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Telefon über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

www.sovd-mv.de



Foto: Thomas Wolter / pixabay



Aus den Kreisverbänden



Der Kreisverband Rostock / Bad Doberan / Grimmen war unterwegs auf Rügen.

Kreisverband Rostock / Bad Doberan / Grimmen

Für den 22. Oktober hatte der Kreisvorsitzende Uwe Wernicke einen Ausflug zur Halbinsel Mönchgut organisiert. Bei Regen begann die Fahrt vorbei an Stralsund über die Rügenbrücke auf die Insel Rügen. Unterwegs gab es viel zu sehen: die kleine Insel Dänholm, das Dörfchen Altefähr, die Orte Garz und Putbus, das Jagdschloss Granitz, Sellin und Baabe, durch das man auf die Halbinsel Mönchgut gelangte. Erster Stopp war der Hafen von Lauterbach. Dann fuhr der Bus durch eine male- rische Herbstlandschaft weiter bis nach Alt Reddevitz. Dort gab es ein fürstliches Mittagessen im Restaurant „Am Wasser“, bevor es weiter zur Whisky-Brennerei Störtebeker ging. Einige Mitfahrende probierten dort Whisky, Gin und Rum.

Am Nachmittag war es sonnig und trocken, und so legte die Gruppe am Aussichtspunkt Reddevitzer Höft einen Fotostopp ein. Nächste Station war das Restaurant „Nautilus“: Bis ins kleinste Detail ist die U-Boot-Kulisse der Nautilus 1995 nachgebaut worden. Die Gasträume sind in Ruderhaus und Maschinenraum sowie Kapitäns-Messe aufgeteilt. 2009 wurde Nemos „Indisches Dorf“ eröffnet. In diesem Teil gab es Kaffee und Kuchen, ehe die Gruppe die Heimfahrt nach Rostock antrat.

Kreisverband Schwerin

Am 14. Oktober fand im Quartier Friedrich's die achte Mitgliederversammlung des Kreisverbandes statt. Unter dem Motto „Die Kriminalpolizei rät – Prävention für Senior*innen“ versammelten sich zahlreiche Mitglieder und interessierte Bürger*innen, um sich über wichtige Sicherheitsaspekte und Präventionsmaßnahmen zu informieren.

Die Vorsitzende Andrea Preuß-Borowsky eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Anwesenden herzlich. Sie hob die Bedeutung des Themas ge-

rade für die ältere Generation hervor und betonte, wie wichtig es sei, diese Altersgruppe über potenzielle Gefahren und geeignete Schutzmaßnahmen zu informieren.

Im Anschluss daran übernahm Kriminaloberkommissar Steffen Salow, ein erfahrener Beamter der örtlichen Polizei, das Wort. Er präsentierte häufige Betrugsmaschen, die speziell auf Senioren*innen abzielen, wie etwa Telefonbetrug, falsche Gewinnspiele und Haustürgeschäfte. Mit praktischen Tipps und anschaulichen Beispielen sensibilisierte er die Anwesenden für die Gefahren und gab wertvolle Ratschläge, wie man sich schützen kann.

Ein zentraler Punkt der Präsentation war die Bedeutung von Misstrauen gegenüber unbekanntem Anrufer*innen und Besucher*innen. „Seien Sie

skeptisch und lassen Sie sich nicht unter Druck setzen“, riet der Referent. Zudem ermutigte er die Zuhörer*innen, im Zweifelsfall immer eine Vertrauensperson zu konsultieren oder die Polizei zu kontaktieren.

Nach dem Vortrag hatten die Anwesenden die Möglichkeit, Fragen zu stellen und ihre eigenen Erfahrungen zu teilen. Die rege Diskussion zeigte, dass das Thema viele bewegt und ein großer Informationsbedarf besteht.

Abschließend bedankte sich die Vorsitzende bei Steffen Salow für die wertvollen Informationen und die engagierte Präsentation. Sie kündigte an, dass der Verband auch in Zukunft Veranstaltungen zu sicherheitsrelevanten Themen anbieten möchte, um Mitglieder und interessierte Bürger*innen bestmöglich zu unterstützen.



Der Vortrag im Kreisverband Schwerin war speziell an das ältere Publikum gerichtet.



Das Treffen in Schwerin fand in gemütlichem Ambiente statt.

Zahlreiche Engagierte aus Niedersachsen beteiligen sich an Kundgebung in Berlin

Inflationsausgleich für Rentner*innen

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis hat der SoVD in Niedersachsen an einer Kundgebung in Berlin mitgewirkt und deutlich gemacht, dass Rentner*innen – ebenso wie Pensionierte – einen Inflationsausgleich erhalten müssen (Details auf Seite 5). Zahlreiche SoVD-Mitglieder und Ehrenamtliche aus den Kreisverbänden Braunschweig, Hannover und dem Heidekreis sowie Vertreter*innen der niedersächsischen Verbandsleitung nahmen an der Protestaktion vor dem Brandenburger Tor teil und unterstützten das wichtige Anliegen. „Wir geben nicht auf und setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Rentner*innen beim Thema Inflationsausgleich nicht vergessen werden“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. „Mit verschiedenen Partner*innen haben wir deshalb im Sommer mehr als 200.000 Unterschriften gegen diese Ungerechtigkeit gesammelt und sie unserem Ministerpräsidenten übergeben. Außerdem hat der SoVD eine entsprechende Petition im Bundestag eingereicht“, erläutert Swinke.



Foto: Dirk Swinke

Engagierte aus dem Heidekreis und dem Emsland, darunter Bernhard Sackarendt, SoVD-Verbandsratsvorsitzender in Niedersachsen (Mitte)



Foto: Thorsten Böttcher

Frühmorgens machten sich ehrenamtlich Engagierte und Mitglieder aus dem SoVD-Kreisverband Braunschweig auf den Weg nach Berlin.



Foto: Dirk Battke

Einige der SoVD-Mitglieder, die aus Hannover angereist waren; Ehrenamtliche aus dem Ortsverband Hannover-Süd und dem Kreisverband Hannover-Stadt hatten die Fahrt gemeinsam organisiert.



Foto: Laurin Schmid

Eines der vielen Demo-Schilder der SoVD-Teilnehmenden



Foto: Laurin Schmid

Mehr als 1.000 Menschen beteiligten sich Anfang November an der Kundgebung in Berlin.



Foto: Dirk Battke

Ingrid Beyer vom SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt mit der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier (re.) auf der Bühne

Rund 2.400 Befragte antworten zu finanziellen Aspekten

Ergebnisse der SoVD-Umfrage

Eine Umfrage des SoVD in Niedersachsen zeigt: Viele Befragte machen sich mehr finanzielle Sorgen als noch vor einigen Jahren, müssen ihren Konsum einschränken und haben nicht ausreichend Geld, um privat vorzusorgen. Der SoVD sieht mit den Ergebnissen die derzeitigen Entwicklungen und Probleme bestätigt und fordert von der Politik ein schnelles Eingreifen, damit sich die soziale Ungerechtigkeit nicht weiter verschärft.

Immer mehr Menschen sind aufgrund ihrer finanziellen Situation beunruhigt. Das bestätigt auch eine SoVD-Umfrage. Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, sich um das Thema Geld mehr Sorgen zu machen als noch vor ein paar Jahren, mehr als die Hälfte gibt bewusst weniger Geld aus. 67 Prozent haben nicht die Ressourcen, um privat vorzusorgen, damit sie im Alter gut versorgt sind.

„Das sind erschreckende Zahlen, allerdings bestätigen sie den derzeitigen Trend. Die Menschen in Niedersachsen sind angesichts der hohen Preise und der wirtschaftlichen Situation verunsichert“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Besonders besorgniserregend sei die Tatsache, dass über 80 Prozent der Befragten der Meinung sind, der Wohl-

stand in Deutschland sei ungleich verteilt.

Im Hinblick auf diese Zahlen weist der SoVD darauf hin, dass soziale Ungerechtigkeit und Verunsicherungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf Dauer auch die Demokratie gefährden. „Deshalb ist es an der Zeit, dass die Politik endlich etwas tut – und zwar sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene“ fordert Swinke. Zu den wichtigsten Forderungen gehören laut Swinke eine Steigerung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, bezahlbare Mieten, ein 29-Euro-Ticket für Bus und Bahn sowie Preisbremsen für Strom und Gas.

Der SoVD hat die nicht-repräsentative Befragung im Rahmen seiner Kampagne „Für mehr Miteinander“ an zahlreichen Standorten in Niedersachsen – darunter Celle, Diepholz,

Göttingen, das Emsland und Cuxhaven – durchgeführt. Insgesamt haben etwa 2.400 Menschen daran teilgenommen.



Foto: Carsten Schlotmann

Zahlreiche Ehrenamtliche haben die Umfrage in ganz Niedersachsen durchgeführt.

SoVD sieht vor allem Arbeitgeber*innen in der Pflicht

Psychische Erkrankungen in der Pflege

Laut einer DAK-Studie liegt Niedersachsen bei Krankenschreibungen über dem Bundesdurchschnitt. Psychische Erkrankungen sind die dritthäufigste Ursache für berufliche Fehltag und der Hauptgrund, warum Menschen eine Erwerbsminderungsrente beziehen. „Das können wir aus unserem Beratungsalltag bestätigen. Immer mehr Betroffene kommen zu uns, weil sie aufgrund ihrer psychischen Probleme dauerhaft nicht mehr arbeiten können“, berichtet Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Besonders groß sei die Belastung in der Pflegebranche. „Natürlich wird in den Pflegeberufen sehr viel mehr Personal benötigt. Es gibt aber auch noch weitere Stellschrauben, an denen gedreht werden kann“, so Swinke. Besonders wichtig seien etwa flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit für die Mitarbeitenden, in verschiedenen Teilzeitmodel-

len tätig zu sein. „Das kann für die Beschäftigten eine enorme Entlastung sein und macht den Alltag für sie oft einfacher“, ist sich der Vorstandsvorsitzende sicher. Auch gesundheitliche Prävention sei von großer Bedeutung: „Wir dürfen nicht warten, bis die Pflegefachkräfte so überlastet sind, dass nur noch die Krankenschreibung bleibt. Vielmehr gilt es, sie frühzeitig durch gezielte Maßnahmen wie Gesundheitsberatung oder Stressmanagement zu unterstützen.“

In erster Linie sieht Niedersachsens größter Sozialverband dabei die Arbeitgeber*innen in der Pflicht. „Sicherlich benötigen wir auch dringend politische Änderungen im Pflegebereich. Wertschätzung, Gesundheitsschutz und bessere Arbeitsbedingungen sind aber mindestens genauso wichtig, um psychische Erkrankungen in der Belegschaft zu vermeiden“, so der niedersächsische SoVD-Chef.

„Hinsehen statt Wegschauen: So muss man Armut bekämpfen“

SoVD-Fachtag erörtert Teilhabechancen

In Niedersachsen haben sehr viele Menschen Probleme, ihr Leben finanziell sorgenfrei zu gestalten. Mit wenig Geld fehlt es oft auch an gesellschaftlichen Teilhabe-möglichkeiten. Diese existenziellen Sorgen betreffen oftmals Alleinerziehende und ihre Kinder, aber auch zahlreiche Menschen, die in Vollzeit arbeiten, aber prekär beschäftigt sind. Mit seinem diesjährigen Fachtag, zum Thema Armutsbekämpfung, rückte der niedersächsische SoVD daher besonders die Situation dieser Menschen in den Mittelpunkt – in Vorträgen von Expertinnen aus der Wissenschaft, in Gesprächen mit Verbände-Vertreter*innen und in einer Diskussionsrunde mit Landespolitiker*innen.

Nach der Begrüßung der rund 70 Teilnehmenden durch den SoVD-Vorstand Dirk Kortylak ging Referentin Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja in einem Impulsvortrag auf prekäre Arbeitsverhältnisse ein. Kennzeichnend für diese seien – neben geringer Entlohnung – unsichere Verträge sowie ein Missverhältnis von gefordertem hohem Engagement einerseits und mangelnder Anerkennung andererseits. Besonders gering bewertet würden dabei Tätigkeiten, die Frauen einst privat erbracht haben, und Tätigkeiten, die oft in Teilzeit ausgeübt werden. Insbesondere systemrelevante Arbeit beinhalte in unserer Gesellschaft ein Armutsrisiko. Um mehr gesellschaftliche Wertschätzung für diese Beschäftigten zu erzielen, müssten sich diese organisieren können. Zudem brauche es öffentlichkeitswirksame Kampagnen und insgesamt eine Orientierung an gesellschaftlichem Bedarf statt an Profitinteressen.

Greta Schabram vom Paritätischen Wohlfahrtsverband stellte empirische Befunde zum Thema vor. So machte sie etwa deutlich, dass in Niedersachsen rund acht Prozent der Menschen von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen sind.

Die anschließende Gesprächsrunde mit Verbände-Vertreterinnen konzentrierte sich auf die Situation von Kindern und Alleinerziehenden. Susanne Hahn vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter (Vamv) wies darauf hin, dass es gesellschaftliche Akzeptanz dafür brauche, dass Eltern in Teilzeit arbeiten. Da diese Erwerbsarbeit zusätzlich zur Sorgearbeit geleistet werde, gebe es oft keinen Spielraum für noch mehr Arbeitsstunden. Dr. Tanja Rusack vom Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) forderte, dass das kindliche Existenzminimum neu berechnet werden müsse, um Teilhabe zu ermöglichen. Auch wies sie auf die hohe Bedeutung von Jugend- und Schulsozialarbeit hin. Die SoVD-Vertreterin Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik, erörterte, dass der Zugang zu Unterstützungsleistungen für Familien einfacher und unbürokratischer gestaltet werden müsse. Auch seien flexible Arbeitszeitmodelle und ein flächendeckendes Angebot an kostenfreier Kinderbetreuung essenziell, um insbesondere Alleinerziehende vor Armut und – damit einhergehend – einer nicht existenzsichernden Rente zu schützen.

Der niedersächsische Sozialminister Dr. Andreas Philippi berichtete in seinem Grußwort unter anderem vom Programm RIKA (Regionale Initiativen und Kooperationen für Frauen am Arbeitsmarkt). Hiermit fördert das Land Niedersachsen bis 2029 Projekte, die Frauen bessere Chancen am Arbeitsmarkt bieten.

In einer Diskussionsrunde, die SoVD-Landespressesprecherin Stefanie Jäkel moderierte, tauschten sich Simon Kopelke (DKSB), Katharina Lorenz (SoVD) und die Landespolitiker*innen Oliver Lottke und Swantje Schendel darüber aus, wie finanzielle und soziale Teilhabe für alle Bürger*innen gewährleistet werden kann. Deutlich wurde unter anderem, dass einer Kindergrundsicherung, die sowohl DKSB als auch SoVD fordern, eine essenzielle Bedeutung zukommt. Schendel räumte ein, dass die Politik sich auf Bundesebene vehementer für eine Einführung hätte einsetzen müssen. Sie betonte, wie wichtig es sei, dass Medien und Gesellschaft Debatten wie die um das Bürgergeld, die die Gesellschaft zusätzlich spalten, hinter sich lassen.

Von den Verbände-Vertreter*innen sowie Expert*innen aus dem Publikum wurde das aktuel-

le Projektfördersystem kritisiert. Wichtige Beratungsangebote verschiedener Vereine, die auch einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut leisten, würden so jeweils nach drei Jahren auslaufen. Dabei sei hier gerade eine struk-

turelle Verankerung für Betroffene wichtig. Lottke und Schendel fanden die Kritik nachvollziehbar. Sie stellten zugleich dar, dass schnelle Lösungen aufgrund fehlender finanzieller Spielräume nicht realisierbar seien.



Fotos (2): Sara Masic

Dirk Kortylak und Katharina Lorenz vom SoVD begrüßten den niedersächsischen Sozialminister Dr. Andreas Philippi (Mitte).



Diskussionsrunde mit Swantje Schendel (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), Oliver Lottke (MdL, SPD), Simon Kopelke (DKSB) sowie Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel vom SoVD (v.l.n.r.)

Jetzt auf allen gängigen Podcast-Plattformen Reinhören

Neue Podcast-Folge zu HIV und Aids

Menschen, die HIV oder Aids haben, müssen immer noch mit Ausgrenzung kämpfen. Dabei ist die Krankheit längst kein Todesurteil mehr. Auch im Zusammenhang mit Beruf und Job stehen HIV-positive Menschen vor Herausforderungen. Deshalb sprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel in der aktuellen Podcast-Folge von „Kein Ponyhof“ darüber,

inwiefern die Anerkennung einer HIV-Infektion als Berufskrankheit möglich ist und was man unter einer Berufskrankheit überhaupt versteht. Mit Sebastian Bathge von der Aids-Hilfe in Hannover reden sie über Stigmatisierung, Prävention und das Leben mit HIV insgesamt. Aus eigener Erfahrung erzählt er, was man tun kann, um HIV-positive Menschen zu unterstützen.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Die Folge ist online unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

SoVD-Tipp: Finanzielle Entlastung für Familien mit wenig Einkommen

Bildungs- und Teilhabepaket

Beziehen Familien Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag, können sie unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Leistungen aus dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket für ihre Kinder haben. Übernommen werden dann beispielsweise anfallende Schulkosten oder Kosten für Freizeitangebote.

Familien mit wenig Einkommen können unter Umständen durch das Bildungs- und Teilhabepaket finanziell entlastet werden – wenn sie Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag bekommen. „Übernommen oder bezuschusst werden zum Beispiel die Kosten für Nachhilfestunden oder den Musikunterricht sowie der Mitgliedsbeitrag des Sportvereins. Außerdem können anspruchsberechtigte Familien bei Ausflügen, Klassenfahrten, der Schülerbeförderung oder der Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und Schulen finanziell entlastet werden“, weiß Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Für einen Anspruch müssen Kinder unter 25 Jahre alt sein

und eine Kindertagesstätte oder eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen. Außerdem dürfen sie keine Ausbildungsvergütung erhalten.

Ein Antrag kann formlos mit Hinweis auf den konkreten Bedarf oder mit dem entsprechenden Formular beim Job-



Foto: Aloschin Evgeniy / Adobe Stock

Kosten für den Musikunterricht können bezuschusst werden.

center beziehungsweise der für die oben genannten Leistungen zuständigen Stelle gestellt werden. „Für eine Kostenübernahme müssen Betroffene gegebenenfalls weitere Bescheinigungen etwa für eine Klassenfahrt vorlegen. Wichtig ist, dass Anträge rechtzeitig gestellt werden, denn grundsätzlich ist die nachträgliche Übernahme von Kosten nicht möglich. Eine Ausnahme bildet der Schulbedarf. Hier wird jeweils zum 1. Februar und zum 1. August eine Pauschale ausbezahlt“, informiert Lorenz.

Für Fragen zum Bildungs- und Teilhabepaket oder zu den genannten Sozialleistungen stehen die Berater*innen des SoVD gerne zur Verfügung und unterstützen bei der Antragstellung.

„Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“

SoVD informiert im Online-Vortrag

Kann man durch Krankheit arm werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt des kostenlosen digitalen Vortrags „Arbeitsunfähig, erwerbsgemindert – was nun?“ des SoVD in Niedersachsen. Am Donnerstag, 12. Dezember, von 16 bis 17.30 Uhr erklärt Referent Kai Bursie per Zoom Wissenswertes rund um Krankengeld, Arbeitslosengeld und Co.

Ein Bandscheibenvorfall oder eine Krebserkrankung führt plötzlich zu Arbeitsunfähigkeit und Erwerbsminderung: Das kann jede*n treffen. Wie dann die soziale Absicherung aussieht, beleuchtet Kai Bursie in seinem Vortrag. Der

Referent klärt Teilnehmende in seinem Vortrag über Fallstricke auf, die Arbeitslosengeld, Krankengeld und Co. mit sich bringen, gibt nützliche Tipps, wie diese umgangen werden können und informiert, was darüber hinaus zu beachten ist.

Unter weiterbildung@sovd-nds.de können sich Mitglieder und Interessierte bis zum 9. Dezember für den Online-Vortrag anmelden. Einen Teilnahmelink erhalten sie spätestens am Tag der Veranstaltung per E-Mail. Weitere Termine der digitalen SoVD-Vortragsreihe werden unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.



Foto: standret / Adobe Stock

Die Online-Vorträge des SoVD sind offen für alle Interessierten.

Für mehr Sichtbarkeit: EUTB® Meppen engagiert sich bei Ausstellung zu häuslicher Gewalt

„Häusliche Gewalt – bitte hinschauen“

Seit 2018 ist der SoVD in Niedersachsen Träger von elf Beratungsstellen der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB®), die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert werden. Deren Angebot ist kostenfrei, unabhängig und barrierefrei und richtet sich an Menschen mit Behinderung, von einer Behinderung bedrohte Menschen sowie ihre Angehörigen. Neben der Beratung von Ratsuchenden sind weitere zentrale Aufgaben der EUTB®-Mitarbeitenden die Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit in den jeweiligen Regionen. Mit dem Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“ wirkte die EUTB® Meppen im Rahmen des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen an einer Ausstellung mit, die die Öffentlichkeit für die Problematik sensibilisieren soll.

Die EUTB® Meppen, deren Träger der SoVD ist, engagiert sich seit ihrer Gründung 2018 im regionalen Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“. „Uns ist es wichtig, dort auf Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung hinzuweisen und deutlich zu machen, dass sie zwei- bis dreimal häufiger von Gewalt betroffen sind als Menschen ohne Behinderung“, erläutert Sabine Lampe, EUTB®-Beraterin in Meppen. Das liege unter anderem daran, dass es für sie schwieriger sei, sich aus Gewaltbeziehungen zu lösen, Hilfe in Anspruch zu nehmen oder Schutz zu finden. Der Arbeitskreis „Häusliche Gewalt“ trifft sich mehrmals im Jahr; deren zwölf Mitglieder gestalten jährlich einen Fachtag mit eigenen Workshops und bringen die Thematik darüber hinaus mit mindestens zwei Aktionen pro Jahr in die Öffentlichkeit. Eine der diesjährigen Aktionen fand im Rahmen

des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen statt: Unter dem Motto „Schutzmeile Häusliche Gewalt“ realisierten die Mitglieder des Arbeitskreises – darunter Weißer Ring, Jugendamt, Deutscher Kinderschutzbund und die Stiftung Opferhilfe – eine Ausstellung in 17 Schaufenstern im Stadtgebiet. Die EUTB® Meppen war bei der Eröffnung der Aktion im Ratssaal der Stadt Patin für das Schaufenster bei „Optik Vollmer“. Treffend ist hier formuliert: „Häusliche Gewalt – bitte hinschauen.“ Sabine Lampe und Ina Wysotzki, ehrenamtliche EUTB®-Mitarbeiterin, wiesen bei der Eröffnung auf die besondere Betroffenheit der Menschen – meist Frauen – mit Behinderung hin. Gerade weil Menschen mit Behinderung überdurchschnittlich oft von Gewalt betroffen sind, sei es wichtig, dass das soziale Umfeld aufmerksam sei und genau hinschaue, so Lampe.



Foto: EUTB® Meppen

„Wir alle haben die Verantwortung, nicht wegzusehen.“ heißt es im Schaufenster von „Optik Vollmer“.

Kontaktinfos aller EUTB®-Stellen sind unter www.teilhabeberatung.de abrufbar. Die Beratung ist unabhängig von Trägern – eine Mitgliedschaft im SoVD ist daher nicht erforderlich, um sie in Anspruch zu nehmen.

Kostenfreie Beratung und persönliche Betreuung durch die VVS-Experten

Unfallversicherung für Mitglieder

Vor allem in der kalten Jahreszeit haben ältere Menschen aufgrund von Glätte und Nässe häufiger Unfälle. Nicht selten bleiben sie danach dauerhaft geschädigt. Die dadurch entstehenden Folgekosten werden von der gesetzlichen Krankenversicherung meist nicht übernommen. Daher ist der zusätzliche Schutz durch eine Unfallversicherung sinnvoll. SoVD-Mitglieder können sich zu diesem wichtigen Thema kostenfrei bei der VerbandsversicherungsService GmbH (VVS) beraten lassen.

Während es bei älteren Menschen oft Knochenbrüche sind, kommt es bei jüngeren Leuten bei Unfällen eher zu Bänderrissen oder schweren Kopfverletzungen. Denn auch junge Menschen, die Sport treiben oder durch Hektik im Alltag unachtsam sind, können Unfälle mit Folgeschäden erleiden. Besondere Hilfsmittel oder Heilmittel sowie Behandlungsmaßnahmen durch Fachärzte sind teuer und für die meisten Menschen nicht aus eigenen Mitteln finanzierbar. Die gesetzliche Krankenversicherung kommt in den seltensten Fällen für diese auf. Darum ist es wichtig, auch für solche Notfälle einen Schutz zu haben.

Eine Unfallversicherung muss dabei nicht teuer sein. Jedoch sind die Angebote am Versicherungsmarkt sehr unterschiedlich und für Verbraucher*innen verwirrend. Die Preisunterschiede sind sehr groß. Zudem wird der Versicherungsschutz für ältere

Menschen laut Bedingungen oft negativ verändert oder gekündigt. Damit das nicht passiert und SoVD-Mitglieder einen besonders günstigen und individuell passenden Versicherungsschutz erhalten, hat der Versicherungspartner des SoVD, die VVS GmbH, Sonderkonditionen ausgehandelt. Mit diesen erhalten SoVD-Mitglieder den bestmöglichen Versicherungsschutz – wie beispielsweise eine Invaliditätsleistung zur freien Verfügung, mit der unter anderem das eigene Haus oder Auto bedarfsgerecht umgebaut werden kann.

Die VVS arbeitet als SoVD-eigene Maklerin unabhängig von Versicherungskonzernen und kann Mitgliedern daher einen individuell passenden Versicherungsschutz empfehlen, der möglichst viele Leistungen umfasst und so kostengünstig wie möglich ist. Auch sonstige Risiken können über die VVS abgesichert werden, beispielsweise mit

einer Privat-, Hundehaftpflicht- oder Hausratversicherung. SoVD-Mitglieder können sich bei der VVS kostenfrei beraten und Angebote erstellen lassen. Zudem erhalten sie bei der VVS eine laufende persönliche Betreuung: So haben sie bei allen Fragen und in Schadensfällen immer eine Ansprechperson.

Die VVS-Experten können telefonisch unter 05101 9922 255 kontaktiert werden. Über den untenstehenden QR-Code kann zudem ein Kontaktanfrageformular an die VVS aufgerufen und ausgefüllt werden.



BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: Dezember-Termin für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 10. Dezember, von 15 bis 16 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

1.000 Euro für Ronald McDonald Haus: Kleine Hilfe bei großem Leid für Familien

SoVD unterstützt Kinderhilfe

Bei einem Besuch des Ronald McDonald Hauses in Oldenburg übergab Benjamin Kruse, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst, eine 1.000-Euro-Spende an Monika Gansel, die Leiterin der Einrichtung.

Das Oldenburger Domizil gehört zur gemeinnützigen McDonald's-Kinderhilfe und setzt sich seit 1987 für das Wohlbefinden von Kindern und ihren Familien ein. In den Häusern der Kinderhilfe können Eltern und Geschwister in der Nähe bleiben, wenn ein Kind in einer Klinik behandelt werden muss. Das Haus in Oldenburg öffnete 2001 im Gebäude der ehemaligen Klinik-Apotheke; seither fanden in den 22 Appartements über 6.000 Familien ein Zuhause auf Zeit, um ihren Kindern in der Not als Mutmacher*innen beizustehen. „Manche von uns wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer die Zeit ist, wenn Kinder von den Eltern behandelt werden müssen. Umso schöner ist, wenn Eltern mitsamt der hei-

len Familienwelt in die Nachbarschaft des Krankenhauses umziehen können. Das Ronald McDonald Haus ist eine kleine Welt in der Nähe der Kleinen, die Raum für Hoffnung, Mut und Gemeinsamkeit gibt“, findet Benjamin Kruse.

„Ich freue mich, dass der SoVD ein Herz für kranke Kinder hat. Kinder brauchen die Nähe der Familie – gerade wenn sie schwer erkrankt sind“, sagt Monika Gansel, Leiterin des Ronald McDonald Hauses in Oldenburg, und führt aus: „Diese Nähe hilft ihnen, wieder gesund zu werden und auch für die Familie ist es wichtig, nah bei den kleinen Patienten zu sein. Unser Haus ist ein Zuhause auf Zeit, das den Familien nach einem langen Tag in der Klinik einen Rückzugsort bietet.“



Foto: Dr. Hergen H. Riedel

Benjamin Kruse, Vorsitzender des SoVD in Oldenburg-Delmenhorst, und Monika Gansel, Leiterin des Ronald McDonald Hauses bei der Spendenübergabe

SoVD-Tipp für gesetzlich Krankenversicherte

Zuzahlungsbefreiung ist möglich

Gesetzlich Krankenversicherte müssen für bestimmte Leistungen der Krankenkasse etwas dazubezahlen. Wird die finanzielle Belastung zu hoch, kann ein Antrag auf Zuzahlungsbefreiung gestellt werden.

Die sogenannte Belastungsgrenze wird für jeden Haushalt individuell ermittelt. Dabei werden vom Jahresbruttoeinkommen zunächst mögliche Freibeträge abgezogen. In diesem Jahr sind das 6.363 Euro für die*den erste*n Erwachsene*n des Haushalts und weitere 4.242 Euro für jede*n weitere*n Angehörige*n sowie 9.312 Euro pro Kind. Danach wird die Belastungsgrenze in Höhe von zwei Prozent errechnet – für chronisch kranke Menschen beträgt sie ein Prozent und auch Sozialhilfeempfänger*innen, die etwa Bürger-

geld beziehen, können entlastet werden. Hier wird zur Berechnung der Regelsatz zugrunde gelegt. „Das Thema ist komplex und das kann verunsichern. Deshalb stehen wir Betroffenen gerne zur Seite“, sagt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Zahlungen, die die Belastungsgrenze überschreiten, werden von der Krankenkasse zurückerstattet. „Damit ein Antrag auf Zuzahlungsbefreiung gestellt werden kann, müssen aber entsprechende Belege eines Jahres gesammelt werden. Eine Befreiung ist grundsätzlich bis zu vier Jahre rückwirkend möglich“, weiß Lorenz.

Fragen zum Thema beantworten gerne die Berater*innen des SoVD. Kontaktdaten der Beratungszentren sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.

SOVD-ENGAGEMENT

Kostenfreier Wintermarkt in Braunschweig

Mehr als 200 Menschen und Familien mit geringem Einkommen waren am Samstag, 16. November, zu dem kostenlosen Wintermarkt des SoVD in Braunschweig gekommen. Diesen hatten ehrenamtlich Engagierte im Rahmen der landesweiten SoVD-Kampagne „Für mehr Miteinander“ organisiert und durchgeführt.

Der Braunschweiger SoVD verteilte mit finanzieller Unterstützung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Lebensmittelpakete an die Besucher*innen. Auch an anwesende Kinder wurde mit Süßigkeiten gedacht. Außerdem gab es Sozial-Tipps und die Besucher*innen konnten sich mit Bratwurst, Glühwein und Kakao bei den kalten Temperaturen aufwärmen.

„Mich bewegt, dass ich anderen Menschen helfen und in dankbare Augen gucken kann. Es geht darum, mit den Menschen zu reden, denn Armut korreliert oft mit Isolation und Einsamkeit“, sagt Reiner Knoll, 1. Kreisvorsitzender des SoVD in Braunschweig.

SoVD-Engagierte bekämpfen Isolation mit kreativen Ideen und regelmäßigen Angeboten

Ehrenamtlicher Einsatz gegen Einsamkeit

Durch die Sozialberatung und das ehrenamtliche Engagement wissen die Vertreter*innen des SoVD, was es für Menschen bedeutet, sich in schwierigen Lebenslagen alleingelassen zu fühlen. Daher setzt sich der Verband nicht nur für politische Lösungen ein und rückt das Problem in das Bewusstsein der Öffentlichkeit – etwa mit seiner Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ in den Jahren 2022/2023 –, sondern er engagiert sich auch konkret vor Ort für die Menschen. Zahlreiche SoVD-Aktive in den Ortsverbänden setzen sich mit einer Vielzahl von Veranstaltungsformaten und Ideen für Verbesserungen ein.

Jede zehnte Person in Deutschland ist von Einsamkeit betroffen, seit der Corona-Pandemie hat sich die negative Entwicklung zudem verstärkt. Mit Isolation haben dabei nicht nur ältere oder pflegebedürftige Menschen zu kämpfen. Häufig sind auch Jüngere und Alleinerziehende betroffen. Mit ihrem Engagement tragen die SoVD-Ehrenamtlichen dazu bei, die Einsamkeit in der Gesellschaft wirksam zu reduzieren.

So haben etwa Engagierte aus dem Ortsverband Großenheidorn die Idee zur „Kontakt-Börse“ entwickelt: Jeden dritten Donnerstag im Monat treffen sie sich in Steinhude und sammeln Anregungen und Wünsche für Freizeitaktivitäten, die gemeinschaftlich oder in Kleingruppen umgesetzt werden. Federführend für dieses schöne Angebot, das ausdrücklich für alle Interessierten offen ist, sind die Großenheidornerinnen Helga Kahle, Inge Schimmelpfennig und Ursula Schlack. Der Wille, gegen das eigene Alleinsein aktiv zu werden, war stark und so beschäftigten sie sich intensiv mit der Frage, wie man Menschen, die nicht alleine unterwegs sein wollen, zusam-

menbringen kann – um etwa ein Konzert zu besuchen oder sich zu einem Restaurant-Besuch zu verabreden. „Niemand wollte nach Hause gehen“, beschreibt Helga Kahle die wohlige Stimmung nach einer gemeinsamen kulinarischen Stadtführung in Hannover. Mehr Informationen zur „Kontakt-Börse“ gibt es bei Helga Kahle unter 05033 3499 oder helga.kahle@gmail.com.

Auch der 112 Mitglieder starke Ortsverband Hösseringen-Räber hat ein engagiertes ehrenamtliches Team versammelt, das sich für junge und ältere Mitglieder starkmacht. Der Vorsitzende, Alfred Meyer, schildert, wie wichtig es den Vorstandsmitgliedern sei, „besonders in den grauen Tagen“, mit informativen und unterhaltsamen Angeboten Gemeinschaftsgefühle zu schaffen. Die Engagierten haben ein offenes Ohr und sind oft Mittler*innen bei Fragen der Mitglieder, die später durch die Expert*innen in den SoVD-Beratungszentren fachlich bearbeitet werden. „Viele Mitglieder können wegen der fehlenden Mobilität im ländlichen Raum dort nicht hinkommen; andere trauen sich nicht dort anzurufen oder so-



Foto: SoVD Großenheidorn

Ursula Schlack (links), Helga Kahle (Mitte) sowie Inge Schimmelpfennig (2. von rechts) freuen sich auf viele weitere Aktivitäten.

gar allein hinzufahren“, erzählt Meyer.

„Niemand in unserer Gesellschaft sollte sich alleingelassen fühlen. Deswegen bin ich sehr stolz, dass unsere Engagierten mit ihren guten Ideen vorangehen und sich für Zusammenhalt und Gemeinschaft einsetzen, den Menschen Mut machen und ganz konkrete Hilfe anbieten“, sagt Dirk Swinke, SoVD-Vorstandsvorsitzender in Niedersachsen, und ergänzt: „Unsere rund 8.000 Engagierten investieren tagtäglich sehr viel Zeit und Gedanken, um dem Gefühl der Isolation etwas entgegenzusetzen. Dafür bin ich ihnen von Herzen dankbar.“

HINWEIS

Die umfangreichen Angebote und vielseitigen Veranstaltungen der über 7.400 SoVD-Ortsverbände in Niedersachsen können aus Platzgründen leider nicht im „Niedersachsen-Echo“ vorgestellt werden.

Interessierte, die zum Programmangebot vor Ort mehr wissen möchten, können sich aber über die Internetseiten der jeweiligen SoVD-Orts- und -Kreisverbände oder die lokale Medienberichterstattung informieren.



Auf dem Podium wurde auf Einladung von Bündnis 90 / Die Grünen über den ÖPNV diskutiert.

Gesprächsrunde der Grünen im Landtag zur UN-Behindertenrechtskonvention

Umsetzung erfolgt zu langsam

Um mangelnde Barrierefreiheit im ÖPNV und die allgemein zögerliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ging es bei einem Diskussionsabend im NRW-Landtag, zu dem Ende Oktober die NRW-Grünen eingeladen hatten.

Landesverkehrsminister Oliver Krischer (Bündnis 90 / Die Grünen) legte zu Beginn der Diskussion seine Sicht der Dinge dar.

Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD NRW, war ebenfalls als Redner eingeladen und nahm gegenüber dem Minister kein Blatt vor den Mund. Die Landespolitik habe keinen Fahrplan, wenn es um den Abbau von Barrieren bei Bus und Bahn gehe. Sie zeige auch wenig Interesse daran, sich einen genauen Überblick über das Ausmaß an Problemen zu verschaffen und entsprechende Daten zu erheben, um konkret

Abhilfe zu leisten. Er forderte, Bund, Land und Kommunen müssten endlich eine gemeinsame Strategie vorlegen, wie der öffentliche Nahverkehr in Deutschland flächendeckend barrierefrei gestaltet werden kann. Die Menschen hätten es satt, als Bittstellende dazustehen. Die Antwort des Ministers: ein Kopfnicken.

Raul Krauthausen, einer der bekanntesten Aktivisten, wenn es um die Belange von Menschen mit Behinderungen geht, war per Video zugeschaltet und hatte in seinem Eingangsstatement bereits von den vielen alltäglichen Barrieren berichtet,

die ihn auf die Palme bringen und doch längst hätten beseitigt werden müssen.

So geht es vielen Menschen in NRW, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind und dann an Bahnhöfen vor kaputten Aufzügen stehen, um nur eines von vielen Ärgernissen zu nennen.

Der SoVD NRW wird sich auch weiterhin gegenüber der Landespolitik dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf Teilhabe in Anspruch nehmen können und nicht aufgrund von Hindernissen verschiedener Art ausgegrenzt werden.

Termin des SoVD bei der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung

SoVD-Forderungen vorgestellt

Am 28. Oktober hatten Dr. Michael Spörke und Julia Kuhn vom SoVD NRW einen Termin im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales: bei Claudia Middendorf (CDU), der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in NRW.

Diskutiert wurde das SoVD-Forderungspapier „Für eine barrierefreie gynäkologische Versorgung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen“. Es verlangt, dass sich alle Akteur*innen aus der Gesundheitspolitik zusammen mit Interessenvertretungen endlich an einen Tisch setzen und das Thema angehen. Es ist an der Zeit, die Forderungen aus der UN-BRK vollumfänglich umzusetzen.

Foto re.: Julia Kuhn und Dr. Michael Spörke (SoVD) mit Claudia Middendorf (CDU, Bildmitte).



V. li.: Laura Postma, Marina Falke, Martin Metz (Bündnis 90 / Die Grünen) und vorne Dr. Michael Spörke.

Austausch mit den Grünen im Landtag über den ÖPNV

Mehr Barrierefreiheit

Gemeinsam mit Marina Falke vom BUND NRW e. V. besuchte Dr. Michael Spörke vom SoVD NRW am 8. Oktober einige Vertreter*innen von Bündnis 90 / die Grünen. Das Gespräch drehte sich um Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr.

Beteiligt am Austausch waren von den Grünen Laura Postma (MdL, Sprecherin für ÖPNV), Martin Metz (MdL, Sprecher für Fahrrad-, Straßen- und Flugverkehr), Dennis Sonne (MdL, Sprecher für Inklusion und Behindertenpolitik), Bettina Tull (Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Verkehrspolitik) und Mirja Cordes (Persönliche Mitarbeiterin im Büro der Landtagsabgeordneten) und Ina Besche-Krastl (Sprecherin für Schienenverkehr) sowie Marina Falke (Referentin für nachhaltige Mobilität beim BUND NRW) und Dr. Michael Spörke (Leiter Sozialpolitik und Kommunales beim SoVD NRW).

Die Abgeordneten sagten zu, sich einmal mehr dafür einzusetzen, dass bei Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung auch der notwendige Sachverstand einfließen kann. Hier hat der SoVD NRW erneut eingefordert, die vom Land finanzierte Agentur Barrierefrei stärker einzubinden.

Einigkeit gab es auch darüber, dass Barrierefreiheit im Verkehrsbereich zwingend notwendig sei. Über die Schritte hin zu einer flächendeckenden Barrierefreiheit und deren Finanzierung gab es jedoch wieder einmal sehr intensive Diskussionen. Marina Falke und Michael Spörke betonten, dass die öffentlichen Haushalte nicht weiter kaputtgespart werden dürften und die Schaffung von Barrierefreiheit eine wichtige Maßnahme für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen sei.

Frohe Weihnachten!

*Der Landesverband NRW wünscht allen seinen Mitgliedern, deren Familien und Freund*innen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2025!*



Foto: vectorfusionart / Adobe Stock

Neue Folge von „Sozialberatung to go“

Gewalt gegen Frauen

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November beschäftigt sich die neueste Folge des SoVD-NRW-Podcasts „Sozialberatung to go“ mit genau diesem Thema.

Im Gespräch mit Landespressesprecher Matthias Veit erklärte Greta Lutterbach, die Leiterin des SoVD-Sozialrechtsberatungszentrums in Köln, welche Hilfsangebote es für Frauen in NRW gibt und wie der SoVD die Betroffenen, etwa im Bereich der Opferentschädigung, konkret unterstützen kann. Lutterbach beschäftigt sich auch wissenschaftlich im Rahmen einer Promotionsarbeit mit diesem Thema. Sie sagt: „Mobbing, Einschüchterung, Psychoterror – es gibt viele Formen von Gewalt abseits von Schlägen und körperlicher Misshandlung. Und auch in diesen nicht körperlichen Fällen von Gewalt – es handelt sich auch hier um Gewalt! – sollte man sich Hilfe suchen und hat auch ein Anrecht darauf.“

In welcher Weise sich der SoVD in NRW auf politischer Ebene für den Schutz von Frauen vor Gewalt einsetzt und wo die Landesregierung aufgefordert ist, mehr zu tun, erläutert Julia Kuhn als Gast in der neuen Podcast-Folge. Kuhn ist Referentin für Frauen- und Jugendpolitik in der Landesgeschäftsstelle des SoVD. In dem Gespräch spart sie nicht mit Kritik, auch vor dem Hintergrund der sogenannten Istanbul-Konvention, die seit 2018 geltendes Recht in Deutschland ist. „Wir haben zu wenige Frauenhausplätze, keine nachhaltige Finanzierung und damit auch keine Planungssicherheit. Und viele Frauenhaus-Einrichtungen befinden sich in alten und nicht barrierefreien Gebäuden – das kann und darf so nicht bleiben, hier ist die Landesregierung wirklich gefordert. Sie muss die Istanbul-Konvention ernst nehmen, umsetzen und darf nicht am falschen Ende sparen.“

Den Podcast finden Sie auf unserer Homepage: www.sovd-nrw.de sowie gemeinsam mit den Infos zur SoVD-Kampagne auf: www.sovd-rentenlabyrinth.de und www.sovd-rentendschungel.de.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Oberes Versetal (Lüdenscheid)

Ortsverband Oberes Versetal (Lüdenscheid)

Am 27. September unternahm der Ortsverband eine Herbstfahrt zur Almhütte Schanze in Schmallenberg. Die Teilnehmer*innen genossen die Fahrt durch das schöne Sauerland und das gesellige Beisammensein vor Ort.

Nach einer kurzen Begrüßung erinnerte der Vorsitzende Frank Ziermann an die Vorteile einer SoVD-Mitgliedschaft, insbesondere die Unterstützung in sozialen Fragen. Musikalisch untermalt wurde der Nachmittag von Heinz Richter mit bekannten Liedern auf der Gitarre.

Gut gelaunt trat die Gruppe gegen 21 Uhr die Rückfahrt an und freut sich bereits auf die kommenden Treffen.

Kreisverband Märkischer Kreis

In Neuenrade fand ein Seminar für die Frauensprecherinnen der Ortsverbände im Märkischen Kreis statt. Auch die Bundes- und Landesfrauensprecherin Jutta König (auf dem Foto 2. v. li.) erschien zu dieser Veranstaltung im Hotel Wilhelmshöhe. Im Zentrum standen die ehrenamtlichen Aktivitäten der Frauen im SoVD.

Im Anschluss gab es bei ei-



Kreisverband Märkischer Kreis

nem Imbiss noch die Möglichkeit, sich in geselliger Runde auszutauschen.

Kreisverband Bergisches Land

Das „Café Herzenswärme“ ist ein Mittagstisch, der allen Bedürftigen und einsamen Menschen jeden Freitag kostenfrei offensteht. Hier gibt es nicht nur Eintöpfe und nachmittags Kaffee und Kuchen, sondern auch Raum für Gespräche. Ausgerichtet wird dieses Angebot von den evangelischen Gemeinden Dorp und Stadtkirche und findet in den Räumlichkeiten der evangelischen Stadtkir-

che am Fronhof statt.

Wie schon im letzten Jahr unterstützt der SoVD-Kreisverband Bergisches Land das Projekt mit einer Spende in Höhe von 2.000 Euro. Am 11. Oktober erfolgte die feierliche Übergabe des Schecks zwischen Vertreter*innen des SoVD-Kreisverbandes und den evangelischen Gemeinden vor Ort.

(Auf dem Foto, v. li.: Diakonin Annette Gärtner, Schriftführerin Jasmin Fuhrmann, Kreisvorsitzender Andreas Fuhrmann, 2. Kreisvorsitzender Jörg-Michael Meudt und Pfarrerin Raphaela Demski-Galla.)

Ortsverband Heepen-Milse

Jazzige Klänge der Schüler*innen des Heeper Gymnasiums sorgten für Schwung und gute Stimmung bei der Versammlung des Ortsverbandes. Monika Ueding übernahm als Repräsentantin des SoVD-Kreisvorstandes Bielefeld die Übergabe der Ehrenurkunden an die langjährigen Mitglieder. Das gewählte Motto ihrer Grußworte war „gemeinsam einfach machen“.

Ein reger Austausch der Mitglieder mit der Jugend belebte den Nachmittag. Sozialpolitische Themen und aktuelle Infos aus dem Kreis und den anderen Ortsverbänden sorgten für Diskussion und Nachfragen, und



Kreisverband Bergisches Land



Foto: Udo Stüsser

Heinz Pütz (re.) mit Vertreter*innen der Stadt Geilenkirchen neben der neuen Ladesäule auf dem Behindertenparkplatz.

Barrierefreie Ladestation in Geilenkirchen

So geht mehr Inklusion

Heinz Pütz macht sich seit Jahren für den Abbau von Barrieren stark und hat in seiner Heimat schon viele Projekte konstruktiv begleiten können. Jetzt konnte er sich über eine Ladesäule auf einem Behindertenparkplatz freuen.

Ladesäulen für E-Fahrzeuge sind auf öffentlichen Parkplätzen inzwischen keine Seltenheit mehr. In Geilenkirchen gibt es nach der Sanierung eines Parkplatzes unweit des zentralen Marktplatzes jetzt aber eine Besonderheit: eine Ladesäule, die sich direkt an einem Behindertenparkplatz befindet. So können jetzt auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität ihre Elektrofahrzeuge bequem aufladen. „Das gibt es so bei uns im Kreis noch in keiner anderen Stadt“, sagt Heinz Pütz, der Behindertenbeauftragte in Geilenkirchen. Grund für die Parkplatzsanierung war übrigens das verheerende Hochwasser-Ereignis im Sommer 2021.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Recklinghausen-Suderwich

Vertreter*innen des Kreisverbandes Recklinghausen, darunter der 2. Landesvorsitzende Helmut Etzkorn, konnte die Versammlung gerettet werden. Etzkorn (siehe Foto, re.) erklärte sich spontan dazu bereit, ein Referat über die Werte des SoVD zu halten. So fand die Versammlung doch noch ein zufriedenstellendes Ende.

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Am 9. Oktober gab es wieder eine Infoveranstaltung des Ortsverbandes. Zum Thema Bestattungen hielt Frau Hausmann von „Hausmann Bestattungen“ ein Referat. Das Bestattungsinstitut besteht in der vierten Generation und kann auf 35 Jahre Berufserfahrung zurückblicken. Der Vortrag wurde mit viel Sachverstand und Einfühlungsvermögen gehalten und war mehr als informativ.

Frau Hausmann stellte die verschiedenen Bestattungsformen vor und beantwortete viele Fragen aus dem Publikum.

Kreisverband Recklinghausen

Der Ausflug des SoVD Recklinghausen führte diesmal zum heimischen Imker Jens Keinhörster. Bei Kaffee und Kuchen erfuhren die Mitglieder einiges über die Bienenzucht und den dort erzeugten Honig.

Ortsverband Dortmund-Eving

In der Oktober-Versammlung konnten die Mitglieder und Gäste den Klinikdirektor der



Ortsverband Essen Süd / Ost / West



Kreisverband Recklinghausen

Geriatric, Prof. Dr. Thomas Reinbold, begrüßen, der im Saal des Vereinshauses St. Barbara einen Vortrag über „Mangelernährung im Alter“ hielt. Die Anwesenden erfuhren von ihm, welche Auswirkung unzureichende Ernährung auf den Körper hat. So

resultieren daraus Schwindel oder Sehschwäche, die wiederum zu Stürzen und auch zu Frakturen führen können.

(Auf dem Foto, v.li.: 1. Vorsitzender Winfried Wrzeszczinski, Prof. Dr. Thomas Reinbold und der 2. Vorsitzende Wolfgang Mertens.)



Ortsverband Heepen-Milse

Vorsitzender Peter Ilic informierte über Organisation und Termine für das kommende Jahr.

Ortsverband Recklinghausen-Suderwich

Die Mitgliederversammlung am 17. September sollte mit ei-

nem Referat über innere Sicherheit und die sozialen Aspekte der Nahversorgung beginnen. Leider musste die Referentin krankheitsbedingt absagen, was bei den erschienenen Gästen für Enttäuschung sorgte.

Dank der Anwesenheit von

Die Deutsche Rentenversicherung Bund erprobt die duale Rehabilitation im Modellprojekt bis Ende 2026

Seele und Körper gleichzeitig behandeln

Chronische Krankheiten kommen selten allein: Studien weltweit zeigen, dass chronisch kranke Menschen im Vergleich zu gesunden Personen ein rund zweifach erhöhtes Risiko für eine gleichzeitige psychische Erkrankung haben. Dies stellt auch die Rehabilitation vor besondere Anforderungen. Die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) stellt mit der Dualen Reha einen einzigartigen Ansatz vor.

Bei rund 20 Prozent der Rehabilitand*innen treten psychische Erkrankungen unabhängig von der Art der Grunderkrankung auf, am häufigsten sind Depressionen, Angststörungen oder Suchterkrankungen. Die Diagnostik und gezielte Therapie dieser psychischen Begleiterkrankungen, die zusätzlich zu der eigentlichen körperlichen Erkrankung auftreten, war deshalb Schwerpunktthema der letzten Sitzung des Vorstandes der DRV Bund. „Ziel der Rentenversicherung ist es, auch bei psychischen Begleiterkrankungen die Behandlungs- und Versorgungsqualität im Rahmen der Rehabilitation

sicherzustellen“, erläutert Hans-Werner Veen, Vorstandsvorsitzender der Selbstverwaltung der DRV Bund.

Hier setzt ein DRV-Modellprojekt an, das noch bis Ende 2026 läuft: die Duale Reha. Zwei Krankheitsbilder – in der Regel ein psychisches und ein somatisches – werden hierbei gleichwertig behandelt. Die Teams beider Fachrichtungen arbeiten dabei eng zusammen, erstellen gemeinsam Behandlungspläne, überwachen Therapieerfolge und formulieren die abschließende sozialmedizinische Leistungsbeurteilung. Sich ungünstig beeinflussende Verläufe zweier Krankheiten

sollten laut DRV so frühzeitig zu stoppen sein. „Der Ausschuss für Rehabilitations-, Renten- und Versicherungsangelegenheiten des Vorstandes sorgt dafür, dass Präventions- und Rehabilitationsangebote der DRV Bund kontinuierlich nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen weiterentwickelt werden“, erklärt Hans-Werner Veen.

Die Duale Reha soll Betroffenen eine umfassende Genesung und die Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen und den ersten Auswertungen zufolge nehmen die Teilnehmer*innen das Angebot äußerst gut an. Angeboten wird sie aktuell für sieben Krankheitsbilder



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Chronische Schmerzen belasten die Betroffenen stark, sodass sie oft auch seelisch erkranken.

in acht Reha-Zentren der DRV Bund: Psycho-Dermatologie, Psycho-Diabetologie, Psycho-Gastroenterologie, Psycho-

Kardiologie, Psycho-Onkologie, Psycho-Orthopädie sowie die Psycho-Pneumologie.

Quelle: DRV Bund

Termine

Ortsverband Asemissen

Jeden zweiten Freitag im Monat, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im „B-vier“, Parkstraße 6, 33818 Leopoldshöhe.

Ortsverband Bielefeld Brackwede-Quelle

Vorschau: 10. Januar, 15 Uhr: Neujahrsempfang. **Anm. erforderlich.**

Ortsverband Bielefeld-Mitte

13. Dezember, 15 Uhr: Jahresabschlussstreffen, Clubheim Bolbrinkers, Bolbrinkersweg 33, 33617 Bielefeld. **Anmeldung bis zehn Tage vorher** bei Joachim Brasch, Tel.: 0172 / 28 55 119 oder per E-Mail an: joachim.brasch@live.de.

Ortsverband Bielefeld-Ummeln

14. Dezember, 17 Uhr: Jahresabschlussstreffen, „Zur Linde“, Isselhorster Kirchplatz 5, 33334 Gütersloh, **Anmeldung bis zehn Tage vorher** bei Barbara Göbel, Tel.: 0521 / 98 78 812, oder Magret Thiemt, Tel.: 0521 / 40 730.

Ortsverband Dortmund Eving

Jeden ersten Montag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen im Vereinshaus St. Barbara, Friesenstraße, 44339 Dortmund.

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch im Café „Extrablatt“, Rüttenscheider Straße 58, 45130 Essen.

Ortsverband Essen-Kray

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Plaudercafé im BGZ (Rathaus Essen-Kray), Kamblickweg 27, 45307 Essen.

Ortsverband Gelsenkirchen-Altstadt

Jeden vierten Donnerstag im Monat, 18 Uhr: Stammtisch in der „Goldenen Gans“, Alter Markt 10, 45879 Gelsenkirchen.

Ortsverband Heepen-Milse

10. Dezember, 15 Uhr: Jahresabschlussstreffen, Ev. Gemeindehaus, Vogteistraße 5, 33719 Bielefeld. Anmeldung bei Peter Ilic, Tel.: 0521 / 14 38 639.

Ortsverband Hürth

8. Dezember, 14.30 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung mit Kaffee, Kuchen und Abendessen, Hotel Breidenbacher Hof, Bonnstraße 400 / Raiffeisenstraße 64, 50354 Hürth.

Ortsverband Köln-Porz

1. Dezember, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung, St. Josef Forum Porzity, Friedrich-Ebert-Platz 3, 51143 Köln.

Ortsverband Köln-Südwest

14. Dezember, 14 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung, Gaststätte „Klaaf im Franzeck“, Lindenthalgürtel 58 (Ecke Lindenthalgürtel / Franzstraße), 50935 Köln.

Ortsverband Marl

4. Dezember, 15 Uhr: monatlicher Mittwochstreff, Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl. Zu allen Veranstaltungen sind auch die Mitglieder aus Herten herzlich eingeladen!

Ortsverband Neuenrade

Jeden ersten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken im Hotel Kaisergarten, Hinterm Wall 15, 58809 Neuenrade.

Ortsverband Stieghorst

13. Dezember, 17 Uhr: Jahresabschlussstreffen mit Ehrungen, Gaststätte „Alt Stieghorst“.

Ortsverband Waldröhl / Rupichterth-Oberberg

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken, Räume der AWO Waldröhl, Schladerner Straße 10-12, 51545 Waldröhl.

Ortsverband Wellensieck

5. Dezember, 15 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung. Anmeldung bei Helga Sack, Tel.: 05206 / 92 39 876.

Ortsverband Wulferdingsen

6. Dezember, 18 Uhr: Jahresabschlussveranstaltung.
16. Dezember, 10 Uhr: Fahrt zum Lüneburger Weihnachtsmarkt.

Spenden für die Kältehilfen!

Um wohnungs- und obdachlose Menschen in den kalten Wintermonaten bestmöglich zu unterstützen, hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen die Fördermittel für die jährlichen Kältehilfen von 900.000 Euro aus dem Jahr 2023 auf eine Million Euro für den kommenden Winter erhöht.

Die seit 2018 jährlich bereitgestellten Kältehilfen ermöglichen die Anschaffung dringend benötigter Hilfsmittel wie wärmespendender Schlafsäcke, Winterbekleidung und Isomatten, welche die von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen in Nordrhein-Westfalen vor den gesundheitlichen Risiken der

sinkenden Temperaturen schützen sollen. Ein Fokus liegt dabei erneut auch auf der exklusiven Bereitstellung von Hilfsmitteln zum Schutz für Mädchen und jungen Frauen. Mehr als 150 freie Träger und Initiativen der Wohnungslosenhilfe in Nordrhein-Westfalen können ab sofort finanzielle Unterstützung erhalten.

Neben Schlafsäcken, Decken und Isomatten können die Träger und Initiativen der Kältehilfen auch wärmende Kleidung, haltbare Lebensmittel sowie Hygieneartikel anschaffen, um diese vor Ort an wohnungs- und obdachlose Menschen zu verteilen.

Darüber hinaus wird auch die Errichtung und Anmietung

von beheizbaren Zelten oder Wohncontainern im Rahmen der Kältehilfen finanziell unterstützt.

Neben der Diakonie betreiben der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Johanniter, die Heilsarmee und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) Kältehilfen wie Notunterkünfte, Kältebusse, Essens- und Kleiderausgaben und freuen sich über Geld- und Sachspenden. Die regionalen Ansprechstellen finden sich im Internet unter:

- www.asb.de
- www.johanniter.de
- www.heilsarmee.de
- www.drk-essen.de

Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit NRW



Der Landesverband gratuliert

Allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen im Dezember wünscht der SoVD Nordrhein-Westfalen e. V. auf diesem Wege alles Gute und dankt für die Treue zum Verband. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

KV Bergisches Land: Christa Kösching (90).

KV Bielefeld: Margarete Habeck (90), Horst-Günter Nienhüser (90), Erika Sieckmann (90), Ruth Boppert (98), Gerhard Neumann (101).

KV Bochum-Hattingen: Margarete Wüstrich (90), Elsbeth Wlodarczyk (91).

KV Dortmund: Josef Göske (90), Rosemarie Maiwald (90), Dieter Schneider (90), Hubert Rühling (91), Ruth Lütke-Brochtrup (94), Anneliese Brückel (95), Elli Liedtke (95), Friedhelm Schuppenhauer (97).

KV Düsseldorf: Irene Ruffleth (95).

KV Westliches Ruhrgebiet / Niederrhein: Karlheinz Musikant (93), Marianne Renner (96), Helga Wolf (96), Maria Lewandowski (98).

KV Essen: Horst Dorka (94).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Heinrich Sobolewski (90).

KV Gütersloh: Ruth Coesfeld (91), Katharina Weidemann (91), Katharina Peterschröder (92), Margarete Voß (92), Theodor Wien-

garten (92), Gerd Röllke (93).

KV Hamm-Unna: Artur Globert (92), Waltraud Rübke (98).

KV Herford: Marianne Kröger (95).

KV Iserlohn-Hagen: Else Hoffmann (90), Gisela Kübler (91).

KV Köln-Bonn-Aachen: Katharina Böttcher (92), Katharina Bollig (92), Maria Löbach (91).

KV Lippe: Olga Dubbert (90), Gertrud Wattenberg (90), Emmi Fuchs (91), Frieda Reineke (91), Hildegard Follmer (93), Hedwig Jacobi (94), Magdalene Lindau (94), Heinz Risse (98).

KV Lübbecke: Stefanie Dziuk (92), Edeltraud Eimertenbrink (92), Elfriede Langhorst (92), Gerhard Möller (92), Anneliese Aschemeyer (94), Irmgard Harland (94), Minna Pomplun (95), Irma Kindler (96), Herta Pramann (96), Heinrich Bramkamp (97), Isolde Westphal (97).

Märkischer Kreis: Gertrud Schomann (90), Olga Dlugi (91), Heinrich Dlugi (92), Maria Naschke (94).

KV Minden: Herbert Bicknese (90), Gerhilde Albersmeier (91),

Werner Hummrich (91), Horst Plassmeier (91), Insa Nickel (99), Günter Sander (99).

KV Recklinghausen: Ruth Auer (91).

KV Westfalen-Ost: Katharina Jung (98).

KV Witten: Horst Jorczik (91), Irmgard Ebers (92), Hans Werner Stelter (93), Ruth Schäfer (96).

Hohe Verbands-jubiläen

40 Jahre: Horst Schulz (Minden).

45 Jahre: Wilfried Krüger (Köln) und Jürgen Mirbach (Witten).

50 Jahre: Heinrich Dietzmann, Reinhard Geltmeier und Gertrud Wietelmann (alle Lüneburg).

55 Jahre: Norbert Nitschke (Dortmund).

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovde-nrw.de.

Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 72 62 22 141, E-Mail:

redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.

Kundgebung in Berlin fordert Inflationsausgleich für Rentenbeziehende

Hunderte Mitglieder auf Demo

Weit über 1.000 Rentner*innen zeigten Anfang November vor dem Brandenburger Tor in Berlin für einen Inflationsausgleich Flagge. Darunter waren mehrere Hundert Menschen aus Schleswig-Holstein, die unter anderem mit Bussen aus Dithmarschen, Kiel und dem Kreis Stormarn gekommen waren.

Der SoVD hatte gemeinsam mit anderen Organisationen vor der Demonstration über 250.000 Unterschriften gesammelt. Doch bis heute verweigert die Bundesregierung den Rentner*innen einen Inflationsausgleich.

„Unsere Mitglieder empfinden das als tief sitzende Ungerechtigkeit“, so SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm am Rande der Kundgebung. „Viele Angestellte haben bis zu 3.000 Euro Inflationsgeld erhalten. Auch Beamt*innen und Politiker*innen sind beim Inflationsausgleich bedacht worden. Nur Rentner*innen gehen komplett leer aus – das können wir so nicht akzeptieren.“

Auch die IG Metall war bei der Organisation der Demo in Berlin ein wichtiger Ansprechpartner – allen voran Hans-Ulrich Stangen aus Kiel. Der ehema-



Viele Mitglieder waren zur Demonstration nach Berlin angereist.

lige Betriebsrat moderierte die Veranstaltung vor dem Brandenburger Tor und freute sich sehr über die große Resonanz aus Schleswig-Holstein: „Es ist wirklich bewegend, dass so viele Menschen den weiten Weg bis nach Berlin gekom-

men sind, um hier für die Politik ein Zeichen zu setzen. Wir Rentner*innen lassen uns diese Ungerechtigkeit nicht gefallen! Und wir werden unser Bündnis nun auch in anderen Teilen des Landes breiter aufstellen.“

Durch die langen Busfahrten waren viele Teilnehmer*innen aus Schleswig-Holstein über zwölf Stunden auf den Beinen. Doch die Stimmung auf dem Heimweg war gut, auch bei Landesfrauensprecherin Gudrun Karp: „Es war wichtig, dass wir mit unseren vielen Mitgliedern in Berlin präsent gewesen sind. Und auch den vielen Menschen im SoVD, die nicht persönlich dabei sein konnten, war es ein Anliegen, dass wir als Verband vor Ort waren. Das Thema Inflationsausgleich bewegt die Menschen. Insofern war unsere Aktion auf jeden Fall ein Erfolg. Wir hoffen natürlich, dass die Bundesregierung nun nachzieht.“



Auch der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm sprach auf der Demo für einen Inflationsausgleich für Rentner*innen.

Peter Sprenger verabschiedet



V. li.: Anita Ketelsen, Peter Sprenger und dessen Ehefrau Sabine.

Im Kreisverband Steinburg wurde der langjährige Vorsitzende Peter Sprenger mit einer kleinen Feierstunde offiziell verabschiedet. Die neue Vorsitzende Anita Ketelsen überreichte ihm zum Abschied ein Geschenk. Aufgrund seiner langen Krankheit war er bereits vor einiger Zeit von dem Amt zurückgetreten. Der SoVD-Kreisvorstand Steinburg wünschte ihm alles Gute und weiter gute Besserung.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Ausgabe hatte ich die Idee unseres Ex-Finanzministers, mit einem privaten Altersvorsorgedepot zum Millionär zu werden, etwas ins Lächerliche gezogen. Ich habe vor dem Irrglauben gewarnt, dass uns in der Rentenfrage und in der Verhinderung von Altersarmut ein „mit Aktien befüllbares persönliches Depot“ tatsächlich weiterhilft.

Als wenn dazu die folgende Nachricht von mir bestellt worden wäre: Die Kieler Nachrichten titelten im Landesteil der Zeitung am 25. Oktober: „Apotheker bangen nach risikoreichen Anlagen um ihre Rente – Versorgungswerk schreibt 54,9 Millionen Euro Verlust“. Damit ist wieder einmal deutlich widerlegt worden, dass das Anlegen und das Spekulieren auf dem Aktien- und Finanzmarkt per se erfolversprechend sind.

Später überraschte der Ex-Finanzminister erneut mit einem weiteren Vorschlag: Ganz offensichtlich sind Bürgergeldempfänger*innen nach seiner Einschätzung große Kostentreibende, die den öffentlichen Haushalt arg belasten. Seine neue Spar-Idee war: Der Staat soll bei den Wohnkosten für Menschen im Bürgergeld „Maß halten“. Deshalb wollte Christian Lindner, dass Bürgergeld-Empfänger*innen ihre Wohnkosten künftig pauschal und nicht nach tatsächlichen Kosten erstattet bekommen. „Dann können die Leistungsempfänger entscheiden, ob sie eine kleinere Wohnung beziehen und wie sie heizen.“

Der Vorschlag war nicht nur völlig praxis- und realitätsfern. Er war auch herabsetzend, weil er mit einer pauschalen Unterstellung „gefüttert“ wurde: Bürgergeldbeziehende Menschen wohnen augenscheinlich in Luxuswohnungen, und sie kehren sich einen Dreck um energiesparendes Heizen. Vorurteile aus der untersten Schublade! Auch erschreckend: Widerspruch und Entgegnung waren leider im politischen Raum kaum spürbar!

Der Staat gibt derzeit jährlich insgesamt etwa 1,8 Milliarden Euro an Unterkunftskosten für 2,7 Millionen Bedarfsgemeinschaften aus. Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass Steuerhinterziehung 100 Milliarden Euro ausmacht. Wer also in Sorge um den Bundeshaushalt ist, findet erheblich lukrativere Bereiche. Unser Ex-Finanzminister müsste das eigentlich wissen. Es war schließlich sein Ressort, das für Initiativen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung mit verantwortlich ist.

Wir gehen wohl schwierigen Zeiten entgegen. Sozialpolitik wird zurückgedrängt oder sogar diffamiert. Es wird schwieriger, bedürftige und benachteiligte Menschen zu stützen und sozialpolitische Ansätze weiter voranzubringen. Insbesondere die Finanzierung weiterer sozialpolitischer Anliegen wird angezweifelt und die Schuldenbremse als gegeben und teils unveränderbar hingestellt („wir wollen den zukünftigen Generationen nicht zu viel aufbürden“). Steuererhöhungen für Reiche werden mit „schiefen Argumenten“ („das schadet der Wirtschaft“) infrage gestellt. Ja, wir gehen schwierigen Zeiten entgegen.

Ihr Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender



*Der SoVD wünscht seinen Mitgliedern,
ihren Familien und Freund*innen
eine frohe Weihnacht und
ein gesundes neues Jahr 2025!*

Foto: Ira Shpiller / Adobe Stock

Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Kreisverband Lübeck

Kreisverband Lübeck

Auf der Ehrenamtsmesse in Lübeck konnte das Team des SoVD-Kreisverbandes die vielen neugierigen Besucher*innen – darunter sogar den Lübecker Bürgermeister Jan Lindenau – bestens beraten und mit Infomaterial versorgen. In den Gesprächen ging es unter anderem um die geplante Zusammenlegung der Sozialgerichte in Schleswig-Holstein und die neue SoVD-Kampagne für eine gerechte Pflege. Aber auch allgemeine Fragen zur Mitgliederbetreuung beantworteten die fleißigen SoVD-Helfer*innen.

Ortsverband Hohenaspe

Im Rahmen eines Ausfluges nach Friedrichstadt erwartete die Mitglieder aus dem Ortsverband Hohenaspe unter anderem ein reichhaltiges Kohlbüfett. Nach einer interessanten Grachtenfahrt gab es zum Klönschnack leckeren Kuchen.

Ortsverband Sülfeld

Brunhilde und Rainer Schacht aus dem Ortsverband Sülfeld konnten kürzlich ihre goldene Hochzeit feiern. Die beiden sind seit fast 20 Jahren Mitglieder im Verband, Rainer fungiert im Ortsverband als ehrenamtlicher Zeitungszusteller.

Kreisverband Steinburg

Auf der diesjährigen Pflege- und Gesundheitsmesse in

Itzhoer war unter anderem der SoVD-Kreisverband aus Steinburg mit einem Stand vertreten. Es fanden sehr gute Gespräche und ein reger Austausch mit den Besucher*innen statt. (Auf dem Foto, v. li.: Regina Wulf, Karl-Hermann Ketelsen und Edgar Wulf)

Ortsverband Bredstedt

Kurt Schader ist neuer 1. Vorsitzender im Ortsverband Bredstedt. Sein Vorgänger Hartmut Schier sowie der bisherige Schatzmeister Jörg Asmus waren aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Außerdem gehören dem neuen Vorstand an: Siegmar Wallat als 2. Vorsitzender, Schatzmeisterin Dagmar Kaaden, Schriftführerin Michaela Petersen, Frauenbeauftragte Helga Jensen und die Beisitzerinnen Susanne Schmidt, Annelie Carstens sowie Sabine Janowsky-Metzger. Nach den Wahlen sorgte der aus Funk und Fernsehen bekannte Landwirt und Erzähler Matthias Stürwoldt (siehe Foto) mit seinen Anekdoten für gute Stimmung.

Kreisverband Neumünster

Nach dem sehr gut angenommenen Sommernachtsball in Neumünster möchte der Kreisverband nun einen 14-täglichen Tanzkreis für seine Mitglieder anbieten. Getanzt werden soll immer mittwochs ab circa 17



Kreisverband Steinburg

Uhr, die Kosten belaufen sich auf fünf Euro pro Teilnehmer*in. Bitte melden Sie sich im Sozialberatungszentrum, wenn Sie Interesse an einer regelmäßigen Teilnahme haben, unter Tel.: 04321 / 43 164.

Ortsverband Schafstedt

Zu der Tagesreise des Ortsverbandes Schafstedt in die Hansestadt Lübeck gehörte auch eine Bootstour auf der Trave. Anschließend ging es in die Altstadt mit einer leckeren Verkostung im altherwürdigen Café Niederegger.

Ortsverband Delve

25 gut gelaunte Mitglieder des Ortsverbandes in Delve hatten sich zum Bingo-Nachmittag eingefunden. Gemüsekörbe, Wichtel, Pflanzen, Duftkerzen und vieles mehr waren begehrte Preise, die die Vorstandsmitglieder vorher liebevoll verpackt hatten.



Ortsverband Bredstedt



Ortsverband Sülfeld

Ortsverband Hochdonn

Zu einem reichhaltigen Grillbüfett des Ortsverbandes in Hochdonn konnte die Vorsitzende Birgitt Generalski über 60 Mitglieder und Gäste begrüßen. Am Ende der Tombola freute sich Klaus Mohr über den Gewinn eines Roland-Bären.

Kreisverband Schleswig-Flensburg

Im Kreisverband Schleswig-Flensburg gab es zum wiederholten Mal einen Gedankenaustausch mehrerer Ortsverbände. Auf Einladung des Vorstandes in Sieverstedt kamen Teams aus Eggebek, Satrup, Nordangeln, Oeversee, Freienwill-Hürup, Wanderup, Schafflund, Tarp-Jerrishoe und Handewitt zusammen und diskutierten diverse Themenbereiche. Dazu gehörten Postsendungen, die Nutzung von sozialen Medien, E-Mail-Adressen, das Anbieten von Tages- und Mehrtagesfahr-



Ortsverband Hohenaspe

ten sowie die Finanzierung von Weihnachtsveranstaltungen. Im kommenden Jahr wird dann der Ortsverband Freienwill-Hürup den Austausch organisieren.

Ortsverband Garding

Der Gardinger Ortsverband hat in diesem Jahr drei Ausflüge unternommen. Sie führten nach Büsum, ins Landwirtschaftsmuseum Meldorf sowie auf eine Grachtenfahrt nach Friedrichstadt. Die beiden ältesten Teilnehmerinnen waren 101 und 98 Jahre alt.

Ortsverband Weddingstedt

Das diesjährige Oktoberfest im Ortsverband Weddingstedt bot ausreichend Gelegenheit, soziale Kontakte zu knüpfen und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Dabei genossen die Gäste bayerische Spezialitäten wie Weißwürste, Brezeln, Bier und Spanferkel, die für ein Oktoberfest unverzichtbar sind.



Ortsverband Schafstedt

Auszeichnungen

Für 20-jährige Funktionärstätigkeit wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Wilfried Dix,
Ortsverband Ladelund;

Monika Hachmann,
Ortsverband Tornesch;

Ursula Rosinski,
Ortsverband Boenningstedt.

Der Vorstand gratuliert herzlich.



Ortsverband Hochdonn



Kreisverband Schleswig-Flensburg



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Plön



Ortsverband Lunden



Ortsverband Hennstedt



Ortsverband Elmshorn-Sparrieshoop



Ortsverband Elmenhorst-Fischbek



Ortsverband Nordschwansen

Ortsverband Plön

Im Ortsverband Plön gibt es einen neuen Vorstand: 1. Vorsitzender ist Engelbert Unterhalt, seine Vertreterin ist Brigitte Christiansen. Heike Unterhalt und Marina Salewski sind Frauensprecherinnen. Schatzmeister H. D. Winarsky wird von Rosi Alt vertreten. Das Ehepaar Ute und Klaus Stänner kümmert sich

um die Schriftführung beziehungsweise die Leistung der Organisation.

Ortsverband Lunden

Der Ortsverband Lunden zeigte auf dem örtlichen Kohlmarkt Präsenz. Mit dem SoVD-Bus und der „stylishen“ Strandflagge war der Stand schon von Weitem gut zu erkennen. Entsprechend viele Neugierige informierten sich beim Vorstand.

Ortsverband Hennstedt

Das gemeinsame Frühstück im Ortsverband Hennstedt erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Dieses Mal waren fast 80 Teilnehmer*innen vor Ort. Zu Beginn wurde ein Roland-Bär verlost, die glückliche Gewinnerin war Hella Peters (auf dem Foto in der Mitte).

Ortsverband Elmshorn-Sparrieshoop

Mit einem voll besetzten Bus brach der Ortsverband Elms-

horn-Sparrieshoop zu einer Kohlfahrt auf. Vor der Rückreise fand noch ein Besuch im SoVD-Erholungszentrum Büsum mit Kaffee und Kuchen statt.

Ortsverband Elmenhorst-Fischbek

Rund 100 Gäste begrüßte Vorsitzender Manfred Hertzschuch zur 75-Jahr-Feier des Ortsverbandes. Unter den Gästen waren Andreas Guhr, SoVD-Kreisvorsitzender in Stormarn, und der stellvertretende Bürgermeister von Elmenhorst, Stefan Czarnecki (CDU). Im unterhalt-samen Teil des Tages wartete ein leckeres Abendessen auf die Mitglieder. Ein Shantychor sorgte für Stimmung.

Ortsverband Nordschwansen

Zum Thema „Erben und Vererben“ informierte Mario Eggers, Rechtspfleger im Ruhestand, im Ortsverband Nordschwansen. Der Referent klärte nicht nur theoretisch über das sehr diffizile Thema auf, sondern konnte darüber hinaus praxisnah von seinen Erfahrungen berichten.

Ortsverband Norderstedt

Seit April betreibt der SoVD in Norderstedt ein eigenes Sozialberatungszentrum, das die Mitglieder im Hamburger Speckgürtel sehr gut angenommen haben. Anlässlich eines „White Picknick“ in der Norderstedter Ulzburger Straße hat die SoVD-Geschäftsstelle ebenfalls ihre Türen für die Öffentlichkeit geöffnet. (Auf dem Foto, v. li.:

Kreisvorsitzender Helmut Heins, seine Stellvertreterin Kirsten Grundmann sowie Anke Harder, die Leiterin der Beratungsstelle.)

Ortsverband Groß-Wittensee

Auf dem Erntedankfest des Ortsverbandes Groß-Wittensee begrüßte der Vorsitzende Peter Teichmann rund 80 Gäste. Nach einem leckeren Rübenmus-Essen eröffnete „Bingo-Bär“

Kai Dieter Bock dann die erste Spielrunde.

Ortsverband Wesselburen

Eine große Gruppe aus dem SoVD Wesselburen brach zu einem Tagesausflug nach Malente auf. Unter den Fittichen von Reiseleiter „Wolly“ ging es nach einem Mittagessen zum Gut Immenhof – Schauplatz der beliebten TV-Serie aus den 70ern.



Ortsverband Norderstedt



Ortsverband Wesselburen

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Ursula Böhnmann,
langjährige stellvertretende Vorsitzende
im Kreisverband Nordfriesland;

Wilfried Heine,
langjähriger Schriftführer im Ortsverband Bergenhusen;

Klaus Kottler,
langjähriger 2. Vorsitzender und Beisitzer
im Ortsverband Schwarzenbek;

Renate Müller,
langjährige Revisorin
im Ortsverband Elmenhorst-Fischbek;

Hermann Wagner,
langjähriger Revisor im Ortsverband Satrup;

Rainer Vollstedt,
langjähriger Schatzmeister
im Ortsverband Hanerau-Hademarschen.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes
Gedenken bewahren.

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen eine Woche kostenlosen Aufenthalt in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen des Monats November sind:

- Christel Prüß (Kreisverband Ostholstein)
- Jutta Griebe (Kreisverband Pinneberg)
- Karin Sass (Kreisverband Plön)
- Wolfgang Schulz (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde)
- Frauke Schaefer (Kreisverband Segeberg)
- Horst Plein (Kreisverband Schleswig-Flensburg)
- Brigitte Koop (Kreisverband Steinburg)

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 170.000 engagierte Mitstreiter*innen.

Für das Jahr 2024 lautet unser Wahlspruch:

„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!“

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen sowie sein unermüdetes Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Der Landesvorstand dankt allen Werber*innen herzlich für ihren Einsatz und bittet sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen.

Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied für den Sozialverband Schleswig-Holstein werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinner*innen des einwöchigen kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gehören.



Interview

„Rückhalt im Vorstand“

Seit etwas mehr als eineinhalb Jahren führt Sonja Petersen den Ortsverband in Schafflund. Wie die 55-Jährige an dieses Ehrenamt gekommen ist und welchen Herausforderungen sie sich gegenüber sieht – das haben wir sie persönlich gefragt.

Hallo Frau Petersen, wie kommt es, dass Sie sich ehrenamtlich für den SoVD einbringen?

Der SoVD hat mich ein Stück weit gerettet. Ich war vor einigen Jahren in einer schwierigen Situation: Aus gesundheitlichen Gründen musste ich meinen geliebten Beruf als Erzieherin aufgeben und eine Erwerbsminderungsrente beantragen. Aber ich bin ein Mensch, der eine Aufgabe braucht. Meine Töchter haben irgendwann gesagt: „Mama, du musst was tun!“ Zudem liebe ich den Kontakt zu anderen Menschen. Deshalb hat mich das Ehrenamt hier regelrecht aufgefangen.

Wie genau verlief denn Ihr Weg zum Vorsitz in Schafflund?

Also, wir sind schon mit der ganzen Familie im Jahr 2010 in den SoVD eingetreten, weil wir Hilfe bei einem sozialrechtlichen Problem benötigt haben. Das hat sich am Ende auch bezahlt gemacht.

Das mit dem Ehrenamt kam bei mir aber viel später, erst in der Zeit, als ich gesundheitliche Probleme hatte und nicht mehr arbeiten konnte. Da habe ich mich ganz vorsichtig erkundigt, ob die Arbeit beim SoVD etwas für mich wäre. Über den „Dorffunk“ ist das ganz schnell beim damaligen Vorstand angekommen, der mich gleich angerufen hat. Und auf der nächsten Vorstandssitzung wurde ich dann gleich kommissarische Beisitzerin.

Weil dann der damalige Vorsitzende etwas später nicht mehr kandidieren wollte, musste eine Nachfolge gefunden werden. Erst wollte ich nicht, denn ich war ja noch nicht lange dabei. Aber zusammen mit meinem Stellvertreter, Hein-Thomas Matthiesen, habe ich mich dann doch dazu entschlossen, das Amt zu übernehmen.

Wie eine Art Doppelspitze?

Ja, so in der Art. Aber wir sind im Vorstand ja nicht nur zu zweit, sondern haben ein Klasse-Team beisammen. Ich brauche den Rückhalt des Vorstandes, damit hier etwas entstehen kann. Und den habe ich.

Der Ortsverband hat jetzt über 600 Mitglieder, in den letzten Monaten war das Wachstum ziemlich stark. Was ist das Erfolgsrezept?

Vor allem stellen wir im Vor-



Sonja Petersen

stand wirklich gute Aktivitäten auf die Beine: Tagesreisen, Zusammenkünfte und Vorträge.

In den letzten Monaten sind außerdem viele Familien komplett in den SoVD eingetreten, das freut mich ganz besonders. Denn wir sind kein Seniorenverband, sondern ein Familienverband. Für Alt und Jung.

Und was sind Ihre Aufgaben als Vorsitzende?

Vorstandsarbeit ist Teamarbeit, wir machen sehr viel zusammen. Als Vorsitzende organisiere ich zum Beispiel unsere Sitzungen und lade Referent*innen für die Vorträge ein.

Außerdem habe ich gemeinsam mit unserer Schatzmeisterin unsere komplette Verwaltung digitalisiert. Das war bitter nötig, und jetzt läuft die Arbeit deutlich entspannter.

Wie viel Zeit geht denn für das Ehrenamt drauf?

Am Anfang deutlich mehr als heute, weil ich mich erst einmal überall einfuchsen musste. Und auch jetzt ist es sehr unterschiedlich: Manchmal brauche ich zehn Stunden und dann wieder rund 30 Stunden im Monat.

Was bedeutet der SoVD für die Menschen in Schafflund?

Für Alleinstehende sind wir eine Möglichkeit, raus aus der Isolation zu kommen – gerade nach Corona. Bei uns kommen die Leute zusammen. Und das

ist unsere wichtigste Aufgabe im Ortsverband.

Natürlich gibt es auch neue Mitglieder, die mit einem sozialrechtlichen Problem eintreten. Etwa, wenn es um den Schwerbehindertenausweis geht. Bei einfachen Dingen kann ich da zur Hand gehen, aber richtige sozialrechtliche Fragen werden von den hauptamtlichen Kolleg*innen in Schleswig gelöst. Wir machen dann bei Bedarf die Termine für die Mitglieder. Aber die meisten melden sich direkt im Sozialberatungszentrum.

Worauf würden Sie im Ehrenamt gern verzichten?

Auch wenn es insbesondere zu Beginn sehr anstrengend war: Mein Ehrenamt beim SoVD in Schafflund macht mir richtig Spaß. Wäre es anders, würde ich es nicht machen. Es ist ja freiwillig. Aber natürlich gibt es Dinge, die ich weniger gern anpacke als andere. Das Thema Steuern gehört dazu. Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich mich darüber freuen, wenn uns der Landesverband hier mehr Arbeit abnehmen würde. Denn das ist wirklich komplex.

Letzte Frage: Was ist Ihr bisheriges Highlight nach eineinhalb Jahren Ehrenamt im Sozialverband?

Ich sehe die Dankbarkeit bei unseren Mitgliedern. Oft werden wir auch für unsere Arbeit gelobt. Das ist immer wieder schön.



Wichtige Rufnummern

112 – Notruf für Menschen in Not. 24 Stunden, kostenlos, auch ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy. 112 wählen Sie bei Unfällen, Bränden oder wenn Notfallsituationen eventuell lebensbedrohlich sind.

110 – Notruf der Polizei. Bei Gefahr, Straftaten oder einem Verdacht. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, in Gefahr befinden oder wenn die Situation gefährlich werden könnte.

116 117 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst. Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei nicht lebensbedrohlichen Krankheiten, und Sie erfahren den Standort der nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.

Patientenombudsverein bietet Rat und Hilfe für Patient*innen:

- für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04343/42 41 62;
- für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331/70 84 882;
- für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641/98 73 69;
- für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631/44 13 447.

Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531/80 49 38.

Kindernottelefon – anonym und gebührenfrei erreichbar unter Tel.: 0800/11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).

Unabhängige Patientenberatung (UPD) – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800/01 17 722.

Pflegenottelefon – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802/49 48 47.

Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, erreichbar unter Tel.: 0431/98 81 620.

www.sovd-sh.de



Foto: Jenny Sturm / Adobe Stock